

In concreto

Zum 60. Geburtstag von Raimund Krämer

Herausgegeben von Lutz Kleinwächter



Universitätsverlag Potsdam

In concreto

Zum 60. Geburtstag von Raimund Krämer

Herausgegeben von Lutz Kleinwächter

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2012

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Fon +49 (0)331 977 2533 / Fax -2292

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

In concreto

Zum 60. Geburtstag von Raimund Krämer

Herausgegeben von Lutz Kleinwächter im Auftrag von WeltTrends e.V.

Redaktionelle Bearbeitung: Christoph S. Widdau / Azadeh Zamirrad

Satz: Tim Haberstroh

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

ISBN 978-3-86956-167-7

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2012/5787/>

URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-57873>

<http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-57873>

Jeder Text hat ein Geheimnis.

Inhalt

Grußwort <i>Juan José Linz, Sterling Professor Emeritus of Political and Social Science</i>	7
1 Der ungeduldige Gestalter	
Einleitende Worte <i>Prof. Dr. Lutz Kleinwächter</i>	9
2 Der akademische Lehrer	
Unvollendetes Mosaik seiner Lehre	14
3 Der vielseitige Autor	
Machen Sie es konkret! Der Autor Raimund Krämer <i>Christoph Sebastian Widdau</i>	17
3.1 Grenzen	
Einführung <i>apl. Prof. Dr. Jochen Franzke</i>	19
Staatsgrenzen im Wandel. Eine theoretisch-historische Reflexion <i>apl. Prof. Dr. Raimund Krämer</i>	21
3.2 Staatlichkeit	
Einführung <i>Ralf Juan Leiteritz, PhD, Profesor Asociado</i>	38
Von der Staatlichkeit des Friedens im Extrême Occident <i>apl. Prof. Dr. Raimund Krämer</i>	41
3.3 Caudillismo	
Einführung <i>Dr. habil. Erhard Crome</i>	58
Die Metamorphosen der Macht und die Rückkehr des Caudillo <i>apl. Prof. Dr. Raimund Krämer</i>	61

3.4 Autoritarismus

Einführung <i>Azadeh Zamirirad</i>	81
Autoritarismus im 21. Jahrhundert. Gedanken zu einem aktuellen politischen Phänomen <i>apl. Prof. Dr. Raimund Krämer</i>	83

3.5 Militär in Lateinamerika

Einführung <i>Prof. em. Dr. Claus Montag</i>	93
Macht Militär Staat <i>apl. Prof. Dr. Raimund Krämer und Armin Kuhn</i>	97

4 Die Redaktion: *WeltTrends*

Zur Gründung der Zeitschrift <i>Dr. habil. Erhard Crome</i>	106
Unseren Chefredakteur gib uns heute ... <i>Heike Imhof-Rudolph</i>	112
Grußwort der Redaktion und Freunde von <i>WeltTrends</i>	117

Anhang

Lebenslauf von Raimund Krämer	118
Bibliografie (Auswahl)	120
Bildnachweise	126

Grußwort

von Juan José Linz,
Sterling Professor Emeritus of Political and Social Science

Ich lernte Raimund Krämer im Sommer 1997 in Berlin kennen, in einem Seminar über Übergänge von autoritären Regimen zur Demokratie. Ich leitete das Seminar als Georg-Simmel-Gastprofessor an der Humboldt-Universität.

Nach dem Seminar gingen wir in ein Berliner Café unter der S-Bahn Friedrichstraße und hatten einen lebendigen und langen Austausch über das Thema. So entstand eine gute Freundschaft und Zusammenarbeit.

Er unternahm die Übersetzung meines Buches über „Totalitäre und autoritäre Regime“. Dies führte zu einem ständigen Ideenaustausch und zur Mitarbeit, besonders an den Vorworten. Da entdeckte ich seine weiten Kenntnisse der vergleichenden Politik, vor allem über Südamerika.

Seitdem lese ich seine Arbeiten mit großem Interesse. Wenn ich wieder in Berlin wäre, würden wir sicher zusammenarbeiten, aber jetzt kann es nur ein Briefwechsel über den Ozean sein.

Einen herzlichen Gruß zum 60. Geburtstag!

Juan José Linz



1 Der ungeduldige Gestalter

Einleitende Worte

von Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

Geprägt durch zwei deutsche Staaten und ihre Vereinigung gehört Raimund Krämer zur Wendegeneration. Der mit den gespaltenen Biografien – vier Jahrzehnte DDR, zwanzig Jahre Einheitsdeutschland. Für viele unserer Generation war die Wende ein Abbruch, für nicht wenige das Scheitern, für ihn aber vor allem ein Aufbruch. Es scheint, als habe er in der ersten Lebenshälfte den Willen, die Bildung, das Potenzial gesammelt und aufgestaut, um sich nach der Wende kraftvoll und kreativ zu entfalten.

Seit dem Studium der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam-Babelsberg Mitte der 1970er Jahre kenne ich Raimund Krämer, kreuzten sich unsere Wege immer wieder, wurden wir Freunde. In den Wendewirren 1989 bis 1991 zeigten sich Raimund Krämers herausragende Fähigkeiten als aktiver Gestalter. Im Prozess der Auflösung des IIB wurde er Direktor der neuen Sektion Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen der Hochschule für Recht und Verwaltung. Nach deren Übergang in die geschaffene Universität Potsdam wurde die Sektion, mittlerweile Fachbereich, mit Blick auf das frühere IIB als „Diplomatenschule der DDR“ politisch motiviert und destruktiv abgewickelt. Entsprechend dem Landtagsbeschluss wurde der laufende neue Studiengang erfolgreich beendet und danach eingestellt. Die Gesamtsituation war geprägt „von Auflösung, kreativer Anarchie und nicht aufgehendem Optimismus“, letztlich aber Enttäuschung.

Raimund Krämer ging nach diesen Ereignissen zum Studienaufenthalt ins britische Oxford, gewann Abstand an einer der ältesten und renommiertesten Universitäten Europas. Es war ein geografischer und mehr noch geistiger Aufbruch gen Westen; immer weiter und weiter, um wieder in der Mitte Europas anzukommen, in einem anderen Deutschland, im geschichtsträchtigen Potsdam und Brandenburg. Die Lebenskreise von Raimund Krämer sind vielgestaltig und interessant. Nach anfangs traditionellem Werdegang – Schule, Abitur,

Wehrpflicht – begann für ihn mit der Delegation zum elitären Studium der Außenpolitik eine außergewöhnliche Entwicklung. Mit hervorragenden Ergebnissen meisterte Raimund Krämer die gediegene Theorie- und Sprachausbildung – Spanisch, Englisch, Russisch – und erarbeitete sich die Grundlagen für eine komplexe Weltsicht. Die Politische Wissenschaft, speziell die internationale, wurde zu seinem beruflichen Lebensentwurf. Wegen „westlicher Verwandtschaft“ blieben ihm das Außenministerium und die Staats-Nomenklatura der DDR verwehrt. Im Rückblick der Jahrzehnte ein glücklicher Zufall und ein Gewinn für die Wissenschaft.

Geblichen am IIB, wendete Raimund Krämer sein Interesse verstärkt Lateinamerika zu. Zielstrebig erarbeitete er seine Dissertation zur Außenpolitik Perus (1981) und die Habilitation zur Sicherheit in Mittelamerika (1985), die er mit *summa cum laude* abschloss. Die folgenden Jahre bis zur deutschen Einheit verbrachte er mit Studienaufenthalten und arbeitete als wissenschaftlicher Berater an den Botschaften der DDR in Nicaragua und Kuba. Diese Zeit hat für ihn und seine Familie eine lebenslange Schlüsselbedeutung. Immer wieder locken Lateinamerika, das Spanische – Kolumbien, Chile, die Karibik und natürlich Spanien und das Baskenland.

Seit Ende der 1970er Jahre in der akademischen Lehre, wurde Raimund Krämer Anfang der 1990er Jahre Hochschuldozent für internationale und vergleichende Politik an der Brandenburgischen Landeshochschule, der späteren Universität Potsdam. Als Lehrender ist für ihn die Arbeit mit Studierenden, die Weitergabe von Wissen und Methoden, das Öffnen der Geschichte, die Analyse der Gegenwart und die Anregung zu strittigen Positionen eine Berufung. Sein Credo ist dabei die Liebe zu klassischen Texten, zum Buch, zum bedruckten, gebundenen Papier, zur Literatur, zu Belesenheit und historischer Ideenfülle – das gilt es nachwachsenden Generationen zu vermitteln.

Skepsis empfindet Raimund Krämer gegenüber dem Wert manch neuer Medien, den Handys und den elektronischen Spielereien, die unser Leben erleichtern sollen, aber oftmals die menschliche Kommunikation verkomplizieren. Kritisch betrachtet er die zeitgeist(losen) Kampagnen im Rahmen einer Bildungspolitik, die wissenschaftliche Forschung beschränkt, Lehre eindampft und in standardisierten Bachelor- und Masterstudiengängen das Heil künftiger Zivilisation zu entdecken glaubt.

Im Grunde verbunden mit Peter Sloterdijk, der in „Philosophische Temperamente“ über Nietzsche parliert: „Wenn man vom Begriff Übermensch den genie-religiösen Faktor abzieht, kommt man automatisch auf den Begriff der Lerngesellschaft“, sind Raimund Krämers Maximen: Lernen, Bildung und Praxisrelevanz.

Das zeigt sich auch in seiner Arbeit als Wissenschaftler und Autor. Raimund Krämer befasst sich sowohl mit den Grundlagen der Politikwissenschaft in der *res publica* als auch mit einem breiten Spektrum außenpolitischer Themen: Mit der Politik und dem Militär Lateinamerikas, insbesondere mit Kuba und seiner Führung; mit den Problemen des Autoritarismus, der Staatlichkeit und der Grenzen; mit der europäischen Integration; mit der deutschen Außenpolitik in DDR-Prägung und in der Bundesrepublik sowohl in ihrer „Bonner“ als auch in der Neuartigkeit der „Berliner“ Variante. Dabei hat er die Chuzpe, selbstbewusst gegen herrschende Meinungen anzuschreiben, zum Teil sogar Spaß daran, anregende Tabubrüche zu formulieren. Und immer wieder sein Bild vom Aufbruch; wie Kolumbus hinaus ins unbekannte Gewässer, Erforschung des Fremden, „neuer“ Welten. Früher hatte er ein kleines Boot auf der Havel, heute besitzt er den Segelschein für Binnen- und Hochseegewässer.

Ein Drittel seiner Lebenszeit, seit zwanzig Jahren, gestaltet Raimund Krämer die deutsch-polnische Zeitschrift *WeltTrends*. Er gehört zur Gruppe der Gründer, die Anfang der 1990er Jahre, aus dem von Jochen Franzke und Erhard Crome geleiteten „Politischen Club Potsdam“ heraus, das Publikationsprojekt startete, über zwei Jahrzehnte erfolgreich entwickelte und heute mit Optimismus in die Zukunft schaut. Es war eine gewagte Unternehmung – finanziell und materiell, organisatorisch und personell, aber auch konzeptionell und politisch. Zweifler gab es unzählige. Die ersten Jahre waren schwierig. Nach der Stabilisierung Ende der 1990er Jahre ging *WeltTrends* – nicht frei von Turbulenzen – in eine anhaltende Reform- und Expansionsphase über. Es entstand eine moderne Internetplattform, ein zeitgemäßes Finanzmanagement und vor allem eine erfolgreiche *WeltTrends*-Produktfamilie: Potsdamer Textbücher (1998), Lehrtexte (2005), Papiere (2007), Thesis (2008), Horizonte 21 (2009) und Spezial (2011). Raimund Krämer gehörte immer zu den kreativen Köpfen, übernahm ab 1995 die redaktionelle Hauptverantwortung und wurde 2004 zum Chefredakteur der Zeitschrift gewählt. Insgesamt sind bislang 82 *WeltTrends*-Ausgaben erschienen. 2008 initiierten wir den

Übergang von der Quartals- zur Zweimonats-Zeitschrift; wir „wollen streitbarer und zeitnäher in außenpolitische Debatten eingreifen“, so Raimund Krämer im damaligen Editorial.

Die Schwerpunkte unserer Publikationstätigkeit sind von der Praxis der neuen deutschen Außenpolitik und den internationalen Beziehungen bestimmt. Mit immer neuen Ideen treibt Raimund Krämer die Zeitschrift voran, ist ein Motor der Aktualisierung, geprägt von schöpferischer Ungeduld und Durchsetzungskraft – ein Problemlöser. Konflikten weicht er selten aus. Im Sinne der Sache ist er nachhaltig kritisch, fordernd, drängend gegenüber Autoren und Freunden ... Dennoch gab es, wie er zum 10. Jahrestag der Zeitschrift hervorhob, immer jenen „sozialen Kitt [...], der verhinderte, dass notwendige Auseinandersetzungen und unnötige Spannungen zum tödlichen Sprengsatz für das Projekt insgesamt wurden“.

Babelconsult – ein Unternehmen für die Politikberatung wurde von Raimund Krämer in einer Problemsituation gegründet. Die Universität Potsdam versuchte zeitweilig, ihn rechtswidrig zu entlassen. Es galt, gerichtlich sein Recht durchzusetzen (was ihm erfolgreich gelang), aber gleichzeitig alternative Berufsoptionen auszuloten. Der Schwerpunkt von Babelconsult liegt u. a. in der Erarbeitung von Auftragsstudien zur Regionalpolitik im Land Brandenburg, zu den Beziehungen Polen-Brandenburg, zum Stadt-Umland-Dilemma Potsdams sowie zu direkter Demokratie und Kommunalpolitik. Auch in diesem Bereich ist er seitdem kompetent tätig.

Angesichts seines wissenschaftlichen, lehrreichen, publizistischen und redaktionellen Œuvre wurde Raimund Krämer im vergangenen Jahr zum Professor ernannt; Jahrzehnte überfällig, geschuldet akademischen Vorurteilen und politischer Engstirnigkeit. Trotz alledem und gerade deshalb eine ehrenvolle, hochverdiente Krönung seiner wissenschaftlichen Laufbahn. Was kommt in den nächsten Jahrzehnten?

Wenn Jürgen Kuczynski in seiner kleinen Schrift über „Alte Gelehrte“ von der besonderen Gnade der wissenschaftlichen Intelligenz schreibt, „Sie können so oft, fast ohne Einschnitt, in ein höheres und hohes Alter eintreten, ohne ihre gewohnte Tätigkeit aufgeben zu müssen“, so darf man gespannt sein. Seinem Wesen entsprechend hat Raimund Krämer die Horizonte schon weiter hinausgeschoben. Seit Jahren interessiert er sich – angeregt durch seine frühere Tätigkeit in der Außenpolitik

und sein Faible für Venedig – für Diplomatie, ihre Praxis, Geschichte und Theorie (kürzlich hörte ich, er lernt Italienisch); arbeitet weiter an seiner „Res Publica“. Das Journal *WeltTrends* muss in die Zukunft getragen werden und weitere Projekte, streitbar Politik und Kultur, Kunst und Wirtschaft zu vermitteln, sind angedacht.

„Familie ist entscheidend“, schrieb mir Raimund einmal. Seine Lebenskraft, seine umfassenden Aktivitäten sind engstens verbunden mit seiner Familie. Über Jahrzehnte begleitet und unterstützt ihn seine Freundin, Frau und Gefährtin Evelin. Sie haben zwei – mittlerweile erwachsene, selbstbewusste – Kinder: Sascha und Franziska. Die liebevolle Gemeinsamkeit gibt ihm Stabilität und Zuversicht. Er ist ein Familienmensch; schätzt regelmäßige Gespräche, Treffen und Feiern, auch in größerer Runde mit Freunden, bei denen er als Gourmet schmackhafte Speisen aus aller Welt und Brandenburg zubereitet; ein guter Wein wird bevorzugt und danach beim Tabakskollegium die edle, möglichst kubanische Zigarre. Gratulieren wir Raimund zum Geburtstag, gehört untrennbar die Gratulation an Evelin dazu. Sie sind eine bewundernswerte Einheit.

Als Herausgeber bedanke ich mich nachdrücklich bei allen Kollegen und Freunden. Ihnen ist zu verdanken, dass diese anregende Festschrift entstehen konnte. Mein Dank gilt in besonderer Weise Azadeh Zamirirad und Christoph Sebastian Widdau für ihre Initiative zu dieser Publikation und die redaktionelle Bearbeitung sowie Tim Haberstroh für die zuverlässige Akribie beim Satz und in der Produktion.

2 Der akademische Lehrer

Unvollendetes Mosaik seiner Lehre



Vorlesungen

- [V] Res Publica – Einführung in die Politikwissenschaft
- [V] Politische Herrschaft im Vergleich
- [V] Politik und Gesellschaft in Süd- und Mittelamerika
- [V] Autoritäre Regime im Vergleich

Seminare

- [S] Totalitäre und autoritäre Regime
- [S] Autoritäre Regime im Vergleich
- [S] Autoritäre Regime im 21. Jahrhundert

- [S] Der Caudillo – Eine Form politischer Herrschaft
- [S] Militär und Politik – Das Beispiel Süd- und Mittelamerika
- [S] Kuba: Politik und Gesellschaft
- [S] Internationale Beziehungen in den Amerikas
- [S] Die Karibik-Krise von 1962

- [S] Grenzen in den internationalen Beziehungen
- [S] Grenzen in den internationalen Beziehungen – Das Beispiel der EU
- [S] Die EU: Geschichte, Institutionengefüge und Politikfelder

- [S] Föderalismus und Internationale Beziehungen (Teil I)
- [S] Föderalismus und Internationale Beziehungen (Teil II):
Die auswärtigen Beziehungen der deutschen Länder

- [S] Reif für die Weltpolitik? Die außenpolitischen Eliten
Deutschlands

Kolloquien

- [K] Kolloquium zur Vorbereitung der Abschlussarbeit
- [K] Doktoranden- und Diplomandenkolloquium

Was man ganz nebenbei noch so lernt ...

- Dass nichts „klar“ oder „natürlich“ ist ...
- dass Kürzen verbessern heißt ...
- dass jegliches Schreiben erlernbar ist ...
- dass jeder Text ein Geheimnis birgt ...
- dass im Detail aller Reichtum liegt ...
- dass Folienchaos nie gegen Powerpoint einzutauschen ist ...
- dass Tafelbilder nicht immer lesbar sein müssen ...
- dass man besser nicht unvorbereitet in die Sprechstunde geht ...
- dass man erst recht nicht unvorbereitet in seine Seminare geht ...
- dass ein Dozent auch mal deutlich werden kann ...
- dass Studierende diese Deutlichkeit zu schätzen wissen ...
- dass man Entscheidungen treffen muss ...
- dass ein Essay auch ein wissenschaftlicher Text ist ...
- dass sich Herrschaftszentren geschickt verstecken können ...
- dass man in der Wissenschaft mit Adjektiven viel Unsinn anstellt ...
- dass Politikwissenschaft kritisch sein muss ...
- dass der Kauf eines Skriptes nur 3 Cocktails weniger bedeutet ...
- dass man dem Reiz der Zahl 3 allzu leicht erliegt ...
- dass man mit Zahlen viel Unfug treiben kann ...
- dass schon Lenin exzerpierte ...
- dass es auch Idealtypen von Bordellen gibt ...
- dass 1648 ganz schön überbewertet wird ...
- dass Venedig ein politologisches Objekt der Begierde sein kann ...
- dass Castro Weihnachten abschaffte – oder es zumindest versuchte ...
- dass, um Kuba zu verstehen, auch Tabak ge(b)raucht wird ...
- dass so manche große Geister Zigarrenraucher waren ...
- und dass man Zigarrenkisten prima bei Prüfungen einsetzen kann.



3 Der vielseitige Autor

Machen Sie es konkret!

Der Autor Raimund Krämer
von Christoph Sebastian Widdau

Politikwissenschaft sollte immer macht- und herrschaftskritisch sein. Insofern ist sie als Disziplin, die zur Demokratisierung beiträgt, unabdingbar. Dies ist ein Credo Krämers, der in seinen Texten der Polemik, das wissenschaftliche Nachdenken über die *res publica* sei von geringem Nutzen, den aristotelischen Anspruch der Königswissenschaft entgegenhält. Nicht nur im akademischen Gespräch, sondern auch in seinem wissenschaftlichen Schreiben konzentriert er sich auf den Kern des Faches: auf das Politische selbst, auf die Macht, die Gewaltfrage und die Verortung von Herrschaftszentren. Skeptikern, die von der Saft- und Kraftlosigkeit und mangelnden Fundierung des Faches auszugehen scheinen, möchte man angesichts der von Raimund Krämer verfassten Beiträge der vergangenen Jahrzehnte selbstbewusst zurufen: Es gibt einen *Kern* der Politikwissenschaft! Wer sich diesem zu nähern gedenkt, ist mit den Einlassungen von Krämer, der seinen Weber, seinen Aristoteles und seinen Linz (dessen klassischen Text „Totalitarian and Authoritarian Regimes“ er ins Deutsche übertragen hat, was keine Kleinigkeit gewesen sein dürfte, keine spielerische Fingerübung angesichts des zu bewältigenden Textkorpus) immer als intellektuelle Verpflegung im Tornister hat, auf einer richtigen und traditionsreichen Spur. Die Klassiker – stets bleiben sie ihm *state of the art*. Dass alles Entscheidende bereits bedacht worden ist, die Antriebe und Mechanismen, die das menschliche Handeln in der Öffentlichkeit, das politische Handeln bedingen und verlaufen lassen – dies mag man als eine weitere Grundüberzeugung Krämers feststellen.

Er streitet dafür, dass man dieser richtigen und traditionsreichen Spur auch folgen kann, wenn man nicht über akademische Herrschaftssprache zu verfügen oder, schlimmer noch, mit ihr zu blenden versteht. Wenn er formuliert, dass Schreiben die intensivste geistige Auseinandersetzung ist, dann gehört zur Auseinandersetzung das Ringen um das klare Wort, um ein griffiges Verständnis, das auch und gerade eine Bestimmung der Kernbegriffe einschließt. Wenn er mit Max Weber

die Sozialwissenschaften auffasst als die „denkende Ordnung der Wirklichkeit“, dann sollten auch die Tatsachen im Vordergrund stehen, und keine semantischen Überkonstruktionen, die das Verstehen unnötig erschweren. Ein Epigone Hegels oder Butlers wird Krämer, zumindest in stilistischer Hinsicht, nicht mehr. Dies haben viele Leser bereits gedankt – und werden zukünftige Leser danken; Leser, die sich für den modernen Caudillo und „alten Mann der kubanischen Insel“ Fidel Castro interessieren, die Bedeutung der Grenze für die Europäische Union, das schwierige Verhältnis von Politik und Militär im *Extrême Occident*, die Regionalpolitik der peruanischen Militärs in den 1970er Jahren, die außenpolitischen Beziehungen der DDR oder die nordafrikanischen Aufstände von 1432.

Gerne garniert er in seinen Texten (und dies seit Jahrzehnten) allgemeine Ausführungen über politische Tendenzen und Herrschaftsstrukturen mit selten herangezogenen historischen Beispielen, mit dem (im besten Sinne belehrenden) Fingerzeig auf die Bedeutung von Ursprung und Varianz, dem vielfach illustrierenden Hinweis auf das geschichtliche Detail – dem Detail, in dem nach Stendhal ja aller Reichtum liegt. Auch dieser Stendhal tummelt sich in Krämers Tornister. Sei es das Verfahren zur Wahl des Dogen von Venedig (vom Großen Rat zu den 41 Nobili), das Prüfungssystem für Beamte im kaiserlichen China (immerhin vom 7. Jh. vor Christus bis 1905 ebendieser Zeitrechnung in Gebrauch), der Bonapartismus (als erste Form der militärischen Intervention der Neuzeit) oder *unser granizze*: Das Schreiben über politische Phänomene ist zu konkretisieren, mit sich manifestierender Lebenspraxis zu beschreiben. *Theoria cum praxi*, möchte man dem Jubilar mit dem alten Leibniz zustimmen.

Wir sollten uns immer, wie Raimund Krämer einmal formuliert hat, um eine klare und prägnante, konkrete und substanzielle sowie bildhafte Sprache bemühen. Recht hat er!

3.1 Grenzen

Einführung

von apl. Prof. Dr. Jochen Franzke

Menschen des 20. Jahrhunderts haben vielfach eine besondere Beziehung zu Staatsgrenzen. Diese wurden nicht nur als theoretisches Konstrukt, sondern als reale, schwer überwindbare Barrieren persönlicher Freiheit erlebt und vielfach erlitten. Das galt besonders für jene Europäer, die in diktatorischen Regimen leben mussten. Und dies war in einigen Zeitabschnitten dieses dramatischen Jahrhunderts die Mehrheit der Europäer. Am Beginn dieses extremen Jahrhunderts herrschte eine hohe Mobilität und Freizügigkeit unter den Europäern mit vielen Vaterländern. Reisen innerhalb Europas erforderten zumeist weder Pässe noch Visa. Das Überschreiten der Grenzen war problemlos. Das galt nicht nur für englische Lords, sondern auch für polnische Bergleute. Mit dem Ersten Weltkrieg, der Urkatastrophe Europas in diesem unglücklichen Jahrhundert, begann das bürokratische Zeitalter der Pässe und Visa in Europa. Diese wurden für mehr als 75 Jahre zu einem traurigen Symbol eines zutiefst gespaltenen Europas. Die Angst vor Spionen war nach dem Weltkrieg groß; das soziale und wirtschaftliche Chaos nach Kriegsende schien leichter hinter abgeschotteten Staatsgrenzen zu bekämpfen zu sein. Katalysator dieses Prozesses bildete die vielfach missglückte Grenzziehung der Sieger des Ersten Weltkrieges mit dem Versailler Vertrag und den sogenannten Pariser Vorortverträgen. Die so gesäte Saat der Revanche sollte bald aufgehen. Das Thema der Staatsgrenzen blieb danach auch in den angeblich goldenen 1920er Jahren und den unheilvollen 1930er Jahren auf der europäischen Tagesordnung.

Es folgte ein brutales Zeitalter der Verschiebung von Staatsgrenzen kombiniert mit der millionenfachen Vertreibung der bisherigen Bewohner. Dieses begann allerdings nicht – wie Frank-Dietrich Grimm schrieb – nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern bereits mit dem Münchner Abkommen vom 30. September 1938. Dass die Diktatoren Italiens und des Deutschen Reiches ohne Mitwirkung der Vertreter der demokratischen Tschechoslowakei deren Staatsgrenzen gewaltsam veränderten, überrascht nicht. Dass die Regierungschefs der demokratischen Staaten Großbritannien und Frankreich an

diesem Unternehmen mitwirkten, schon eher. Der Frieden wurde durch diese fatale Kapitulation jedenfalls nicht gerettet. Wenige Tage später folgte der Erste Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938, der Gebiete mit ungarischer Bevölkerungsmehrheit in der Südslowakei und der Karpatho-Ukraine von der Tschechoslowakei abtrennte und Ungarn zusprach. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Landkarte Europas durch das Potsdamer Abkommen und die Friedensverträge der Alliierten mit den ehemaligen Feindstaaten neu gezeichnet. Mit dem Eisernen Vorhang 1946 entstanden quer durch Europa faktisch unüberwindliche Grenzen zwischen Ost und West, deren Schlussstein mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 gesetzt wurde.

Fichte zitierend verweist Raimund Krämer darauf, dass geschlossene Grenzen Markenzeichen insbesondere jener politischen Systeme sind, die sich die Umsetzung gesellschaftlicher Utopien auf die Fahnen geschrieben haben. Dies traf in besonderem Maße auf die nach sowjetischem Vorbild geschlossenen Gesellschaften des realen Sozialismus in Mittel- und Osteuropa seit den 1940er Jahren zu. In solchen per se geschlossenen Gesellschaften erfuhr die Sicherung der Grenzen eine paranoide Übersteigerung. Der Kollaps des realsozialistischen Herrschaftssystems war deshalb – wie Raimund Krämer feststellt – auch und gerade mit dem Durchlöchern und anschließenden Zerfall von Grenzen verbunden. Gegen Ende des Jahrhunderts lösten sich die politischen Grenzen des Kalten Krieges in Europa endlich auf. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 wird für alle Zeitgenossen jene Metapher für das Ende einer über 40-jährigen Epoche des Kalten Krieges bleiben, die Raimund Krämer in seinem Text so eindrucksvoll beschrieben hat.

Wie wird es weiter gehen mit den Staatsgrenzen im Europa des 21. Jahrhunderts? Werden sich diese unter dem Globalisierungsdruck weiter verflüchtigen? Oder geht das Zeitalter der teilweise offenen Grenzen wieder zu Ende, weil die Angst vor dem internationalen Terrorismus nach neuen Anschlägen wieder übermächtig wird? Oder weil die angekündigten Katastrophen sich abgeschottet hinter den Mauern der Staatsgrenzen besser bewältigen lassen? Raimund Krämer plädiert in diesem Zusammenhang für mehr kooperative Grenzen. Dem ist nur zuzustimmen.

1. Die Grenze – Eine begriffliche Annäherung

Grenzen von Staaten sind gedachte Linien, meist durch Verträge festgelegt und auf Karten eingezeichnet. Sie sind „ein geographisches Instrument der Differenzierung und damit letztlich der Organisation des Raumes“ (Guichonnet / Raffestin 1974, S. 9). Durch sie wird der Raum eines bestimmten Staates von dem anderer Staaten oder von herrschaftsfreien Räumen, wie z. B. ab 80 km Höhe oder im Weltall, abgeschieden. Politische Grenzen, und um die soll es hier gehen, sind etwas Künstliches, also das Ergebnis menschlichen Handelns und weniger Konsequenz „natürlicher“ geographischer Barrieren. Selbst der unbewohnte 6. Kontinent, die Antarktis, ist angesichts der Ansprüche von sieben Staaten nicht ohne Grenzbeziehungen geblieben. Es scheint, dass Grenzen ein grundlegendes Ordnungsprinzip des Politischen sind. Politische Grenzen sind – so Georg Simmel – „eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt“ und nicht umgekehrt.

In diesem Sinne verstehe ich Grenzen immer im Kontext von politischer Herrschaft. Wenn wir diese mit Max Weber als Chance definieren, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden und wenn dabei der Einsatz und die Reichweite der Machtmittel geregelt sind, so sind damit nicht zwingend feste Grenzen eines Herrschaftsgebietes begründet. In der Geschichte hat es viele politische Gemeinschaften ohne fixierte Grenzen gegeben, seien es nomadisierende Stämme oder Reiche mit universellem Anspruch. Beide hielten es nicht für notwendig, sich feste Grenzen zu geben. Von einigen wurde dies sogar bewusst abgelehnt. Gleichwohl hat jedes politische System eine räumliche Dimension und verlangt nach einer Grenze, die die Reichweite politischer Herrschaft markiert und die den Austausch mit seiner Umwelt reguliert. Selbst nomadische Stämme bewegen sich auf ihren Wanderungen innerhalb bestimmter abgesteckter, begrenzter

* Formell leicht korrigierte Fassung des Beitrages: Staatsgrenzen im Wandel. Eine theoretisch-historische Reflexion. In: Krämer, Raimund (Hrsg.): Grenzen in den internationalen Beziehungen. WeltTrends, Potsdam 2009 (WeltTrends Lehrtexte 14).

Räume. Und auch Reiche hatten trotz universellem Anspruch Grenzen mit ihren Nachbarn. Im Kontext moderner Staatsbildung hatten und haben politische Grenzen bestimmte Funktionen, die von einigen Geographen als „klassisch“ beschrieben werden. Dazu gehören die juristische, die fiskalische, die militärische, die handelspolitische und, *last but not least*, die sozio-kulturelle Funktion (vgl. Guichonnet / Raffestin 1974, Riedel 1993). Grenzen bestimmen den formalen Umfang des Souveränitätsanspruchs, d.h. die Grenze beschreibt jene Linie, bis zu der die Gesetze eines Staates gelten und bis zu der ein Staat seine volle Souveränität ausüben darf. Bis zu dieser Grenze können Polizisten und Steuerfahnder operieren, gelten Tarifverträge und Subventionen, gilt die Schul- und Wehrpflicht. Es gibt formal, aus rechtlicher Sicht, keine Beschränkung für einen Staat, z. B. militärische Einheiten an einer beliebigen Stelle der Grenze zu konzentrieren, einen Rundfunksender oder ein Kernkraftwerk an der Grenze zu errichten. Jedoch wird tatsächlich diese Souveränität im grenznahen Raum gegenseitig eingeschränkt und es gibt eine Reihe von vertraglichen Grenzregelungen, in denen die Staaten sich verpflichten, die Interessen der anderen Seite zu berücksichtigen. Entmilitarisierte Grenzzonen, wie z. B. in den 70er und 80er Jahren zwischen El Salvador und Honduras, sind ein Ergebnis dessen. Natürlich bedarf gerade die Überschreitung dieser Grenze durch staatliche Institutionen, z. B. bei der Verfolgung von Verbrechen im Nachbarland oder beim Katastrophenschutz, gesonderter vertraglicher Regelungen.

Grenzen dienen vor allem der Stabilität nach Innen und bestimmen den territorialen Umfang des Souveränitätsanspruchs eines Staates. Staaten bestehen auf ihrer Unantastbarkeit und setzen erhebliche Mittel ein, um sie zu sichern. Grenzen genießen einen besonderen Schutz des Völkerrechts. Sowohl in der Wiener Konvention über Vertragsrecht von 1969 als auch in der Konvention über das Recht der Staatennachfolge werden Grenzverträge unter erhöhten Bestandsschutz gestellt. Die Grenze markiert zugleich jenen Raum, in dem der Staat die Finanzhoheit hat, wo seine Währung und sein Steuerrecht gelten. Grenzen stecken Wirtschaftsräume ab, und oftmals wurden und werden sie eingesetzt, um diese gegenüber der Konkurrenz abzuschließen. Für alle Vertreter des Freihandels ist es ein fundamentaler Glaubenssatz, dass die Öffnung von Grenzen wirtschaftliche Entwicklung und soziale Wohlfahrt bedeutet. In den vergangenen 200 Jahren wurde so manches Kanonenboot eingesetzt,

um Handelsgrenzen zu öffnen. Aber trotz starker Freihändlerischer Rhetorik wird bis heute von fast allen Staaten die Grenze zur Kontrolle des eigenen Wirtschaftsraumes, zur Abwehr ungeliebter Konkurrenz und finanziellen Aufbesserung über Zölle genutzt. Eine der zentralen Funktionen der Grenze ist die militärische, der Schutz gegen Angriffe auf das Gemeinwesen von außen. Sie markiert die territoriale Integrität eines Staates und ihre massive gewaltsame Überschreitung, sei es durch Panzer oder durch Flugzeuge eines anderen Staates, gilt als Aggression. Grenze bedeutet ebenfalls Schutz für den Einzelnen, der hinter der Grenze politisches Asyl sucht und erhalten kann. Nicht zuletzt markiert die Grenze jenen politischen Raum, in dem sich bestimmte soziokulturelle Gemeinsamkeiten formiert haben und die wesentlich für die Identität des Einzelnen sind. Gerade dieser kulturelle Aspekt sollte bei der Betrachtung von Grenzen innerhalb Westeuropas, speziell der Europäischen Union, nicht unterschätzt werden.

Grenzen sind von ihrer Natur her zunächst etwas Trennendes; sie sind Barrieren und Hindernisse. Zugleich stellen sie aber jene Punkte dar, an denen politische, wirtschaftliche und kulturelle Systeme aufeinander treffen und in Kontakt treten. Das Ausmaß des Austausches und gegenseitigen Kontakts, der Interaktion, ist verschieden. Als Filter kontrollieren und steuern Grenzen diesen Austausch. Wenn wir uns die konkrete Ausgestaltung der Grenzen ansehen, so finden wir weltweit heute eine große Spannweite: von waffenstarrten, schier undurchlässigen Grenzen, wie der zwischen Nord- und Südkorea oder der auf Zypern, bis zu den faktisch nicht existenten Grenzen südamerikanischer Staaten im Amazonas-Becken oder nordafrikanischer Staaten in der Sahara-Zone. Der Grad der Durchlässigkeit und Offenheit der Grenze ist für die Intensität des Austausches und der Kooperation zwar von wesentlicher Bedeutung, jedoch muss, wie das Beispiel der schwedisch-norwegischen Grenze zeigt, eine offene Grenze nicht zwangsläufig zu einem verstärkten Austausch im Grenzraum führen.

Als Trennungs- bzw. Kontaktstellen eines politischen Systems zu seiner Umwelt ist die fixierte Grenze für uns heute geradezu ein unverzichtbares Attribut des modernen Staates. Es scheint sogar, dass jener Typ von Grenzlinie, die wir heute für normal und selbstverständlich in Europa halten, dass die Herausbildung dieser Grenze auf das engste mit der Formierung des Staates in Europa verbunden

war. Staat, Staatsgebiet, Souveränität und die fixierten Grenzen sind inhaltlich und historisch verwandte Begriffe. Grenzen haben sich entwickelt, also verändert. Wir werden im folgenden dieser These nachgehen und dazu einen Blick in die Geschichte werfen, der uns nicht nur das Verstehen dieses Phänomens erleichtern soll, sondern der uns vor allem diese Veränderlichkeit bewusst macht. Vielleicht liegt darin der einzig wirklich vernünftige Sinn für historische Betrachtungen.

2. Einige historische Betrachtungen

Abgesteckte Grenzen sind ein uraltes Phänomen und Grenzmarkierungen gehören zu den ältesten Schriftzeichen der Menschen. Die Geierstele des Königs Ennatum von Lagasch aus dem Jahre 2600 v. u. Z., die im Pariser Louvre steht, gibt uns in sumerischer Keilschrift Auskunft über Grenzziehungen im Südlibanon. Für den französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau war der Akt der Abgrenzung eines bestimmten Raumes sogar die Geburt der menschlichen Gesellschaft. Und nach dem Alten Testament erhielten die einzelnen Stämme Israels, als sie aus Ägypten ins gelobte Land kamen, Weide- und Ackerland „mit gesunderten und abgescheyden greniczen“, so der Verfasser der um 1400 geschriebenen *Geometria Culmensis*.

Auch im „alten Rom“ war die Grenze ein Ordnungselement des Privatrechts, und Grenzverletzungen bei privatem Grundbesitz wurden hart bestraft. Das private Grundstück, das *dominium*, hatte seine *fines*, seine genauen Grenzmarkierungen. Die zunehmende Besiedlung in der Römischen Republik ließ keine unbesiedelten Räume übrig, die zur Abgrenzung hätten dienen können. Dies verlangte nach einer eindeutigen Grenzziehung. Das galt aber nicht für das Reich. Die *pax romana*, die römische Ordnung, wurde als grenzenlos verstanden. Der *ager publicus*, der öffentliche Raum, hatte keine Grenzen, er sollte nirgendwo enden. Das Römische Reich hatte, vor allem seit der Kaiserzeit, einen universellen, einen globalen Anspruch und lehnte deshalb bewusst eine juristische Begrenzung ab. Nach den Worten des Dichters Vergil hatte Gott Jupiter den Römern ein „*imperium sine fine*“ versprochen. „Weder in Raum noch Zeit setze ich diesen Römern eine Grenze. Ein Reich ohne Ende habe ich verliehen“, zitiert er den Obersten der römischen Götterwelt in der „Aeneis“. Dementsprechend war es auch Cäsars Plan, die Welt

bis an den Rand der von den Ozeanen umspülten Erde zu erobern. Und diese Vorstellung von Weltherrschaft wurde, trotz des Attentates auf Cäsar, von der gesamten römischen Elite getragen. Es ist dieser globale Herrschaftsanspruch, diese „Disposition eines Staates zu gewaltsamer Expansion ohne angebbare Grenzen“, mit der der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter fast 2.000 Jahre später, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, den Imperialismus seiner Zeit charakterisierte.

In der rauen Realität mussten die römischen Legionen jedoch öfter einen Halt einlegen. Und dies nicht nur in einem kleinen gallischen Dorf. In den römischen Grenzprovinzen entstand in der Zeit nach Kaiser Trajan eine fließende Zone aus Befestigungen und Siedlungen, in der römische Legionäre, rekrutierte Barbaren und Tributvölker den Schutz des Imperiums gewährleisten sollten. An der Peripherie wurden Verteidigungslinien, wie der *limes* in Germanien, das *fossatum* in Nordafrika oder der Hadrians Wall im Norden Englands, geschaffen. Obwohl sie von manchem als Vorläufer der Mauern des 20. Jahrhunderts interpretiert werden, waren diese *limites* in den Grenzregionen des Römischen Reiches jedoch keine fixierten Staatsgrenzen. Eine Versteinerung der römischen Reichsgrenze habe es, so die Meinung vieler Historiker, nicht gegeben (vgl. Schneider 1994, S. 56). Diese Verteidigungslinien hielten geraume Zeit, wurden aber nach 230 zunehmend erschüttert, bis sie, wie auch der Limes in den Jahren um 260, unter dem Ansturm germanischer Stämme zerbrachen. Mit der Trennung des Römischen Reiches in Ost- und Westrom wurde zwar im Jahre 395 erstmals eine lineare Grenze gezogen, die zunächst nur von administrativer Bedeutung sein sollte. Jedoch hatte sie dann noch über 1.000 Jahre Bestand und ihre kulturelle Wirkung scheint bis heute anzudauern.

Dieses römische Verständnis von Grenzen setzte sich später im Karolingischen Reich fort. An dessen Rändern (lat. *margo*) entstanden die *marca*, jene militärisch organisierten Gebiete, die der Verteidigung an der Peripherie dienten. Dem entsprach die *frontiere* im Französischen und die *frontera* im Spanischen. Im spanischen Nationalepos „El Cid“ aus dem 12. Jahrhundert sind es „die von der Grenze, die ihm helfen werden“ (*los de la frontera...*). Die Reiche wurden zu jener Zeit durch Räume, nicht durch Linien getrennt. Dies änderte sich langsam im 13. und 14. Jahrhundert und war in der deutschen Sprache auch eng mit der Herausbildung des Wortes *Grenze* verknüpft.

„Irre granizze“ – „unser granizze“

Das Wort Grenze gehört zu den wenigen Lehnwörtern im Deutschen, die aus dem Slawischen stammen. Es tauchte erstmals Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts in Verträgen auf, die der Deutsche Orden mit polnischen Fürsten über territoriale Besitzungen abschloss. Das slawische Wort *graniza* wurde in den Texten zur Markierung von territorialem Besitz genutzt. Es kommt vom Indogermanischen *ghro*, das „spitz sein“, „hervorragend“ bedeutete (das Wort Granne hat die gleiche Wurzel). Dabei ist interessant, dass der Deutsche Orden bei seinen Kolonialisierungsplänen in Mittel- und Osteuropa großen Wert auf eine exakte, d. h. lineare Abgrenzung und die vertragliche Absicherung seines Gebietes legte. Dies war eine Erfahrung aus dem gescheiterten Versuch, in Ungarn einen Ordensstaat zu begründen. Territorial fixierte Grenzen sollten jene fehlenden feudalen Bindungen ersetzen, auf denen die anderen politischen Gebilde jener Zeit basierten. Bei denen war das persönliche Verhältnis des Vasallen zu einem Lehnsherrn und nicht eine bestimmte Räumlichkeit oder gar linear fixierte Grenze entscheidend für die Zugehörigkeit.

Dieses persönliche Lehnverhältnis begründete die gegenseitige Loyalität: den Schutz des Vasallen und die Pflicht, für den Lehnsherrn zu den Waffen zu greifen. Das fehlte im Ordensstaat. An seine Stelle sollten genaue Grenzen die Zugehörigkeit bestimmen. Dementsprechend legte man bei der Kolonialisierung in Preußen und Pommern großen Wert auf eine sorgfältige Grenzziehung. Dabei nutzte man natürliche landschaftliche Markierungen, wie z. B. große Eichen, die als Grenzzeichen dienten. Aber – und das ist das Neue – man legte auch Grenzen mittels einer *recta linea*, einer schnurgeraden, gedachten Linie fest. So z. B. in den Grenzvereinbarungen zwischen dem Deutschen Orden und dem Herzog von Masowien zu Beginn des 14. Jahrhunderts, wo eine über 100 km lange lineare Grenze durch die Wildnis festgelegt wurde. Auch die Grenze zwischen dem Gebiet des Deutschen Ordens und dem Bistum Pomeranien, die ebenfalls über 100 km lang war, wurde Ende des 13. Jahrhunderts entsprechend linear geregelt. Dabei verwandte man immer wieder die slawische Grenzbezeichnung *graniza* in den Urkunden der Ordenskanzleien. In einer Urkunde des Ordens aus dem Jahre 1262, der ältesten preußischen Originalurkunde in deutscher Sprache, wird von *irre granizze* bzw. *unser granizze* gesprochen.

Graniza wurde zunehmend latinisiert (*cum graniciis*) und dann auch eingedeutscht (*grenczen*). 1316 benutzte man erstmals in einer Urkunde auch die Verbform *begrenytzen* (Schneider 1994, S. 64). In der Folgezeit wanderte das Wort Grenze westwärts und wurde immer häufiger von den Kanzleien der deutschen Königreiche und Herzogtümer, in denen sich auch der Trend zu einer linearen Grenzziehung abzeichnete, zur Beschreibung territorialer Markierung benutzt.

Moderne Staatlichkeit und Grenze

Die Herausbildung und weite Verbreitung des Wortes Grenze, das mit Martin Luther dann endgültig seinen Platz in der deutschen Umgangssprache fand, war eng mit der Auflösung der feudalen Bindungen und der Entwicklung des modernen Staates im späten Mittelalter verbunden. An die Stelle des Raumes, der Grenzsäume und Gemarkungen, trat die Linie, die mit dem Wort Grenze beschrieben wurde. Politische Herrschaft schlug Wurzeln und verband sich mit einem fixierten Territorium und wurde zu moderner Staatlichkeit. Es scheint, dass dieser Prozess im 14. Jahrhundert vor allem in den östlichen Gebieten des Römischen Reiches, das mittlerweile das Attribut „heilig“ und den Zusatz „deutscher Nation“ erhalten hatte, vonstatten ging. Der norwegische Politologe Pal H. Bakka macht bei seiner „Spurensuche untergegangener Reiche“ darauf aufmerksam, dass der östliche Teil des Römischen Reiches, der zwischen Elbe und Brenner-Achse, die einzige Region war, in der die Fragmentierung politischer Macht, wie sie in den westlichen Teilen Deutschlands und in Norditalien typisch war, ausblieb. „Hier überlebten regionale Staatswesen die Zerstückelung – die österreichischen Lande, Bayern, Böhmen, Sachsen, Brandenburg und Pommern. Dort waren die Territorialfürsten mächtig genug geblieben, um den Städten und dem lokalen Adel ihren Willen aufzuzwingen. Dadurch waren die Voraussetzungen für moderne Staatlichkeit besser als in den zentralen und westlichen Teilen Deutschlands“ (Bakka 1995, S. 19). Bakka folgt dabei seinem Landsmann Stein Rokkan, der auf das Paradox aufmerksam machte, dass stabile und starke Staaten an der Peripherie des Römischen Reiches entstanden, während der Kern durch stark fragmentierte politische Strukturen, speziell die konkurrierenden italienischen Stadtstaaten, gekennzeichnet war. Die Entwicklung von „weichen“ zu „harten“ Grenzen vollzog sich offenbar primär in solchen Gebieten wie denen des Deutschen Ordens in Ost- und Mitteleuropa.

Grenzen in Westeuropa

Jedoch schälten sich auch in den Räumen Westeuropas fixierte lineare Grenzen heraus. Auch dort, wo nach den Worten Bakkas „die Fragmentierung total war und es auch über eine beträchtliche Zeitperiode blieb“ (Bakka 1995, S.17), führte die allmähliche Ablösung des Personenverbundstaates und die Konzentration von politischer Macht bei einem Souverän zur genauen Festlegung der Grenze durch Linien. Angesichts der Dichte von politischen und wirtschaftlichen Zentren in diesen Räumen war dies ein sehr langwieriger und komplizierter Prozess (vgl. Ruggie 1993). In Frankreich z. B. setzte die Entwicklung zu jenem Nationalstaat, der zum Modell im 19. Jahrhundert werden sollte, Mitte des 13. Jahrhunderts ein. Im Jahre 1244 verbot der französische König seinen Vasallen, Eigentum im Heiligen Römischen Reich zu besitzen und damit zugleich Vasall des Kaisers zu sein. Die Loyalität sollte von nun an allein auf den französischen König, der sich als „Kaiser in seiner eigenen Domäne“ verstand, gerichtet sein. Nach Marc Bloch begann damit die Grenzsetzung zwischen Frankreich und dem Reich.

Die Grenzlinie war nicht die Voraussetzung für den modernen Territorialstaat, aber offenbar eine notwendige Begleiterscheinung in diesem Prozess, der zur modernen Staatenwelt Ende des 17. Jahrhunderts führte. Im französischen Sprachraum wurden die *fins* und *frontiere* zur Bezeichnung der territorial fixierten Grenze. Im Italienischen erhält das Wort *confine* die Bedeutung einer politisch-territorialen Grenze und im Spanischen wurde es *la frontera*. Jedoch sollten bis zu den peinlichst genauen Grenzfestlegungen und deren militärischen Verfestigungen unserer Zeit noch Jahrhunderte vergehen. Als eine der ersten Grenzen im modernen Sinne gilt die Grenze zwischen Frankreich und Spanien in den Pyrenäen, die bis heute besteht. Der Vertrag wurde 1659 geschlossen und „*les monts Pyrenees*“, die Berge der Pyrenäen, sollten die Grenze zwischen beiden Staaten bilden. Über 100 Jahre später wurde sie in Verträgen mit dem Verweis auf „den Kamm der Berge“ genauer bestimmt, und erst 1856 bzw. 1866 erhielt sie die bis heute genaue Regelung. Dabei zeigte sich auch an dieser „klassischen“ Grenze, dass es nicht geographische Barrieren sind, die die genaue Grenzführung in erster Linie bestimmen, sondern primär die politische Dominanz, und die lag zu jener Zeit bei Frankreich.

Von „ewigen Grenzen“ in Europa

Mit dem Vertrag von Utrecht von 1713, der den spanischen Erbfolgekrieg beendete und der nach seiner Präambel dem Erhalt „eines Gleichgewichts in Europa“ dienen sollte, setzte die Herausbildung des modernen internationalen Staatensystems ein. In diesem erlangte die Frage der Grenzen, besser der gegenseitigen Abgrenzung der expandierenden Zahl von ambitionierten Mitspielern im europäischen Konzert erstrangige Bedeutung. Politische Stabilität in Europa sollte durch Korrekturen auf der politischen Landkarte, durch Teilungen, wie im Falle Polens, oder durch Ausgleich mittels Puffer, Protektoraten oder Interessensphären gewährleistet werden. Vor allem sollten nun die festgelegten Grenzen stets „ewig und unveränderlich“ sein. So wurde es im Westfälischen Frieden nach dem 30jährigen Krieg 1648 formuliert.

Nachdem auf dem Wiener Kongress im Jahre 1815 die politischen Karten neu gemischt und damit auch Grenzen erneut verändert worden waren, sollte dies dann für die nächste Ewigkeit gelten. Im folgenden 19. Jahrhundert wurde die Grenze ein wesentliches Attribut der sich herausbildenden Nationalstaaten. Sie strebten einerseits nach der Beseitigung historisch-kultureller Grenzen innerhalb ihres Territoriums und andererseits nach einer klaren Abgrenzung nach außen. In zahlreichen Grenzverträgen, wie den bereits erwähnten zwischen Spanien und Frankreich, wurden nun die genauen Verläufe der Grenzen ausgehandelt und von Vermessungsingenieuren peinlichst genau markiert. Volle Souveränität nach innen und nach außen war ohne eine klare Grenzziehung nicht zu haben. Dort, wo die Interessen verschiedener europäischer Großmächte aufeinander trafen, wie zum Beispiel auf dem Balkan, waren weiterhin diffuse Grauzonen, die Ausgleich und Kompromiss einschlossen, und nicht eindeutige Linien das Bestimmende.

Grenzen in Afrika

Ende des 19. Jahrhunderts wurde auch Afrika ein Problem der europäischen Grenzdebatten und schließlich auch der europäischen Grenzziehung. Die unterschiedlichen europäischen Mächte, wie auch die aufstrebenden USA, versuchten, ihre Einflusszonen zu sichern bzw. auszubauen. Alte Kolonialmächte, wie z. B. Portugal und Großbritannien, pochten auf vermeintliche historische Rechte, die neuen imperialen Mächte, wie Deutschland, beanspruchten ihren Teil auf

diesem Kontinent. Um militärische Auseinandersetzungen zu vermeiden und gültige Regeln zur Aufteilung des subsaharischen Raumes, speziell im Kongo-Becken, zu begründen, wurde 1884 von Deutschland und Frankreich zu einer Westafrika-Konferenz nach Berlin eingeladen. Vor allem Bismarck glaubte, durch die Neuregelung des afrikanischen Raumes das Mächtegleichgewicht in Europa zu sichern, zumindest aber die aufkommenden Spannungen zu mildern. Die Berliner Konferenz (1884/1885), auf der Afrika nur passiv, als territoriales Objekt, als *res nullius* vertreten war, verneinte die vermeintlichen historischen Rechte und definierte das Prinzip der „effektiven Besitzergreifung“ als das Bestimmende. Es begann die Aufteilung Afrikas am grünen Tisch.

Grenzen wurden relativ unkompliziert mit dem Lineal gezogen, ohne dass historisch gewachsene Strukturen, Stämme oder Sprachgruppen irgendwie beachtet wurden. Im Dezember 1885 einigten sich Deutschland und England. Im Ergebnis des deutsch-portugiesischen Grenzvertrages vom Dezember 1886 gaben sich beide Seiten die Herrschaft über Gebiete, die sie bis dahin nie betreten hatten. Nach den Grenzziehungen in europäischen Kanzleien in der Zeit von 1885 bis 1905 erfolgte die Vermessung und Markierung dieser Grenzen in Afrika. Zwar wurde dabei manchmal die am grünen Tisch festgelegte Linie im Detail korrigiert, sowohl ein Hochwasser führender Fluss als auch ein kriegerischer Stamm konnten die Marschrouten der Vermessungsingenieure, die im Falle Deutschlands vom Geodätischen Institut in Potsdam kamen, verändern. Somit wurden deren kartographische Festlegungen und mithin der genaue Verlauf der Grenzlinie so manches Mal modifiziert (vgl. Hangula 1991).

Im Großen und Ganzen wurden die in Europa festgelegten Grenzen in der afrikanischen Realität gezogen, und sie bestehen bis heute. Die damalige Organisation afrikanischer Einheit (OAU), heute Afrikanische Einheit (AU), die regionale Staatenorganisation dieses Kontinents, bestimmte gleich auf ihrer 1. Sitzung im Jahre 1964 in Kairo hinsichtlich der Grenzen, dass diese in der Form anerkannt werden sollten, wie sie zum Zeitpunkt der Erreichung der nationalen Unabhängigkeit waren. Gewiss ein Prinzip, das zunächst die Machtansprüche der einzelnen politischen Kräfte befriedete und somit ein gewisses Maß an Stabilität in der Region zu sichern half. Jedoch zeigen uns die heutigen Ereignisse in Somalia, Ruanda und im Kongo, dass sowohl der aufgezogene bzw. importierte westliche Staat als auch dessen Grenzen in der politischen Realität Afrikas außer Kraft gesetzt werden.

Grenzen in Amerika

In Süd- und Mittelamerika haben die Grenzen ebenfalls einen kolonialen Hintergrund, jedoch verliefen Herausbildung und Fixierung dieser Grenzen in einem längeren historischen Prozess. In diesem waren zwar teilweise auch die Interessen imperialer Mächte involviert, was manchmal zu regionalen militärischen Auseinandersetzungen führte, aber insgesamt war die Grenzfestlegung in dieser Region eher eine „innere Angelegenheit“. Nach der staatlichen Unabhängigkeit in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts einigte man sich auf den Grundsatz, dass die administrativen Grenzen der spanischen Kolonialverwaltung von 1810 Grundlage der neuen Staatsgrenzen sein sollten. Dabei erwiesen sich die Strukturen der vormaligen Vizekönigreiche, vier an der Zahl, als zu schwach. Eine gewisse Ausnahme bildete Mexiko, das aus dem 1535 gegründeten Vizekönigreich Neu-Spanien hervorging. Es zeigte sich bald, dass die königlichen Gerichtshöfe, die zugleich mit Regierungs- und Verwaltungsbefugnissen ausgestattet waren, die *Audiencias*, jene politische Einheit waren, in denen sich teilweise über Jahrhunderte gemeinsame soziale, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen gebildet hatten. Die *patria chica*, die kleine, engere Heimat, wie z. B. Venezuela oder Chile, hatte bereits Ende des 18. Jahrhunderts starke autonome Züge, und auf ihnen gründeten sich nach der Unabhängigkeit die künftigen Staaten der Region (vgl. Buisson 1995).

Grenzkonflikte in der Region

Die *Uti-Possidetis*-Doktrin, die die Grenzen von 1810 anerkannte, ersparte aber diesen Ländern nicht gewaltsame Konflikte um Grenzen. Auch die Formierung der lateinamerikanischen Staaten, d. h. vor allem die Schaffung einer zentralen Macht, war sowohl mit militärischen Auseinandersetzungen im Innern gegen Separatisten als auch mit der deutlichen Abgrenzung nach außen verbunden. Bei den genauen Grenzfestlegungen im 19. Jahrhundert zeigte sich bald, dass man entsprechend den eigenen Intentionen auf unterschiedliche königliche Dekrete rekurrierte, um seine Ansprüche zu formulieren. Bis Ende des 20. Jahrhunderts existierte zwischen Peru und Ekuador ein Grenzkonflikt, der mit gewisser Regelmäßigkeit in bewaffnete Auseinandersetzungen umschlug und dessen Wiederaufflackern nicht ausgeschlossen ist. Es geht hierbei um ein Gebiet von mehr als 100.000 Quadratmeilen im Amazonas-Gebiet. Ekuador beruft sich

auf die königlichen Dekrete von 1563, 1717, 1739 und 1740, in denen das umstrittene Gebiet der *Audiencia* von Quito zugesprochen worden sei. Dagegen führt Peru ein königliches Dekret von 1802 an. Zugleich wird auf das Selbstbestimmungsrecht verwiesen, demnach sich die Bevölkerung dieser Gebiete nach Erlangung der Unabhängigkeit für Peru ausgesprochen habe (vgl. Bruce / John 1977). Bereits sieben Jahre nach der Unabhängigkeit führte man den ersten Krieg. Dem folgten Schiedssprüche, Protokolle, gemeinsame Grenzkommissionen und Kriege, wobei der 1941 geführte auch unter dem Aspekt der entdeckten Erdöllagerstätten begonnen und von Peru letztlich gewonnen wurde.

Das Interesse an wichtigen Rohstoffen, sei es Salpeter im 19. Jahrhundert oder Erdöl im 20., hat dauerhafte Grenzregelungen in Süd- und Mittelamerika oftmals verzögert oder sogar verhindert. So war es im Grenzkonflikt zwischen Peru, Chile und Bolivien, der im 19. Jahrhundert zu zwei Pazifik-Kriegen führte und bis heute schwelt, und so war es im Konflikt zwischen Venezuela und Guyana oder Venezuela und Kolumbien. Oft wurden bzw. werden solche Grenzkonflikte von taumelnden Regierungen oder Militärs als letzte Trumpfkarte ins Spiel gebracht, um an „nationale Einheit“ zu appellieren.

Frontier im Norden

Im Norden des Kontinents vollzog sich durch die junge aufstrebende Macht USA dagegen eine permanente Verschiebung der *frontiers* nach Westen und Süden. Ideologisch ausgerüstet mit dem Sendungsbewusstsein des „*Manifest Destiny*“, wonach die USA als neues Jerusalem die schicksalhafte Bestimmung haben, den Fortschritt auf diesem Kontinent voran zu tragen, wurde Raum in einem dynamischen Prozess flächenhaft besetzt und besiedelt. Die damit verbundene Idee der Westwanderung der universalen Reiche, von China über Rom, Napoleon und das Britische Empire bis zu den USA, schlug sich auch und besonders in der permanenten Veränderung der Grenzen nieder. Anfänglich kauften die USA Gebiete von europäischen Mächten, wie 1803 für 15 Millionen Dollar Louisiana von Frankreich, ein Gebiet von 800.000 Quadratmeilen, oder Florida für 5 Millionen im Jahre 1819 von Spanien. Später wurden dem südlichen Nachbarn Mexiko nach einem verlorenen Krieg fast zwei Drittel seines Territoriums abgenommen. Mexiko musste 1848 die heutigen US-Bundesstaaten Neu-Mexiko, Arizona, Nevada, Utah, Kalifornien und Teile von

Colorado den USA für ganze 15 Millionen Dollar überlassen (Texas hatte sich bereits 1836 von Mexiko gelöst und war 1845 Bundesstaat der USA geworden). Der Rio Grande wurde die Grenze zwischen beiden Staaten. Die Grenze zu Kanada im Nordwesten wurde nach jahrelanger Kontroverse mit Großbritannien durch einen Teilungsvertrag im Jahre 1846 geregelt. Danach bildete die Grenze in dem unwegsamen und gering bevölkerten Raum eine fiktive Linie, der 49. Breitengrad, der nördlich von Seattle und südlich von Vancouver verläuft.

3. Staat und Grenzen im Europa des 20. Jahrhunderts

Kehren wir nach diesem Exkurs zu den Grenzen Afrikas und Amerikas in die europäische Entwicklung zurück. Am Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich im Westen und in der Mitte des Kontinents mit Frankreich, Großbritannien, Spanien, Dänemark, die Niederlande und Deutschland Nationalstaaten herausgebildet. Ihre Grenzen hatten sie sowohl durch vertragliche Regelungen als auch durch militärische Barrieren abgesichert. Als potentielle militärische Aufmarschgebiete waren viele Grenzgebiete relativ gering besiedelt und wirtschaftlich schwach entwickelt. Dies erhöhte den Abgrenzungseffekt zum Nachbarn. Zugleich begann der Nationalstaat seine Herrschaft bewusst bis an die Grenzen auszuweiten. Der französische Staat, der allgemein als das Modell des europäischen Nationalstaates gilt, machte erst während der Dritten Republik, also in der Zeit von 1870 bis 1914, seine Herrschaft bis an die spanische Grenze in den Pyrenäen sichtbar, indem er Straßen und Eisenbahnen baute, die Schul- und Wehrpflicht einführte und somit auch oder gerade in der Peripherie „den Franzosen“ schuf.

Im Osten Europas dominierten dagegen multinationale Reiche, das osmanische, das russische und das österreichisch-ungarische, in denen eine Vielzahl von ethnischen Gruppen und Völkern in sehr unterschiedlichen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Situationen lebte. Nach dem Ersten Weltkrieg zerfielen diese Reiche; einige verschwanden vollkommen von der Landkarte oder verloren erheblich an Territorium. Der Frieden von Versailles von 1919 proklamierte erneut „ewige Grenzen“ für das sich neu ordnende Europa und paneuropäische Enthusiasten, wie Coudenhove-Kalergie, setzten in den 1920er Jahren Grenzveränderungen mit Krieg gleich. „Jeder zu den Seinen“ war das Schlagwort des politischen Nationalismus

jener Zeit, der zu Staatsgründungen und damit auch neuen Grenzen führte. Zugleich erhob US-Präsident Woodrow Wilson das Selbstbestimmungsrecht zum tragenden politischen Prinzip der Neuordnung, wobei dieses in der politischen Realität aber mehr für die Auflösung der habsburgischen Monarchie und zur Begründung der territorialen Verluste Deutschlands benutzt wurde. Staaten wie die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Österreich und Ungarn entstanden, und bisherige administrative Grenzen innerhalb eines Reiches wandelten sich zu Staatsgrenzen. Zugleich wurden bisherige Grenzregionen zu Binnenräumen wie z. B. die ungarische Ostgrenze in den Süd- und Ostkarpaten oder die deutsch-russische Grenze seit dem 18. Jahrhundert in Polen. In einigen Fällen, wie in Oberschlesien, durchschnitten diese neuen Grenzen sogar dicht besiedeltes Gebiet, und es war sicherlich kein Zufall, dass diese beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als Katalysator der Aggression dienten.

Hinzu kam, dass Geographen wie Friedrich Ratzel und Karl Haushofer, die sich ganz bewusst der Politik zugewandt hatten, in ihrer „Geopolitik“, also einer vermeintlichen „erd- und raumbezogenen Politik“, sehr eng Macht und Grenzen verknüpften. Machterweiterung war somit zwingend mit Grenzerweiterung verbunden und umgekehrt, so die vermeintliche deutsche Erfahrung nach dem Ersten Weltkrieg. Einige dieser Geopolitiker, wie Haushofer, lieferten mit ihren Thesen vom „Volk ohne Raum“ später den akademischen Anstrich für die gewaltsamen Grenzveränderungen der 1930er Jahre durch Deutschland. Der verbrecherische Versuch Hitlers, die Landkarte Europas und sogar der Welt neu zu gestalten, scheiterte. Aber auch dieses Scheitern zog 1945 massive Grenzveränderungen in Mittel- und Osteuropa nach sich. Die bis 1940 unabhängigen baltischen Republiken wurden Teil der Sowjetunion, ebenso östliche Gebiete Deutschlands (nördliches Ostpreußen), Polens und Rumäniens (Bessarabien). Polen erhielt 1945 als Kompensation die Gebiete Deutschlands östlich von Oder und Lausitzer Neiße. Und innerhalb Deutschlands entstand eine Grenze zunächst zwischen den Besatzungszonen und anschließend zwischen zwei deutschen Teilstaaten, die bis 1989, vor allem in ihrem Berliner Abschnitt, zu einem Synonym des Kalten Krieges wurde. „Das Besondere der Grenzverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg im Unterschied zu früheren Grenzveränderungen“, schreibt der Leipziger Geograph Frank-Dietrich Grimm, „bestand in der Verbindung der [...] Verschiebung von Macht- und Staatsgrenzen mit der millionenfachen Vertreibung der bisherigen Bewohner [...] Der in dieser

Absolutheit und Größenordnung in der europäischen Geschichte einmalige Vorgang der massenhaften Vertreibung der einheimischen Bevölkerung und der Neubesiedelung von Territorien hat eine grundlegend veränderte Situation im östlichen Mitteleuropa geschaffen und dürfte die für Jahrhunderte nachhaltigste Folgewirkung des Zweiten Weltkrieges für die staatliche und ethnische Gliederung Europas sein“ (Grimm 1995, S. 3 f).

Der „Eiserne Vorhang“ durchschnitt in der Folgezeit den Raum Mittel-Osteuropa in einer bis dahin unbekanntem militärischen Form und schottete fast hermetisch beide Teile Europas voneinander ab. Zugleich wurde aus der Erfahrung zweier Weltkriege die Unantastbarkeit der Grenzen zu einem Axiom europäischer Sicherheitspolitik, speziell in den Ost-West-Beziehungen, und war konstitutiv für die Schlussakte von Helsinki im Jahre 1975 und alle weiteren Vereinbarungen über Sicherheit und Zusammenarbeit im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Innerhalb des sowjetischen Imperiums, zwischen Polen und der UdSSR oder zwischen Rumänien und Ungarn, waren die Grenzen vielfach abgeriegelt und boten wenig Raum für grenzüberschreitende Kooperation benachbarter „Brüdervölker“. Visafreier Verkehr, wie er zeitweise zwischen der DDR und der VR Polen bestand, war eher die Ausnahme als die Regel, die dann auch nach veränderter politischer Lage in Polen Anfang der 1980er Jahre wieder aufgehoben wurde.

4. Grenzen, Macht und Paradiese

Grenzen sind nicht von der politischen Gemeinschaft, die sie umgeben, zu trennen. Offensichtlich können geschlossene Grenzen als Markenzeichen insbesondere jener politischen Systeme verstanden werden, die sich die Umsetzung gesellschaftlicher Utopien auf die Fahnen geschrieben haben. Bereits Johann Gottlieb Fichte hatte im Jahre 1800 in seinem Plädoyer für den „geschlossenen Handelsstaat“ auf die zwingende Notwendigkeit geschlossener Grenzen verwiesen, damit er ein wirklicher „Vernunftstaat“ werden könne. Nur hinter Mauern scheint das Paradies realisierbar. Im Realsozialismus, als einer solchen geschlossenen Gesellschaft, erfuhr die Sicherung der Grenzen eine derartige Übersteigerung, dass schließlich deren Zusammenbruch mit der Auflösung des politischen Systems einherging. Der Kollaps des realsozialistischen Herrschaftssystems war deshalb auch und gerade mit dem Durchlöchern und dem anschließenden Zerfall

von Grenzen verbunden. Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 wurde somit auch zu der Metapher für das Ende einer über 40jährigen Epoche, der des Kalten Krieges.

Zieht man ein Resümee, so kann man Grenzen auch als Lackmus der Staatlichkeit verstehen. Moderne, d.h. klar fixierte lineare Grenzen entstanden im Zusammenhang mit moderner, d.h. westeuropäischer Staatlichkeit. Sie bedeutet die souveräne politische Herrschaft über einen bestimmten, abgegrenzten Raum. Deutlich abgegrenzte Territorialität ist konstitutiv für den modernen, bürgerlichen Nationalstaat. Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Grenzen vor allem als Ausdruck der Machtverteilung, speziell der militärischen, angesehen. Zweifellos ist diese machtzentrierte Sicht zu eng. Dennoch ist ein Zusammenhang mit Macht, und vor allem militärischer, unverkennbar. Und dies nicht nur bei der Festlegung der Seegrenzen, wo die Kanonenschussweite von drei Seemeilen lange Zeit die Grenzlinie vieler Staaten, so auch Deutschlands, bis 1958 bestimmte. 

Literaturverzeichnis

- Anderson, Malcom: *Frontiers, Territory and State Formation in the Modern World*. Cambridge 1996.
- Bakka, Pal H.: Auf den Spuren untergegangener Reiche: Imperiale Zusammenbrüche als Quelle der Veränderung Europas. In: *WeltTrends* 6, 1995.
- Bruce, R. / John, St.: The Boundary Dispute Between Peru and Equador. In: *American Journal of International Law*, 2/1977.
- Buisson, Inge: Zerfall des spanischen Weltreiches und die Staatenbildung in Spanisch-Amerika. In: *WeltTrends* 6, 1995.
- Crome, Erhard / Franke, Jochen: Die DDR und Polen. Betrachtungen. Über das Verhältnis der Ostdeutschen zu den Polen. In: *WeltTrends* 14, 1997.
- Czubinski, Antoni: Die Westgrenze Polens. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/1995.
- Grimm, Frank-Dietrich: *Regionen an deutschen Grenzen: Strukturwandel an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und an der deutschen Ostgrenze*. Leipzig 1995.
- Guichonnet, P. / Raffestin, C.: *Geographie des frontieres*. Paris 1974.
- Hangula, Lazarus: *Die Grenzziehung in den afrikanischen Kolonien Englands, Deutschlands und Portugals im Zeitalter des Imperialismus 1880-1914*. Frankfurt/M. 1991.
- Krämer, Raimund: *Grenzen der Europäischen Union*. Potsdam 1996.
- Kratochwil, Friedrich: Of Systems, Boundaries, and Territoriality. An Inquiry into the Formation of the State System. In: *World Politics*, 1/1986.

Martinez, O.J.: The Dynamics of Border Integration. New Approaches to Border Analysis. In: Schofield, C. H. (Hrsg.): Global Boundaries. London 1994.

Riedel, Heiko: Wahrnehmung von Grenzen und Grenzräumen: Eine kulturpsychologisch-geographische Untersuchung im saarländisch-lothringischen Raum. Saarbrücken 1993.

Rufin, Jean-Christoph: Das Reich und die neuen Barbaren. Berlin 1993.

Ruggie, John: Territoriality and Beyond. In: International Organization, 1/1993.



3.2 Staatlichkeit

Einführung

von Ralf Juan Leiteritz, PhD, Profesor Asociado

Der nachfolgende Text reflektiert in emblematischer Art und Weise vier zentrale Eckpunkte des akademischen Schriftguts von Raimund Krämer: (i) die Bedeutung der Geschichte für die Politikwissenschaft; (ii) das Bemühen um Differenzierung und die historische Herleitung von zentralen (Mode-)begriffen und -theorien in der Politikwissenschaft; (iii) eine ironische und im Duktus an Thomas Mann angelehnte Sprache; sowie (iv) eine Sympathie für und einen um Empathie werbenden Fokus auf Lateinamerika mit all seinen aktuellen und historischen Eigenheiten und Schwierigkeiten. Ich gehe im Weiteren auf diese vier Punkte noch etwas genauer ein. Vorab sei mir allerdings eine persönliche Anmerkung gestattet.

Ich war zwischen Oktober 1990 und März 1996 Student im Diplomstudiengang Politikwissenschaft. Im ersten Semester an der Hochschule für Recht und Verwaltung, danach ein Jahr lang an der Brandenburgischen Landeshochschule und ab 1992 an der Universität Potsdam. All dies jedoch am selben Ort: Potsdam-Babelsberg. Während dieser Zeit war Raimund Krämer erst mein Lehrer (im Kurs über autoritäre und totalitäre Regime), dann mein Chef als studentische Hilfskraft und schließlich der Betreuer meiner Diplomarbeit über den Prozess der Staatsformation in Brandenburg-Preußen in der frühen Neuzeit. Über die Jahre, auch und gerade nach meinem Weggang aus Potsdam, wurde Raimund Krämer vom Mentor zum Freund. Sein Leib- und Magenprojekt, die Zeitschrift *WeltTrends*, wurde zum oftmaligen Gegenstand unserer Konversationen in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

(i) Den historischen Wurzeln heutiger – sich eher an positivistischen Traditionen orientierender – Politikwissenschaft nachzugehen, ist ein zentraler Bestandteil von „Krämers Welt“. Seine Orientierungswissenschaft ist die Geschichte. In ihrer Regelmäßigkeiten zu entdecken und für politikwissenschaftliche Analysen fruchtbar zu machen, ist sein vornehmstes Anliegen. Krämer liegt am Herzen, Studierende für ein historisches Verständnis von Politikwissenschaft

zu sensibilisieren. Seine Welt ist daher nicht das Aufstellen von Hypothesen, basierend auf als allgemeingültig verstandenen Theorien oder Paradigmen, und deren nachfolgende Bestätigung mittels der „wissenschaftlichen Methode“. Vielmehr fühlt sich Krämer dem traditionellen Zugang zu Politikwissenschaft im Allgemeinen und zu vergleichender Regierungslehre im Speziellen verbunden: der Nutzung des kritischen Intellekts des Forschers basierend auf der Beobachtung einzelner Phänomene in der Realität (was andere hämisch „Anekdotensammlung“ nennen) und deren Generalisierung mittels Induktion.

(ii) Politikwissenschaft ist wie andere sozialwissenschaftliche Disziplinen auch sehr von Moden geprägt. Diese kommen einerseits in Form von Theorien daher, die den jeweiligen Mainstream einer Disziplin zu bestimmten Zeiten dominieren und zwangsläufig die herrschenden Denkstrukturen in der *scientific community* vorgeben. Andererseits sind in der akademischen, aber auch in der populärwissenschaftlichen Gemeinschaft spezielle Begriffe in Mode, wie z. B. schwache Staatlichkeit im vorliegenden Text. Krämer will explizit Abstand von diesen Moden nehmen und sucht daher nach Anknüpfungspunkten für eine historisch basierte (Aus-) Differenzierung oftmals recht grobschlächtig daherkommender Modetheorien bzw. -begriffe. Es geht ihm mithin um das historische Verständnis zeitgenössischer Analysen bestimmter Phänomene wie den Prozess der Staatsformation im *Extrême Occident*.

(iii) Krämers Welt sind in erster Linie Studierende. Ihnen hat er die Mehrzahl seiner Schriften in den vergangenen Jahren gewidmet, darunter auch den nachfolgenden Text. Krämer ist sich bewusst, dass Studierende oftmals vom biedereren, hausbackenen oder auch komplexen Schreibstil seiner Kollegen abgestoßen sind. Er weiß also um das allgemeine Verlangen nach klarer, leicht verständlicher Sprache auch und gerade für ein akademisches Publikum. Und er ist imstande, mithilfe einer deutschen Sprache, die nicht von Anglizismen durchsetzt und daher verfälscht wird, diesem Verlangen – gerne auch mit einer leicht ironischen Note – nachzukommen.

(iv) Nicht zuletzt nimmt die Beschäftigung mit Lateinamerika einen zentralen Stellenwert in Krämers Welt ein. Sein langjähriges Interesse an Ländern wie Kuba und Nicaragua erklärt sich aus seiner beruflichen Vergangenheit als Diplomat vor 1990. Dazu kommen Lehr- und

Forschungsaufenthalte in neuerer Zeit wie etwa in Kolumbien in 2008. Dabei ist Lateinamerika nicht nur Gegenstand akademischer Reflexionen, speziell im Hinblick auf seine politischen und kulturellen Besonderheiten im Vergleich zu Europa, sondern der Leser spürt in Krämers Schriften die tiefe Zuneigung des Autors zu dieser Weltregion (die ja eigentlich gar keine ist) sowie das Werben um ein besseres, d. h. differenzierteres Verständnis seiner aktuellen Situation und Probleme.



Von der Staatlichkeit des Friedens im Extrême Occident*

von apl. Prof. Dr. Raimund Krämer

RK

„Der Staat [...] ist kein Geschenk, welches der Mensch vorfindet, sondern muß von ihm mühsam geschaffen werden.“

Ortega y Gasset in „Aufstand der Massen“

Zur Vorverständigung

Jedlichem vernünftigen Dialog ist eine Phase der *Vorverständigung* vorzuschalten, meint Hans-Georg Gadamer, der Philosoph, der viel über Sprache und Hermeneutik nachgedacht hat. In diesem Sinne sei hier auf zwei Momente verwiesen, die für das Verständnis des folgenden Textes von Relevanz sind. Aus der hochkomplizierten und dynamischen Gemengelage, die in dem Begriffspaar Frieden und Staat erfaßt wird, soll in diesem Aufsatz nur ein Aspekt, die „innere Dimension“, und die aus einer politologischen Perspektive diskutiert werden. Damit wird einerseits die internationale Dimension, also die Frage nach der Friedensfähigkeit von Staaten untereinander, ausgeklammert. Andererseits hat die politologische Perspektive die Konsequenz, daß sie vor allem der Frage nach jenen Mechanismen nachspürt, die das Zusammenleben in einer politischen Gemeinschaft bedingen. Auf die soziologischen und psychologischen Sichten, die für eine Debatte des Problems ebenso von Bedeutung sind, wird hier – nicht zuletzt aus Platzgründen – verzichtet.

Der zweite Aspekt, der im Sinne einer Vorverständigung hier angeführt werden soll, betrifft den zu behandelnden geographischen Raum, genauer gesagt seine Benennung. *Extrême-Occident*, „Fernwest“, so nannte ihn der französische Diplomat Alain Rouquié. Es ist nicht nur in unseren Breitengraden ziemlich selbstverständlich, die über 30 Staaten zwischen Rio Grande und Feuerland mit ihren sehr verschiedenen sozialen Strukturen und Kulturen unter dem Begriff Lateinamerika zu subsumieren. Belize und Chile, Grenada und Brasilien sind die so differenten Realitäten, die wir mit einem

* Formell leicht korrigierte Fassung des Beitrages: Von der Staatlichkeit des Friedens im Extrême Occident. In: Krämer, Raimund (Hrsg.): Politische Herrschaft in Süd- und Mittelamerika. WeltTrends, Potsdam 2006 (WeltTrends Lehrtexte 5).

Begriff benennen, der als Kampfbegriff des 19. Jahrhunderts begann, als Napoleon III. seiner kurzatmigen Offensive in diesem Raum die kulturelle Aura des Kampfes zwischen dem lateinischen und dem angelsächsischen Amerika geben wollte. Es ist zu zweifeln, ob dieser Begriff der Unterschiedlichkeit und Differenzierung in diesem Raum gerecht wird. Das Gegenteil ist zu vermuten. Im politischen Leben drückt er den Wunsch nach einer regionalen Gemeinsamkeit und Homogenität aus, die es womöglich nie gegeben hat und dient somit weiter – bewußt oder unbewußt – als politisches Programm bzw. ideologisches Konzept. Bei der wissenschaftlichen Analyse ist eine solche Pauschalisierung, wie sie letztlich mit dem Begriff Lateinamerika vorgenommen wird, nicht nur wenig hilfreich, sondern eher ein geistiges Hindernis. Er führt immer wieder zu drastischen Abweichungen von der Realität und tradiert die wohlbekanntesten Klischees (vgl. Pietschmann 1994, S. 16). Das gilt auch für unsere Debatte über politische Herrschaft, Staat und Gewalt in diesem Raum. Vielleicht gehört der Begriff „Lateinamerika“, ähnlich wie jener von der „Dritten Welt“, zu jenen Termini, deren erkenntnistheoretischer Nutzen am Ende des kurzen 20. Jahrhunderts gegen Null geht. Selbst hinsichtlich des Begriffs Südamerika weist Peter Waldmann darauf hin, daß es „Südamerika eigentlich nicht gibt, weil die Verhältnisse in jedem Land etwas anders liegen“ (Waldmann 1995, S. 65). Norbert Lösing betont mit recht, daß die lateinamerikanischen Gesellschaften „*en muchos aspectos son mucho mas complejas e individuales de lo que desde el exterior nos guste reconocer*“ (Lösing 1996, S. 385). Dies eingedenk werde ich dort, wo dieser Raum generell benannt werden soll, auf die stärker geographisch ausgerichteten Begriffe Südamerika oder Mittel- bzw. Zentralamerika sowie Karibik zurückgreifen, wohlwissend um die auch damit verbundene Vereinfachung.

Das staatliche Gewaltmonopol und die Friedens- und Konfliktforschung

Politische Gemeinwesen, gleich welcher Bezeichnung, sind durch Herrschaftsverhältnisse charakterisiert, die mit Gewalt, d. h. physischen und psychischen Zwang, unterschiedlichster Art verbunden sind. Dieser Aspekt stand auch bei der historischen Herausbildung des Staates in Westeuropa im Mittelpunkt. Dabei gehörte die Konstruktion von politischen Herrschaftsstrukturen sicherlich zu den zentralen Themen politologischen Denkens. Niccolò Machiavelli, der die Politikwissenschaft von der Theologie abtrennte, sah im staatlichen

Gemeinwesen ein Artefaktum und diskutierte deshalb so intensiv die Frage, wie dieses künstliche Gebilde gestaltet werden müsse, um das „ewige Auf und Ab“ zu beenden und Stabilität zu erreichen. Für seinen englischen Kollegen Thomas Hobbes ging es ebenfalls darum, im Geiste der Euklidischen Geometrie eine politische Ordnung zu konstruieren. Gesucht war (und ist bis heute) jener Zustand, in dem das „*bellum omnium contra omnes*“, der Krieg aller gegen alle, beendet wird und damit die allgemeine Voraussetzung gesellschaftlicher Entwicklung gesichert werden kann, d. h. den Zustand des physischen Überlebens, des Friedens, in einem politischen Gemeinwesen. Die *securitas publica* mittels einer politischen Konstruktion, die man nun Staat nannte, zu erreichen, wurde zu einem Kerngedanken politischen Denkens in Europa. Der Leviathan, der sterbliche Gott, sollte vom Bürger die alleinige Gewalt erhalten und im Austausch dafür diesem Schutz garantieren. Dieser Gedanke wurde zwar durch die Ideen der Säkularisierung, der Souveränität und der Gewaltenteilung ergänzt, blieb aber bis heute im Mittelpunkt staats-theoretischen Denkens. Das staatliche Gewaltmonopol wird dann auch bei Max Weber zu jenem entscheidenden Spezifikum, das diesen politischen Verband von anderen sozialen Verbänden unterscheidet. „Man kann vielmehr den modernen Staat soziologisch letztlich nur definieren aus einem spezifischen Mittel, das ihm, wie jedem politischen Verband, eignet: das der physischen Gewaltsamkeit“. Und einige Zeilen weiter definiert er den Staat als „diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das ‚Gebiet‘, gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ (Weber 1986, S. 1043). Das staatliche Gewaltmonopol als Voraussetzung, um in einer Gemeinschaft konkurrierender Interessen das friedliche Zusammenleben und damit auch die Möglichkeit der Entwicklung zu gewährleisten. Es würde uns zu weit vom Thema entfernen, würden wir dies hier zu den aktuellen Globalisierungsprozessen quer stellen. Hier sei nur auf den Aufsatz von Dietmar Brock verwiesen (vgl. Brock 1997).

Die Hervorhebung des staatlichen Gewaltmonopols bedeutet jedoch nicht jener Allmacht des Staates das Wort zu reden, wie sie in totalitären Systemen angestrebt und zum Teil erreicht wurde. Diese Macht des politischen Verbandes Staat muß durch Parlament, Recht und zivile Partizipation eingehegt werden. Die „legitime Gewaltsamkeit“ des Staates (Max Weber) heißt dann, daß kein politischer Akteur mit physischer Gewalt die Durchsetzung seiner Ziele anstrebt bzw.

anstreben kann, und die Mittel von Gewalt allein bei der Institution Staat konzentriert sind. Wenn dies von der Mehrheit der Bevölkerung als rechtens angesehen wird, gilt dies als legitim. Politische Gewalt vagabundiert dann nicht in der Gesellschaft, sie ist gebunden. Daß von den 27 im Jahre 1996 weltweit registrierten Kriegen nach SIPRI-Angaben allein 26 davon Bürgerkriege und innere Kämpfe waren, macht es sinnfällig, sich dieser Kernfunktion moderner Staatlichkeit, dem Schutz der öffentlichen Sicherheit, zu erinnern.

Frieden gehört sicherlich zu den politisch am meisten benutzten und wissenschaftlich am wenigsten konkretisierten Begriffen. Auch ein mit diesem und dem Begriff Konflikt ausgestatteter Teil der Sozialwissenschaften, tut sich schwer mit einer genaueren begrifflichen Bestimmung. Produktiv erscheint mir gegenwärtig der Ansatz von Dieter Senghaas, der sich mit einem „zivilisatorischen Hexagon“ dem Phänomen als Prozeß annähert. In diesem Sechseck stellt ein Moment die grundsätzliche Voraussetzung dar, das legitime Gewaltmonopol. Die Entprivatisierung der politischen Gewalt und deren „Monopolisierung“, in der Regel durch den Staat, sind nach Senghaas die *conditio sine qua non* für eine friedliche Ordnung. Und das gelte universell. Die weiteren Ecken dieses Hexagons sind Rechtsstaatlichkeit (als Kontrolle des Gewaltmonopols), die demokratische Teilnahme der Bürger, die Affektkontrolle, soziale Gerechtigkeit und eine konstruktive politische Konfliktkultur (vgl. Senghaas 1995). Diese Faktoren sind in der sozialen Realität eng verknüpft und es gibt eine starke Rückkopplung. Frieden wird hier als „ein gewaltfreier und auf Verhütung von Gewaltanwendung gerichteter Prozeß“ verstanden. Die beiden kategorischen Aussagen, die erstrangige Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols und die Universalität der Konditionen, haben verständlicherweise besonders seine Kritiker bewegt. Dabei ist interessant, daß auch ein Kritiker des Hexagons, wie z. B. Lutz W. Vogt, in seinem Gegenentwurf eine „zivilisatorische Triade“ entwirft, in der auch das Gewaltmonopol als eine Variable auftaucht, jedoch etwas verschämt, denn es solle „subsidiär“ organisiert sein (vgl. Vogt 1995). Wie das konkret umgesetzt werden kann, überläßt Vogt aber der Phantasie seiner Leser.¹ Denkt man den Senghaas'schen Gedanken konsequent und folgt der offensichtlichen Vorliebe der

1 Vogt formuliert sechs Einfluß-Variablen, die als Steuerungsgrößen den Triathlon der „kritisch reflexiven Zivilisierung“ beeinflussen bzw. voranbringen. Dazu zählt er an 2. Stelle die ‚Demokratisierung‘, insbesondere im Sinne eines notwendig demokratisch, rechtsstaatlich, gewaltgeteilt, ‚weltinnenpolitisch‘ und subsidiär organisierten Gewaltmonopols (Vogt 1996, S. 125/127).

Friedens- und Konfliktforscher für mathematische Figürlichkeit, so könnte man das legitime Gewaltmonopol als die Voraussetzung für alle weiteren Faktoren zentrieren und die weiteren Elemente darum gruppieren. Heraus käme dann ein Pentagon, was aber wiederum im friedens- und konflikttheoretischen Diskurs gewiß wenig positiv Akzeptanz finden würde.

Ähnlich geht es oftmals dem Staat. In so manchen Debatten scheint dieses Wort immer noch ein Reizwort zu sein, daß weltsystemische Generalverrisse mit spontanen Deklarationen für Subsistenz und Apoesis provoziert. Dazu wird in klarem Schwarz-Weiß ein etatistischer Pappkamerad aufgemalt, den man dann mit gefrorenen Gewißheiten und etwas vertrocknetem Ernst attackiert. Dies mag gesinnungsethisch löblich sein, jedoch hilft es weder politisch noch erkenntnistheoretisch irgendwie weiter. Damit soll hier nicht auf eine moralische Dimension verzichtet werden. Die Ethik, die diesem Aufsatz unterlegt wurde, ist eine, die sich mit dem Banalen einläßt, mit dem Überleben des Einzelnen beider Geschlechter und die als „Moral der ersten Hilfe“ (André Glucksmann) bezeichnet werden kann. Und es ist eine Ethik, die einem unter dem Motto „Lateinamerika ist anders!“ daherkommenden Kulturrelativismus, der sich häufig als ein sehr traditioneller europäischer Paternalismus ortet, die Universalität fundamentaler Menschenrechte und die dazu erforderlichen institutionellen Voraussetzungen entgegenstellt (vgl. Schubert 1996).

Die Schwäche des kreolischen Leviathans

Die brutale Realität in den süd- und mittelamerikanischen Militärdiktaturen der 1970er und 1980er Jahre provozierte bei Soziologen und Politologen der Region die Debatte über Gewalt und Staat. In Deutschland wurde Ende der 1980er Jahr die Problematik von dem Augsburger Soziologen und Argentinien-Spezialisten Peter Waldmann thematisiert, wobei er seine Arbeiten vor allem dem Phänomen der parastaatlichen Gewalt und des Staatsterrorismus widmete (vgl. Waldmann 1991, 1994, 1995). Die Thematik wurde von jenen Länderspezialisten aufgegriffen und diskutiert, die sich mit dem *casus classicus* politischer Gewaltanwendung in diesem Raum, Kolumbien, bzw. den Militärdiktaturen des *Cono Sur* beschäftigten (vgl. Dombois 1989, Nolte 1991, Kurtenbach 1991, Heinz 1988 und 1991, Mansilla 1993 und 1995, Pfadenhauer 1995). Die mittlerweile erhebliche Zahl der Publikationen zu dieser Frage, auch in deutscher

Sprache, relativiert die von Waldmann 1991 aufgeführten Gründe für die akademische Nichtbeschäftigung mit dem Thema der staatlichen und parastaatlichen Gewalt durch die Sozialwissenschaften ein wenig. Es wäre sicherlich vermessen, wollte man die verschiedenen Aufsätze hier zusammenfassen. Jedoch lassen sich m. E. trotz unterschiedlicher Fallbeispiele und differierender Sichten zwei gemeinsame Aussagen herausfiltern.

Die erste wichtige Erkenntnis aus den Fallbeispielen besteht darin, daß der Staat in diesem Raum ein schwacher ist und ein staatliches Gewaltmonopol in den wenigsten politischen Systemen Süd- und Mittelamerikas erreicht werden konnte. „Es scheint, daß der lateinamerikanische Staat, im Unterschied etwa zum westeuropäischen, nie ein effektives Gewaltmonopol gegenüber der Gesellschaft erlangt hat (vgl. Waldmann 1994, S. 94). In seiner jüngsten Arbeit differenziert Waldmann diese Aussage dahingehend, daß er als Ausnahmen relativ starke Staaten in den postrevolutionären Entwicklungen in Mexiko und Kuba sowie in Chile ausmacht (vgl. Waldmann 1996, S. 21).² Ansonsten aber blieb dieser Staat schwach. Es gelang ihm weder über die eigenen Bürger noch über die eigenen Institutionen eine effektive Kontrolle herzustellen. Die Schwäche des lateinamerikanischen Staates bedeutet vor allem: seine geringen finanziellen Ressourcen (kaum Steuereinnahmen), die schwache Legitimation, geringe nationale Kohäsion (größere Gruppen marginalisiert, separatistische Tendenzen) und die geringe Kontrolle über seine eigenen Strukturen und Institutionen (Polizei, Justiz, Militär). Der Staat ist oftmals ohnmächtig. Politische Gewalt wurde nicht eingeehgt, sondern sie vagabundiert in diesen Gesellschaften. In Kolumbien z. B. sieht Wolfgang Heinz neben dem Staat drei organisierte Träger politischer Gewalt: die kommunistische Guerilla-Bewegungen, die Todesschwadronen und paramilitärischen Gruppen der Militärs und Großgrundbesitzer und die Drogenmafia, wobei er zugleich auf die Verbindungslinien und Koalitionen zwischen diesen Akteuren verweist (vgl. Heinz 1988). In einigen Ländern besteht die größte Herausforderung in der nur fragmentarischen Präsenz des Staates, sei es in peripheren ländlichen Zonen oder in marginalisierten Gebieten der Metropolen. Die tatsächliche Schwäche des Staates in diesem Raum verwundert zunächst, bedenkt man die ausgeprägten

2 Norbert Lösing polemisiert im gleichen Buch mit Waldmanns Aussage und stellt dem entgegen, daß Länder wie Chile, Argentinien, Uruguay und Kostarika „poseen un monopolio de fuerza no menos desarrollado que varios países europeos“ (Lösing 1996, S. 384).

etastischen Traditionen. Die Herausbildung und Konstituierung von Staatlichkeit erfolgte in dieser Region in dem Spannungsfeld von ideologisch propagierter und politisch beanspruchter Allmacht des Zentralstaates einerseits und der tatsächlichen Unfähigkeit des Staates andererseits, das legitime Gewaltmonopol in seinem Gebiet gegenüber konkurrierenden politischen Akteuren durchzusetzen. Immer wieder wird von einem Etatismus in Süd- und Mittelamerika gesprochen, der seine Wurzeln in der spanischen bzw. katholischen Staatsauffassung des 16. und 17. Jahrhunderts habe. Diese ging entsprechend der thomistischen Scholastik von der Identität von Glaubensziel und Staatenlenkung aus und stellte grundsätzlich den Einheitsgedanken über Konflikt und Konkurrenz (vgl. Mols 1987). Dementsprechend begann mit der *Conquista*, der Entdeckung und Eroberung Amerikas Ende des 15. Jh., die Etablierung einer stark vertikalen hierarchischen Gesellschaftsstruktur, die kaum politische Autonomie und nur geringe soziale Dynamik zuließ. Die Modernisierungen im Zuge der Bourbonen-Reformen in der 2. Hälfte des 18. Jh. verstärkten sogar diese Vertikalität. Nach dem Wegfall der spanischen Krone als der zentralen politischen Macht und der Erlangung der politischen Selbständigkeit durch die kreolischen Eliten zu Beginn des 19. Jh. kam es in den folgenden Jahrzehnten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb dieser Eliten bei der Etablierung der einzelnen Staaten. Zwar gelang es jeweils einem Caudillo, sich national gegenüber seinen Rivalen durchzusetzen und für „Ordnung und Fortschritt“ zu sorgen, jedoch konnte trotz teilweiser brutaler Gewaltanwendung letztlich in der Mehrzahl der Länder kein effektives Gewaltmonopol hergestellt werden.

Die Idee vom Staat als mächtiger Agentur wurde im 20. Jahrhundert als säkularisierte Idee in den verschiedenen Formen autoritärer Staatsideen fortgeführt. Es sei auf den *Cesarismo Democrático* des Venezolaners Vallenilla Lanz zu Beginn dieses Jahrhunderts, auf das Konzept des *Estado Novo* von Getulio Vargas in Brasilien der 30er Jahre und den *Justicialismo* Juan Domingo Perons in Argentinien der 1940er und 1950er Jahre verwiesen. Drei autoritäre Staatsdoktrinen, denen gemeinsam war, daß sie eine starke zentrale, sich national verstehende Gewalt gegen partikuläre Interessen anstrebten und dies unter solchen modischen Stichworten wie Fortschritt, Ordnung und Wohlstand mit zum Teil brutaler Gewalt gegenüber ihren politischen Konkurrenten durchzusetzen versuchten. In einigen Staaten, besonders in Zentralamerika, in denen liberale Oligarchien noch dominierten, war dies einerseits mit der Ausgrenzung breiter

Bevölkerungsschichten vom politischen Prozeß und andererseits mit der brutalen Einbeziehung von Bevölkerungsschichten, speziell indischen, in den kapitalistischen Produktionsprozeß verbunden.

Die zweite Erkenntnis, die aus den verschiedenen Untersuchungen politischer Gewalt in diesem Raum für unsere Erörterung von erheblichem Gewicht ist, besteht darin, daß der schwache Staat auch ein brutaler ist. Oftmals gehen gewaltsame Übergriffe in diesen Gesellschaften gerade von staatlichen Einrichtungen, besonders der Polizei selbst, aus. Der als Leviathan konzipierte Staat wird für den Bürger vielfach zum *Behemoth*, zum Unstaat, der seine eigenen Regeln verletzt und selbst Quelle von unkontrollierter Gewalt ist. Die geringe Institutionalisierung, eine Konstante politischer Systeme in der Region, der oftmals irrational-verbürokratisierte Aufbau der staatlichen Verwaltung und deren chaotisches Funktionieren schwächen keineswegs die vom Staat ausgehende *Violencia* ab, sondern kanalisieren sie und ritualisieren sie unter spezifischen Modalitäten. Der prekäre Zustand der öffentlichen Verwaltung und deren chronische Finanzschwäche behindern keineswegs das brutale Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte gegen einzelne Bevölkerungsgruppen. Im Gegenteil. Besonders der schwache Staat neigt zu gefährlicher Brutalität und verstärkt somit selbst die soziale und politische Anomie in der Gesellschaft.

Die Unfähigkeit des Staates, Sicherheit für den Bürger zu gewährleisten, ist vor allem mit den gravierenden Problemen in der Polizei, einem der zentralen Sicherheitsinstitutionen des Staates, verbunden. Oft geht physische Gewalt gegen Bürger gerade von dieser Institution aus. Professionelle Unfähigkeit, Korruption und brutale Arroganz, verknüpft mit einer ausgeprägten Subkultur der gegenseitigen Unterstützung und institutionellen Solidarität, haben dazu geführt, daß die Bürger dieser Institution stark mißtrauen und ihr nur eine geringe Legitimität geben. Zugleich greifen Sektoren der Gesellschaft, die es sich finanziell leisten können, auf private Firmen und Leibwächter zurück. Es bilden sich Selbstschutzgruppen mit all den Gefahren, die für das Gewaltmonopol entstehen, wenn sich Gruppen vervielfältigen, die den Willen und die Kapazität zu autonomer Gewaltanwendung haben. Die herrschende Elite versucht die politischen Strukturen mit illegalen Mitteln zu erhalten und destabilisiert mit der zunehmenden repressiven Gewalt, d. h. der illegalen bzw. heimlichen Gewalt, die politische Ordnung selbst. Unter diesen Bedingungen fehlt vielfach der

Konsens zur Begründung legitimer Herrschaft. Anomie und Gewalt führen zur Auflösung von Staatlichkeit und lassen die Chancen für eine zivile Gesellschaft extrem schrumpfen. Dazu kommt das außerordentlich hohe Maß an politischer Gewalt, daß die Gesellschaften dieses Raumes, in denen sich die staatliche Herrschaft konstituiert, prägt. Oftmals kommen sie dem Hobbes'schen Trauma vom Kampf aller gegen alle sehr nahe. Die *Violencia* tritt in verschiedenen Formen auf: als bäuerliche Selbstschutzverbände, die sich gegen die Willkür von Großgrundbesitzern und Polizei wehren, als ethnisch-kulturelle Protestformen, die teilweise zu bewaffneten Konflikten eskalieren, in Auseinandersetzungen innerhalb der Machtelite, die mittels privater „Armeen“ ausgefochten werden, in „klassischen“ Arbeits- und Lohnkämpfen, die nicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden können und nicht zuletzt in einem sozialen Banditentum, das heute besonders mit dem Drogenhandel verbunden ist. Diese Gewaltphänomene tendieren zunehmend zu einer Eigendynamik, so daß Erscheinungen politischer Gewalt und deren eigentliche Ursachen in einem kaum noch nachzuvollziehenden Wechselverhältnis stehen (vgl. Mansilla 1993). In einer unerbittlichen Komplexitätsreduzierung erhält die politische Gewalt die Funktion eines natürlichen Mittels für eine umfassende Sinnstiftung. Sie allein wird als Mittel zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität und zur Durchsetzung eigener Interessen angesehen. Dazu kommen ausgeprägte Elemente des Autoritarismus in der politischen Kultur, die sowohl eine unkontrollierte Staatsgewalt als auch die exzessiven Aufstandsbewegungen in der Region begünstigen. Dieser Autoritarismus hat eine lange Vorgeschichte und eine ebenso bemerkenswerte Kontinuität in den süd- und mittelamerikanischen Gesellschaften und beeinflußt noch immer stark sowohl Interessenartikulation als auch Konfliktaustragung in diesen Gesellschaften (vgl. Mols 1987, Mansilla 1991, 1995). Politische Gewalt verselbständigt sich zunehmend. Ethische Prinzipien und Kosten-Nutzen-Kalküle verlieren gegenüber einer eingetübten Praxis, die aus oft nicht erklärbaren Gründen fortgesetzt wird, an Bedeutung. Die Verselbständigung finden wir auch in Situationen, in denen es keine eindeutigen Sieger und Verlierer gibt (zum Beispiel in Kolumbien, vgl. Heinz 1988 und Kurtenbach 1991). Dazu kommt die Kriminalisierung politischer Gewalt, was sich in der Nutzung der bewaffneten Truppen, sowohl der regulären Armee als auch der Guerilla, zur Bereicherung zeigt. In Nicaragua wurden aus den Kämpfern des Bürgerkrieges der 80er Jahre marodierende Banditen, die – mit dem Anspruch auf Gerechtigkeit – Städte überfielen und

Banken ausraubten.³ Die ehemaligen sandinistischen Soldaten, die *Recompas*, konnten ähnlich wie ein Großteil der ehemaligen Contra, die *Recontras*, nach ihrer Demobilisierung nicht in das zivile Leben wieder eingegliedert werden.

Lang andauernde politische Gewalt hat in ausgedehnten Gebieten einzelner Staaten, wie z. B. Perus und Kolumbiens, eine Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens zur Folge. Zwar sind die zivilen Behörden weiterhin existent, jedoch liegen wesentliche Funktionen der Staatsgewalt, wie das Justizwesen und Strafvollzug, Polizei, Fernmeldewesen und Straßenbau, in den Händen der Militärverwaltungen. Verfassung und ziviles Recht haben nur fragmentarische Geltung. Die Ankündigung der kolumbianischen Regierung, daß im Falle des Fehlens ausreichender Mandatsträger bei den kommenden Kommunalwahlen Militärs als Bürgermeister eingesetzt würden, ist ein jüngstes Beispiel dieser Tendenz. Der Rückzug von über 200 Kandidaten ist Ergebnis der Ermordung von 82 Politikern und der Entführung von zirka 150 Kandidaten im laufenden Wahlkampf.

Beyond the State! – Aber wer dann?

Angesichts des massiven Staatsversagens in der Region, speziell bei der Schaffung und Gewährleistung einer gewaltfreien politischen Ordnung ist die Frage nach Alternativen zum Staat sicherlich berechtigt. Können poststaatliche politische Gemeinwesen den inneren Frieden schaffen? Inwieweit sind Regionen, suprastaatliche Institutionen, wie die EU, ethnische Gemeinschaften oder eine Zivilgesellschaft politische Optionen zum Staat? Mit Recht wird darauf verwiesen, daß „die Gesellschaftswelt nicht friedlicher ist“ (Czempiel 1991), wird davor gewarnt, alles Transnationale zu idealisieren (vgl. Brock / Albert 1995), und betont, daß zivilgesellschaftliche Organisationen „nicht die besseren Akteure“ sind (Messner 1996). Die Erfahrungen in Teilen Afrikas wie z. B. Kenia, Liberia und Ruanda (vgl. Heyer 1997, Reno 1997) und auch in Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeigen, daß der Verfall und das anschließende Verschwinden staatlicher Strukturen weder zu herrschaftsfreien noch zu gewaltlosen politischen Zuständen führen. Reprivatisierung der politischen Gewalt und Fragmentierung der Akteure reduzieren die Möglichkeiten, gewaltsame Konflikte

3 Im Juli 1993 überfielen zirka 150 ehemalige Soldaten der Sandinistischen Volksarmee (EPS) die Stadt Esteli. Das Militär stellte mit einer blutigen Operation, die 45 Tote, 96 Verwundete und umfangreiche Zerstörungen kostete, die „Ordnung“ wieder her.

zu lösen bzw. zu verhindern. Warum kleine Einheiten per se demokratischer sein sollen, muß angesichts der Erfahrungen auf dem Balkan und im subsaharischen Afrika bezweifelt werden. Es wächst die Gefahr, daß aus der Krise autoritärer Modelle und der außerordentlichen Dimension der sozialen Probleme in vielen Ländern nicht eine *civil society* triumphierend entsteht, sondern normen- und regellose, eben anomische Staatsgebilde herauskommen, wo das Gewebe der Gesellschaft immer mehr abstirbt und – wie Ralf Dahrendorf schreibt – „überall Gewalt in der Luft liegt.“ Der *Caracázo* im Februar 1989, jener spontane Aufstand in der Hauptstadt des als relativ stabil eingeschätzten Venezuelas, hat deutlich gezeigt, wie fragil die politischen Strukturen in diesen Gesellschaften sind.

Ende der 1970er und im Verlaufe der 1980er Jahre wurde die Krise und letztlich das Scheitern des autoritären Staatsmodells immer offensichtlicher. Wir konnten Übergänge von autoritären Diktaturen zu politischen Demokratien durch Wahlen als auch von blutigen Bürgerkriegen zu Gesellschaften mit kompliziert ausgehandelten Konkurrenzverhältnissen beobachten. Das Militär „flüchtete“ nach sorgsamer Sicherung von Privilegien in die Kasernen. Viele süd- und mittelamerikanische Gesellschaften stehen seitdem vor der Aufgabe, ein neues Ordnungsmodell zu finden. In diesem gesamtgesellschaftlichen Kontext wird auch und besonders die Frage nach den politischen Institutionen, speziell der zukünftigen Rolle des Staates, gestellt. Dabei sind die zum Teil traumatischen Erfahrungen mit politischer Gewalt in den vergangenen 20 Jahren unmittelbar präsent. Große Teile der Bevölkerung haben – speziell in Zentralamerika – mehr die tiefe Erfahrung der Desorganisation ihres Lebens gemacht, haben Krise und Krieg als Formen kollektiver Ungerechtigkeit erfahren.

Heute ist die Frage nach dem Regieren die nach einem demokratischen und sie ist in vielen Ländern mit zwei sozialen Herausforderungen verknüpft: einerseits nach einer Zeit von Terror und Krieg Ordnung und Stabilität zu sichern und andererseits sichtbare Ergebnisse im Kampf gegen die Armut in diesen Gesellschaften zu erzielen. Für den Altmeister der mittelamerikanischen Sozialwissenschaften, Edelberto Torres Rivas, ist die Frage nach der Regierbarkeit den Gesellschaften in diesem Raum wesentlich mit zwei Aspekten verbunden: mit die Frage der Legitimität und die der Effektivität. Diese beiden Probleme stehen seiner Meinung nach in enger Korrelation mit den Ursachen für Instabilität und Krisen in Mittelamerika, die immer wieder die

Unregierbarkeit dieser Gesellschaften provozieren (vgl. Torres Rivas 1995). Dabei geht es ihm primär nicht um den undemokratischen Charakter des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, der als solcher benannt werden muß. Im Zentrum der Betrachtung stehen die sich formierenden politischen Systeme, in denen z. B. die fehlende Unterordnung des Militärs unter die zivile Gewalt eine permanente Herausforderung für die politische Stabilität darstellt. Dabei finden wir selbst in dieser Subregion keine homogene Situation vor. Neben der funktionierenden liberalen Demokratie in Kostarika, die im letzten halben Jahrhundert fest und stabil war,⁴ standen Anfang der 1990er Jahre die vom Militär „bewachten Demokratien“ in Guatemala, El Salvador und Honduras und eine „schwierige Demokratie“ in Nicaragua. Trotz dieser fragilen politischen und sozialen Realität ist dem Resümee von Petra Bendel bei der Analyse der Institutionalisierung der Demokratie in diesem Raum zuzustimmen, wenn sie schreibt: „Auch ‚unter ungünstigen Bedingungen‘ [...] ist die Chance auf die Herausbildung und Konsolidierung einer funktionierenden demokratischen Institutionenordnung gegeben“ (Bendel 1996, S. 333). Obwohl Bendel dabei den Staat nicht gesondert diskutiert, kann diese Schlußfolgerung auch auf diesen bezogen werden.

Dem Simon Bolívar zugerechneten Wort „*América es ingobernable*“ steht Anfang der 1990er Jahre eine Debatte gegenüber, die auf das Machbare, auf Institutionenbildung und nicht zuletzt in der Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates, vor allem den Schutz der öffentlichen Sicherheit, orientiert (vgl. Crespo-Martinez 1994, Mols 1995). Konkrete Schritte in einzelnen Ländern unterstreichen diesen veränderten politischen Ansatz: die Dezentralisierung staatlicher Macht in Venezuela, Projekte für Sicherheit und Frieden in einer Stadt wie Cali in Kolumbien, der Ombudsmann für Menschenrechte in Guatemala oder die Einführung von Systemen zur Rechtssicherheit für Besitztitel in städtischen Randsiedlungen und auf dem Lande in Peru. Der World Development Report der Weltbank von 1997, der speziell dem Staat *in a changing world* gewidmet ist, spricht – sicherlich etwas euphoristisch – von einer „*quiet revolution*“, die sich bei der Gestaltung staatlicher Herrschaft, besonders bei der

4 In Kostarika gelang es Ende der 40er Jahre das Militär abzuschaffen und eine politische Gemeinschaft zu errichten, die ein hohes Maß an Konsensus und geringer Klassenpolarisation ausmacht. Staatliche Institutionen wurden aufgebaut, die sowohl faire Wahlen als auch ein gewisses Maß an sozialer Verantwortlichkeit gewährleisten. Die durchgeführten Wahlen können als frei und offen charakterisiert werden. Die Wurzeln für diese Entwicklung werden in den relativ egalitären, toleranten, nichtdoktrinären Beziehungen in der kostarikanischen Gesellschaft gesehen. In der Klassenschichtung, so Torres Rivas, „fehlt das aristokratische Moment“.

Dezentralisierung, vollzogen habe und formuliert auf der „*Agenda for Change*“ für Süd- und Mittelamerika als erstrangige Aufgabe die Stärkung der institutionellen Kapazität, speziell auf der Ebene der Provinzen und Kommunen (vgl. World Development Report 1997, S. 166). Fern ideologischer Nebelbänke, aber nicht abgehoben von der sozialen, politischen und kulturellen Realität ihrer Gesellschaften wird die Frage der *buen gobierno*, der „guten Regierung“ diskutiert. Dazu gehören auch Bestandsaufnahme und Überlegungen zur Reform der Polizei, wie sie in dem jüngst erschienen Band „*Justicia en la Calle*“ vorgenommen werden. Sie orientieren unter anderem auf eine klarere Abgrenzung zwischen Polizei und Militär, auf eindeutige rechtliche Regelungen, die von den politischen Institutionen beachtet und durchgesetzt werden, und nicht zuletzt auf eine solche Ressourcenausstattung, die sowohl ein effektives Handeln der Institution als auch das Überleben ihrer Mitglieder sichert (vgl. Waldmann 1996). Daß der mexikanische Präsident Zedillo in seinem Bericht zur Lage der Nation im September 1997 vor dem neuen Parlament, in dem erstmals die PRI nicht die absolute Mehrheit hat, die öffentliche Unsicherheit und die Mißachtung des Rechtsstaates als die größten Entwicklungshindernisse benennt, sollte nicht nur als vorwärtsverteidigende PRI-Rhetorik einfach abgetan werden. Die von ihm angekündigte Restrukturierung der Polizei wird angesichts begründeter Vermutungen, daß die Hälfte der mexikanischen Bundespolizei von der Drogenmafia Gelder erhalten habe, gewiß eine Herkulesarbeit. Aber angesichts der Kritik von Amnesty International an der deutschen Polizei und laufender Untersuchungen gegen Polizisten in Berlin, sind skeptische Herablassungen aus Mitteleuropa gewiß unangebracht.

Wenn heute von der Stärkung des Staates in diesem Raum gesprochen wird, so bedeutet das, ihn sowohl institutionell als auch zivilgesellschaftlich auszubauen. Dazu gehören vor allem jene Mechanismen

- die den friedlichen Wettbewerb der Eliten um politische Macht regeln, die Möglichkeit des Wechsels gewährleisten und die Rechte der unterlegenen Gruppen sichern;
- die die Möglichkeit der freien Teilnahme der Bevölkerung, des *demos*, in den öffentlichen Angelegenheiten gewährleisten und
- die die Verantwortlichkeit politischer Macht, einschließlich der gegenüber dem Militär, eindeutig markieren und deren öffentliche und rechtliche Kontrolle sichern.

Diese Mechanismen, die unter dem Begriff eines demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens subsumiert werden können, stellen keine Garantie für den inneren Frieden dar. Demokratische Strukturen allein sind keine Versicherung gegen politische Gewalt. Aber sie schaffen jene politische Infrastruktur, mit der politische Gewalt eingeeignet, abgebaut und letztlich domestiziert werden kann. Damit wird jener politische Raum geschaffen, in dem dann unterschiedliche Akteure (sicher vor physischem und psychischem Zwang) erst handeln können. Die jüngsten Entwicklungen in Kolumbien im Vorfeld der Kommunalwahlen führen uns diese *conditio sine qua non* nochmals recht dramatisch vor Augen. Diese grundsätzliche Vorbedingung des Politischen bedeutet (noch) nicht die Lösung der sozialen und ethnischen Probleme. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die in diesen Ländern Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre stattfanden, beseitigen nicht die sozialen, kulturellen, ethnischen und sexuellen Ungerechtigkeiten in diesen Gesellschaften. Sie markieren auch nicht das Ende autoritärer Strukturen. Sie sind der (notwendige) Rahmen, in dem politische Optionen für die Lösung dieser Probleme vorgestellt und diskutiert werden und können auch als Beginn der graduellen politischen Veränderungen interpretiert werden.

Dieser minimalistische Ansatz versucht, die entstehenden demokratischen Institutionen nicht zu überladen. Die Desillusionierung ist auch in diesen Ländern ein ernstzunehmendes Phänomen in den Demokratisierungsprozessen. In diesem Transitionsprozeß finden wir heute die Komponenten des alten politischen Regimes ebenso wieder wie die des neuen Systems. Demokratische Elemente entstehen und koexistieren in einem sozialen Rahmen, der noch stark durch Beziehungen autoritärer Unterordnung geprägt wird, und diese Elemente mit ihren Werten und Normen werden fortbestehen. Die chilenische Polizei wird z. B. von den Bürgern fünf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur, so Michaela Pfadenhauer in ihrer Untersuchung, gleichermaßen als Vertreter der alten und als Garant der neuen Ordnung angesehen (vgl. Pfadenhauer 1995).

Unzweifelhaft hat die Erfahrung der Diktatur auch wichtige kognitive und affektive Veränderungen hervorgebracht, die Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre zu einem „kollektiven Bewußtseinswandel“ (Dieter Nohlen) in Lateinamerika geführt haben, der sowohl in den politischen Eliten als auch in der Masse zu einer Verminderung starrer ideologischer Extrempositionen

und zur Stärkung des Kompromißdenkens und pragmatischen politischen Handelns geführt hat. Und hier liegen auch wesentliche Quellen für die Lebensfähigkeit demokratischer Ordnungen in Süd- und Mittelamerika. Damit ist verbunden, die Dichotomie zwischen Staat und (Zivil-) Gesellschaft, wie sie in einigen friedens- und konflikttheoretischen Ansätzen konsequent gepflegt wird, zu überwinden. Sofern man beide Pole ausmachen kann, muß man sie in ein spannungsreiches, aber auch produktives Verhältnis setzen. Heinz Kleger spricht sich in seiner „Theorie einer demokratischen Bürgergesellschaft“ für „eine bürgergesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Staat und Bürgerschaft“ aus. Dabei sieht er den „wichtigsten Beitrag der öffentlich-informellen Basisdemokratie darin, daß wir als Bürgerinnen und Bürger selbst denken, mitteilen und bestimmen können, was zum Gegenstand der Politik gemacht wird“ (Kleger 1994, S. 309 f). Zugleich weist er deutlich auf die Grenzen solcher Akteure und gesellschaftlicher Selbstorganisation hin. Alle anderen Steuerungsmittel, so Kleger ein paar Seiten weiter, haben „direkt oder indirekt mit dem Staat zu tun, ob sie nun Delegation, Subsidiarität, Korporatismus, Konzertation, Subventionierung oder Bargaining heißen. Auch und gerade ein reflexiver werdender und dadurch eigene Leistungsgrenzen wahrnehmender Staat kann nicht schwächer sein, sondern muß in bestimmter Hinsicht sogar stärker werden. Der Staat wird bürgergesellschaftlich gebraucht und verbraucht, so daß die gängige Polemik von ‘Bürgergesellschaft versus Staat’ zu kurz greift“ (Kleger 1994, S. 14). Wir sollten das aber nicht nur für Europa einklagen, sondern auch bei unserer Reflexion über Staatlichkeit in dessen *Extrême-Occident*, wie der französische Diplomat Alain Rouquié das südliche und mittlere Amerika benannte, stärker beachten.



Literaturverzeichnis

- Bendel, Petra: Zentralamerika. Die schwierige Institutionalisierung der Demokratie. In: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel. Band 2. Leske + Budrich, Opladen 2000.
- Brock, Ditmar: Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33- 34, 1997.
- Brock, Lothar / Albert, Mathias: Entgrenzung der Staatenwelt. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2, 1995.
- Crespo-Martinez, Ismael: El estudio de los procesos de consolidación democrática en América Latina. In: Revista Internacional de Sociología, Jan.-Apr. 1994.
- Dietrich, Wolfgang: Staat, Militär und Indianer in Guatemala. In: Zeitschrift für Lateinamerika 49, 1995.

- Dombois, Rainer: Coca, Recht und Gewalt. Zur Kokainökonomie in Kolumbien. In: Mehrwert 31, 1989.
- Gärtner, Heinz: Frieden und Demokratie. In: Antimilitarismus Information 11, 1996.
- Gärtner, Heinz: Der Staat in Gefahr? In: Die Zukunft Südosteuropas, Friedensbericht 1997.
- Glucksmann, André: Am Ende des Tunnels. Berlin, Goldmann 1991.
- Heinz, Wolfgang: Guerrillas. Friedensprozeß und politische Gewalt in Kolumbien. Reihe Lateinamerika 6, 1988.
- Heinz, Wolfgang: Konsequenzen der Demokratisierung für die Streitkräfte in Argentinien, Brasilien und Uruguay. In: Waldmann, Peter / Tobler, Hans W. (Hrsg.): Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Vervuert, Frankfurt am Main 1991.
- Heyer, Sonja: Bedingungen von Staatsbildung und Staatszerfall in Somalia. In: *WeltTrends* 14, 1997.
- Hobbes, Thomas: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1984.
- Hofmeister, Wilhelm / Thesing, Josef (Hrsg.): Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika. Vervuert, Frankfurt am Main 1996.
- Kleger, Heinz: Reflexive Politikfähigkeit. Zur Verschränkung von Bürger- und Staatsgesellschaft. In: Gebhardt, Jürgen u. a. (Hrsg.): Demokratie, Verfassung und Nation. Die politische Integration moderner Gesellschaften. Nomos, Baden-Baden 1994.
- Kurtenbach, Sabine: Staatliche Organisation und Krieg in Lateinamerika. Ein historisch-struktureller Vergleich der Entwicklung in Kolumbien und Chile. LIT, Münster und Hamburg 1991.
- Lösing, Norbert: Realidad y perspectiva de la Policía en América Latina. Resúmenes y Reflexión. In: Waldmann, Peter (Hrsg.): Justicia en la Calle. Ensayos sobre la Policía en América Latina, Medellín 1996.
- Mansilla, H.C.F.: Ursachen und Folgen politischer Gewalt in Kolumbien und Peru. Vervuert, Frankfurt am Main 1993.
- Mansilla, H.C.F.: Violencia im Andenraum. Gedanken zu Politik und Gewalt in Lateinamerika. In: *WeltTrends* 9, 1995.
- Messner, Dirk: Politik im Wandel. NGOs in der Irrelevanzfalle oder NGOisierung der (Welt)-Politik? In: Globale Trends und internationale Zivilgesellschaft oder: Die NGOisierung der (Welt)-Politik. Bonn 1996.
- Mols, Manfred: Begriff und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika. In: Hättich, Manfred (Hrsg.): Zum Staatsverständnis der Gegenwart. Olzog, München 1987.
- Mols, Manfred: Zum Staat in Lateinamerika. In: Mols, Manfred / Thesing, Josef (Hrsg.): Der Staat in Lateinamerika. Hase & Koehler, Mainz 1995.
- Pfadenhauer, Michaela: Die Normalität der Gewalt. Konfliktparteien und „Zuschauer“ fünf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur. Chile. In: Sahner, Heinz / Schwendtner, Stefan (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. DGS, Opladen 1995.
- Pietschmann, Horst: Lateinamerikanische Geschichte und deren wissenschaftliche Grundlagen. In: Bernecker, Walther L. u. a.: Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 1. Klett-Cotta, Stuttgart 1994.
- Reno, William: Welthandel, Warlords und die Wiedererfindung des afrikanischen Staates. In: *WeltTrends* 14, 1997.
- Rouquié, Alain: Amérique Latine. Introduction à l'Extrême-Occident. Paris 1987.
- Schubert, Gunter: Die Universalität der Menschenrechte und die liberale Demokratie im „Kampf der Kulturen“. In: *WeltTrends* 12, 1996.

Senghaas, Dieter: Frieden als Zivilisierungsprojekt. In: derselbe (Hrsg.): Den Frieden denken. Si vis pacem para pacem. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1995.

Torres Rivas, Edelberto: Die Transitionen in Zentralamerika. In: Sevilla, Rafael / Torres Rivas, Edelberto (Hrsg.): Mittelamerika – Abschied von der Revolution. Horlemann, Tübingen 1995.

Vogt, Wolfgang: Frieden als Zivilisierungsprojekt. Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung. Nomos, Baden-Baden 1995.

Vogt, Wolfgang: Zivilisierung und Frieden – Entwurf einer kritisch-reflexiven Friedenstheorie. In: Mader, Gerald / Eberwein, Wolf-Dieter / Vogt, Wolfgang: Frieden durch Zivilisierung. Münster 1996.

Waldmann, Peter: Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. In: Junker, Detlef / Nohlen, Dieter / Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts. Beck, München 1994.

Waldmann, Peter: Vigilantismus, Demokratisierung und die Rolle der Polizei. In: Mols, Manfred / Thesing, Josef (Hrsg.): Der Staat in Lateinamerika. Hase & Koehler, Mainz 1995.

Waldmann, Peter (Hrsg.): Justicia en la Calle, Ensayos sobre la Policía en América Latina. Medellín 1996.

Waldmann, Peter / Riedmann, Arnold: Lateinamerikas Polizei – Das Beispiel Kolumbien. In: Zeitschrift für Lateinamerika 49, 1995.

Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe. Mohr, Tübingen 1986.

World Development Report: The State in a Changing World. Oxford 1997.

3.3 Caudillismo

Einführung

von Dr. habil. Erhard Crome

Das Studium der „Internationalen Beziehungen“ in Potsdam-Babelsberg war in der DDR etwas Besonderes. Als Studenten fühlten wir uns von Anfang an positiv der uns entsendenden Republik und Partei verpflichtet; die Befassung mit der Entwicklung anderer Länder aber hatte zur Folge, das Verhältnis zur Macht nicht entweder affirmativ oder abweisend zu betrachten, sondern analytisch. Das wiederum konnte nicht folgenlos bleiben in Bezug auf die Zusammenbruchsprozesse der DDR oder der realsozialistischen Länder überhaupt. Zugleich bewahrten jene angeeignete analytische Fähigkeit einerseits und die Erfahrung des politischen Zusammenbruchs des eingewöhnten politischen Systems andererseits davor, nunmehr diese gesamtdeutsche Bundesrepublik Deutschland oder den Westen mit romantischen Kinderaugen zu betrachten. Die kaputten Straßen heute erinnern nicht nur physisch an die Endphase der DDR. So sind Menschen wie Raimund Krämer vielleicht besonders prädestiniert, Zeiten wie die heutigen mit sehr kritischem Blick zu durchschauen.

In einer vergleichsweise frühen Schrift hat er das in seinem Band „Der alte Mann und die Insel. Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba“ getan, erschienen 1998. Der Essay Nr. 1 trägt den Titel: „Die Metamorphosen der Macht und die Rückkehr des Caudillo“. Zu einem Zeitpunkt in den 1990er Jahren, da im Westen – in Deutschland und Westeuropa wie in den USA – die etablierte politikwissenschaftliche Lateinamerikazunft sich einig schien, dass die Tage des politischen Systems auch in Kuba gezählt sein müssten, weil der Realsozialismus im Osten Europas ja bereits zusammengebrochen und Kuba von der Sowjetunion und der DDR wirtschaftlich abhängig war, begründete Krämer, dass das nicht ausgemacht sei. Schon aus der Erfahrung des überwundenen marxistisch-leninistischen Endzeitkonzepts heraus lehnte er „eine neue Form der Prädestinationslehre“ ab, „die eine Zielgerichtetheit politischer Entwicklung hin zu jenem angelsächsisch eingefärbten Entwicklungspfad von Marktwirtschaft und Demokratie unterstellt“. Während also die bürgerliche Politikwissenschaft orakelte, ob denn Fidel Castro durch einen großen Eklat stürzen werde, gewalt-

sam ausgetragen, oder ob das Regime Reformen versuchen werde, die allesamt scheitern müssten, weil sie ja auch in Osteuropa zu westlichem Parlamentarismus und Marktwirtschaft geführt haben, verwies Krämer auf Geschichte und politische Strukturen. Die spanische Kolonialherrschaft hat eine besondere Form des politischen Autoritarismus bewirkt, der auf spezifische Weise mit Etatismus und Paternalismus verbunden war, und die in der Figur des „Caudillo“, des Führers, einen spezifischen Ausdruck fand.

Raimund Krämers These war, dass Fidel Castros Herrschaft am Beginn lediglich eine spezifische Form des üblichen lateinamerikanischen Caudillismo war, wenngleich er sozialistisch interpretiert wurde. Dann näherte sich Castro – nach der Kuba-Krise von 1962 und der Logik des Kalten Krieges folgend – den realsozialistischen Institutionalisierungen an. Und nach dem Fiasko des Realsozialismus in Osteuropa hat er diese Institutionalisierungen wieder zurückgedreht und ist zur Caudillo-Herrschaft zurückgekehrt. Damit hat er sein Herrschaftssystem von den Zusammenbruchprozessen in Osteuropa abgekoppelt. Damit aber gilt: „Es bleibt offen, wie lange der Glaube an Fidel Castro noch anhält und das Schicksal dieser Insel und ihrer 11 Millionen Bewohner an das des alten Mannes der lateinamerikanischen Revolution gebunden sein wird.“ Das war der Schlusssatz von Krämers Essay. Jetzt, 14 Jahre später, gilt: Die lateinamerikanische Revolution hatte viele neue junge Männer und Frauen gefunden, die teils auf reformerischen Wegen dorthin gekommen sind, wo Castro schon war. Fidel Castro selbst wurde von Krankheiten ereilt und übergab in einem behutsamen Übergang seinem jüngeren Bruder die Macht, ohne dass er selbst von der Bühne verschwunden wäre. Die Frage nach der Perspektive des politischen Systems auf Kuba aber ist weiter offen. Damit hat Raimund Krämer recht behalten, dass eine sichere Aussage über einen kurzfristigen Systemwechsel schon damals falsch war.

Hinzu kommt, und das war Raimund Krämers Hauptbeschäftigung in den vergangenen Jahren, dass das Thema nicht nur unter lateinamerikanischer Perspektive zu betrachten ist. Juan J. Linz' Klassiker: „Totalitäre und autoritäre Regime“ wurde dank Krämers Arbeit als Herausgeber und Übersetzer auf dem deutschen Büchermarkt etabliert und neu in die wissenschaftliche und politische Diskussion eingebracht. Linz hat dazu zwei Vorworte für die deutsche Ausgabe geschrieben. Das Fazit ist: Der Autoritarismus ist nicht erledigt, sondern wir bekommen im 21. Jahrhundert neue Formen autoritärer Herrschaft, die hinter

den Kulissen der Aufrechterhaltung der Fassaden demokratischer Institutionen errichtet werden. Die Errichtung autoritärer Strukturen ist vergleichsweise rasch zu bewerkstelligen. Sie bedarf keiner großen ideologischen Begründungen, wie der Totalitarismus, und die demokratische Herrschaft hat demgegenüber komplizierte kulturelle, soziale, geistige und institutionelle Voraussetzungen, deren Ausbildung in aller Regel längerer Zeiträume bedarf. Die Frage nach der politischen Ordnung ist nicht erledigt, auf neue Weise wieder offen.

Insofern ist das 21. Jahrhundert, wie Raimund Krämer am Ende seiner Schrift „Res Publica“ (die eigentlich eine fundierte Einführung in die Politikwissenschaft ist) im Jahre 2010 anmerkt, durch eine sich verstärkende Tendenz zu autoritärer Herrschaft geprägt. Dazu tragen nicht nur die inneren Eigenheiten des politischen Systems bei, sondern auch die sich beschleunigenden Prozesse im kapitalistischen Weltfinanz- und Weltwirtschaftssystem sowie die kapitalistische Krise und ihre Bearbeitung. In diesem Sinne befindet sich die kubanische Caudillo-Herrschaft – durch welchen Castro auch immer – in guter Gesellschaft; sie ist nur eine Form der autoritären Herrschaft des 21. Jahrhunderts, die lediglich die Eigenart hat, lange genug überdauert zu haben, um wieder zeitgemäß zu sein. In seinem Nachwort zu dem Essay-Band von 1998 schreibt Raimund Krämer, dass er sich seit Jahren mit Kuba und Lateinamerika befasst hat. „Dazu kam das ‚Erlebnis der Wende‘ im Jahre 1989, der Untergang eines Staates und einer Idee, die beide für die Ewigkeit gedacht waren.“ Daraus folgte er: „Eine der in diesen Turbulenzen gewonnenen Einsichten ist, dass es sich auf den von politischen Interessen und Konflikten zerschlissenen Sesseln des Jetzt allemal humaner lebt als auf den sauber bezogenen Feldbetten der Utopie. Kritik der Macht und Zweifel an Verheißungs-ideologien als *conditio sine qua non* des Intellektuellen. Diese Einsicht bestimmt auch meinen Blick auf die kubanische Entwicklung. Der Vorwurf des Verrats lässt da gewiss nicht lange auf sich warten. Für den französischen Althistoriker Pierre Vidal-Naquet ist es seit jeher die Rolle des Historikers, den Verräter zu spielen. Er zerschlägt forsche Gewissheiten und deckt neue Hintergründe auf, er zeigt ideologische Zerbrechlichkeiten und stellt neue, manchmal provokative Zusammenhänge her.“ Das gilt in Bezug auf „Der alte Mann und die Insel“ für die Anbeter wie für die Verteufelung des kubanischen „Sozialismus“. Die Rezeption des Buches war, dass beide Krämer für einen Verräter hielten. Und damit ist er exkulpiert – *sine ira et studio*.

Die Metamorphosen der Macht und die Rückkehr des Caudillo*

von apl. Prof. Dr. Raimund Krämer

RK

Demnächst in Havanna, so verabschiedete man sich unter Exilkubanern in Miami Anfang der 90er Jahre. Fidel Castro auf der nur 90 Meilen entfernten Insel würde nun bald gestürzt werden. Nach der Großen Europäischen Wende von 1989 war die lang gehegte Hoffnung bei ihnen zur Gewißheit geworden. Das Ende der sozialistischen Staaten, vor allem der UdSSR, schien auch den Zusammenbruch des „sozialistischen Leuchtturms“ in der Karibik zu bedeuten. Als der Kalte Krieg mit dem Verschwinden der Sowjetunion zu Ende war, erwarteten viele einen baldigen Kollaps auf der Karibikinsel. Und dies nicht nur in kubanischen Emigrantenkreisen. Auch bei jener recht umfanglichen Wissenschaftsgemeinde, die sich mit Kuba beschäftigt, schien der Zusammenbruch in Kuba nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Der Zerfall der UdSSR, des wichtigsten Verbündeten Kubas, bestärkte noch diese Auffassung. Anfang 1989 fragte Susan Kaufmann Purcell, Vizepräsidentin der politisch einflußreichen Amerika-Gesellschaft und Autorin mehrerer kenntnisreicher Aufsätze zu Süd- und Mittelamerika, ob sich „Kuba auf neuen Wegen?“ befinde, im Sommer 1990 sah sie eine „bewölkte Zukunft“ für Kuba und im folgenden Artikel prophezeite sie dann ein „zusammenbrechendes Kuba“.¹ Die polnische Autorin Anna Husarska sah in der kubanischen Gesellschaft die gleichen Anzeichen, die in Osteuropa den Beginn des Zusammenbruches des Realsozialismus angekündigt hatten. Die dramatische wirtschaftliche Lage, die zunehmende Flucht von Kubanern, das Entstehen verschiedener oppositioneller Gruppen, die immer offener agieren und international an Ansehen gewinnen sowie die gestiegene Repression führten sie zu dem Schluß, „daß der kubanische Kommunismus in jedem Moment zusammenbrechen kann“.² Demgegenüber stand bei anderen Autoren neben der Auflistung von Schwierigkeiten, denen

* Formell leicht korrigierte Fassung des Essays: Die Metamorphosen der Macht und die Rückkehr des Caudillo. In: Krämer, Raimund: Der alte Mann und die Insel. Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba. 2., unveränderte Auflage. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 2002.

1 Kaufmann Purcell, Susan: Kuba auf neuen Wegen? In: Europäische Rundschau 2/1989; dieselbe, Cuba's Cloudy Future. In: Foreign Affairs, Summer 1990. In der Überblicksnummer von Foreign Affairs, „America and the World 1991/92“ publizierte sie „Collapsing Cuba“.

2 Husarska, Anna: Cuba looks like East Europe just before Communism's Fall. In: The Wall Street Journal vom 03.01.1992.

sich Kuba ausgesetzt sieht³, die schlichte Hoffnung nach Reform im Vordergrund. Dieses Kuba, das für europäische Linke lange Zeit einen undogmatischen Marxismus verkörperte, sollte sich reformieren (dürfen). Jan Rehmann versucht, sich in „kritischer Solidarität“ einer pauschalen Abschreibung des kubanischen Sozialismus entgegenzustellen. Jedoch hat er dabei, wie er selbst eingesteht, „einen schweren Stand“, Argumente für eine solche Reformfähigkeit zu finden. „Allenfalls statistisch belegbare sozialpolitische Errungenschaften“, so Rehmann, „nicht aber Entwicklungsmöglichkeiten und – angesichts des ungleichen Kräfteverhältnisses – noch weniger deren Wahrscheinlichkeit.“⁴

Mittlerweile sind sieben Jahre vergangen, und Fidel Castro ist immer noch der *Máximo Líder*, der große Führer, auf Kuba. Auf den ersten Blick, und mancher Besucher kommt angesichts karibischer Schönheiten zu keinem zweiten, scheint Kuba weiterhin jene Insel zu sein, die sie zu einem politischen Modell in den 60er Jahren gemacht hat: mit einer politischen Legende an der Spitze, mit revolutionärer Rhetorik und mit einer leidenschaftlich engagierten Bevölkerung, die bereit ist, im Kampf gegen den Goliath im Norden alles zu geben. Zwar bemerkt auch der flüchtige Blick, daß der revolutionäre Lack erheblich blättert, und dies nicht nur in der einfallenden Altstadt von Havanna. Aber die Mischung aus dem mitgebrachten Kuba-Klischee und der offiziellen Selbstdarstellung gibt so manchem (west-)europäischen Besucher das leise Gefühl, daß es hier doch „anders“ sei und daß zumindest hier die in Europa vertriebene revolutionäre Idee einen Unterschlupf gefunden habe. Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (KPK) sprach man dann auch von Kuba als dem „Fels im kapitalistischen Ozean“ und erneuerte die Selbstmordlösung „*Socialismo o Muerte*“, also Sozialismus oder Tod, die Ende der 80er Jahre der traditionellen Schlußformel „Vaterland oder Tod“ angefügt worden war.

„Der real existierende Sozialismus kann nicht dauern.“ Das schrieb Anfang der 90er Jahre Ralf Dahrendorf, der geadelte deutsche Soziologe, von seinem Arbeitszimmer am Church Walk in Oxford-Nord an einen Herrn in Warschau.⁵ Und die Realität ist recht eindeutig. Aber folgt daraus eine neue Form der Prädestinationslehre, die eine Ziel-

3 Vgl. Niess, Frank: Die drei Blockaden Kubas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1992.

4 Rehmann, Jan: Kuba soll leben, damit es sich verändern kann. In: Das Argument 3/1992.

5 Dahrendorf, Ralf: Betrachtungen über die Revolution in Europa. Stuttgart 1991, S. 49.

gerichtetheit politischer Entwicklung hin zu jenem angelsächsisch eingefärbten Entwicklungspfad von Marktwirtschaft und Demokratie unterstellt?

Modernisierungstheoretische Ansätze von Rüstow, Lipset oder Levy aus den 50er oder 60er Jahren, die auf diesem linearen Denken basierten, scheinen angesichts der Umbrüche in Süd- und Mittelamerika, in Osteuropa und sogar Afrika eine Renaissance zu erleben. Möglicherweise reflektieren diese Ansätze allgemeine, wesentliche Abläufe politischer Entwicklungen in bestimmten Zeiträumen für bestimmte Kulturen. Indem sie aber einem „neuen Determinismus“ huldigen, führen sie zu Verengung und blenden Realität in erheblichem Maße aus. Ein solcher Determinismus, obwohl im konkreten Fall sehr verführerisch, scheint mir wenig sinnvoll, um die kubanische Entwicklung zu erfassen.

Schauen wir in die umfangreiche Literatur, die sich mit den Möglichkeiten einer Transformation der kubanischen Gesellschaft beschäftigt, so werden von den unterschiedlichen Autoren idealtypisch zwei Szenarien angeboten, die jeweils auch stark normativ geprägt sind. Zum einen wird der gewaltsame Sturz Castros gesehen und auch gefürchtet, da das Ausmaß dieser Gewalt dem der „rumänischen Variante“ entsprechen, sie vielleicht sogar übertreffen könne. Diese Option steht im gewissen Sinne in beträchtlicher Nähe zum „offiziellen Szenario“, das seit 1988 mit der martialischen Losung „Sozialismus oder Tod“ umrissen wird. Die zweite, aus moralischen Motiven erhoffte und aus Kostengründen angestrebte Variante wird in einem graduellen friedlichen Übergang gesehen, der von Autor zu Autor verschieden mit den Adjektiven „spanisch“, „ungarisch“, „bulgarisch“ oder „chinesisch“ etikettiert wird.⁶

Analysiert man die verschiedenen Optionen, so scheint die Mehrheit der Beobachter letztlich davon auszugehen, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu einer liberalen parlamentarischen Demokratie mit marktwirtschaftlicher Grundlage auch in Kuba führen wird. Die Frage ist, ob Kuba von jener „3. Welle der globalen demokratischen Revolution“ (Dankwart Rüstow) ebenso erfaßt

6 Neben den bereits angeführten Artikeln soll auf folgende besonders verwiesen werden: Gunn, Gullian: Cuba's Search for Alternatives. In: *Current History*, Februar 1992; Cuba: The Challenge of Change, Dossier Nr. 27 des Instituto de Relaciones Europeo-Latinoamericanas (IRELA), Madrid, Oktober 1990; Rabkin, Rhoda: Implications of the Gorbachev Era for Cuban Socialism. In: *Studies in Comparative Communism* 1/1990; Fanger, Ulrich: Kuba vor der Herausforderung der sozialistischen Krise. In: *Außenpolitik* IV/1991.

wird, die das gegenwärtige Regime „wegspült“, oder ob dieses Kuba – um im Bilde zu bleiben – nicht mehr „Leuchtturm“, sondern mehr spröder Fels in der demokratischen Brandung sein wird und in dieser möglicherweise auch überlebt. Ich gehe dabei von der Hypothese aus, daß nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus als Gesellschaftsmodell die traditionellen Herrschaftsstrukturen wieder offener zu Tage treten. Das erleben wir sowohl in postsocialistischen Übergängen als auch in spätsozialistischen Herrschaftssystemen, wie in China oder Nordkorea. Auch hier haben wir faktisch eine allmähliche Ablösung der realsozialistischen Herrschaftsstrukturen sowjetischen Typs. Gewiß hat es auch in der realsozialistischen Vergangenheit eine Gemengelage unterschiedlicher historischer Strukturelemente gegeben. In den 90er Jahren, so hat es den Anschein, werden wieder jene Strukturen dominant, die als traditionell zu bezeichnen sind. In gewisser Hinsicht erfolgt damit trotz z.T. formaler und personeller Kontinuität auch in diesen politischen Systemen eine reale Ablösung des realsozialistischen Gesellschaftsmodells. Diese traditionellen Strukturen begründen eine Evolution des Systems und damit letztlich auch eine Kontinuität der Macht. Wenn also den Metamorphosen der Macht im folgenden nachgegangen werden soll, so erscheint es mir als nützlich, nicht nur auf sozio-kulturelle Wurzeln politischer Herrschaft in Kuba aufmerksam zu machen, sondern sie bei den Überlegungen zur heutigen Ausformung von politischer Herrschaft auf der Karibikinsel bewußt miteinzubeziehen.

In seiner Untersuchung zu patrimonialen Elementen in Süd- und Mittelamerika kommt der international angesehene bolivianische Politologe Hector Mansilla zu der Schlußfolgerung, daß die iberische Kolonialzeit bis heute der sozialen und politischen Realität in Süd- und Mittelamerika ihren Stempel aufdrückt.⁷ Für ihn ist dabei besonders die politische Kultur des Autoritarismus jenes kulturell-politische Erbe, das einen bestimmenden Einfluß bis in die Gegenwart ausübt. Dazu gehören bei ihm Etatismus, eine Art von „Staatsgläubigkeit“, Paternalismus und Caudillismus.

Im traditionellen spanischen Staatsverständnis wurde der Staat – gewissermaßen ein „katholischer Leviathan“ – als die entscheidende Agentur gesellschaftlicher Entwicklung angesehen. In diesem Staatsverständnis war die Gewährleistung von Einheit, Ordnung und

7 Vgl. Mansilla, Hector C.F.: Neopatrimonialistische Aspekte von Staat und Gesellschaft. Machtelite und Bürokratismus in einer politischen Kultur des Autoritarismus. In: Politische Vierteljahresschrift 1/1991.

Stabilität durch eine starke, am Gemeinwohl orientierte Zentralgewalt die grundlegende These. Als säkularisierte Idee vom autoritären Staat wurde dieses Verständnis im 19. und 20. Jahrhundert tradiert und bestimmt bis in die Gegenwart die Realität in der Mehrzahl der süd- und mittelamerikanischen Staaten. Sie zeigt sich unter anderem in der starken Exekutive, dem Zentralismus und der expansiven Wirtschaftstätigkeit des Staates.⁸ Ebenfalls zu diesen „iberischen Erbschaften“ gehört der Paternalismus, der heute in den politischen Systemen Süd- und Mittelamerikas auf allen Ebenen zu finden ist. Das Verhältnis Patrón-Peón, zwischen Großgrundbesitzer und landlosen Bauern, das die Versorgung der Klientel mit Pfründen einerseits und die kritiklose Loyalität gegenüber dem Patrón andererseits bedeutet, wird auch unter den Bedingungen der Modernisierung heute mit allen entwicklungshemmenden und demokratiefeindlichen Konsequenzen fortgesetzt.

Damit kommen wir auch zum Phänomen des *Caudillo*, des politischen Führers, in der politischen Kultur Süd- und Mittelamerikas. Er trat erst nach dem Zusammenbruch der spanischen Kolonialstrukturen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem in peripheren Zonen, wie in der Pampa Argentiniens, auf und wurde dann zu einem wichtigen, oftmals entscheidenden Akteur auf der politischen Bühne in Süd- und Mittelamerika im gesamten 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.⁹ Der Augsburger Soziologe Peter Waldmann definiert diesen Caudillismus „als einen Typ autoritärer Herrschaft, der nicht institutionell verankert ist, sondern primär auf persönlichen Führungsqualitäten des bzw. der Herrschenden beruht“.¹⁰ Diese personenzentrierte politische Weisungs- und Gefolgschaftsbeziehung ist eine Herrschaftsform, die der charismatischen Herrschaft bei Max Weber sehr nahe steht. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts prägten zwar noch immer *Caudillos* als Präsidenten, Militärs oder Parteiführer die politischen Strukturen in der Region. Jedoch hatten sich in den ausgedehnten militärischen Auseinandersetzungen allmählich stabilere Ordnungen herausgebildet. Ideologisch stark vom Positivismus beeinflusst, begannen die jeweils „starken Männer“, die sich

8 Vgl. Mols, Manfred: Begriff und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika. In: Hättich, M. (Hrsg.): Zum Staatsverständnis der Gegenwart, München 1987.

9 Vgl. Lynch, John: *Caudillos in Spanish America (1800–1850)*. Oxford 1992. Vgl. auch Chevalier, F.: *The Roots of Personalismo*; Morse, R.M.: *Political Theory and the Caudillo*; Christ, R.E.: *Geography and Caudillismo*; alle in: Hamill, H.M. (Hrsg.): *Dictatorship in Spanish America*. New York 1965.

10 Waldmann, Peter: Caudillismus als Konstante der politischen Kultur Lateinamerikas? In: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas 15/1978*, S. 194.

in den Machtkämpfen zwischen den *Caudillos* letztlich durchgesetzt hatten, den Staat nach innen und außen zu festigen und eine Nation zu formieren.

Es überrascht gewiß nicht, daß dieses von Mansilla und anderen Autoren so betonte „spanische Erbe“ auch in Kuba zu finden ist. Dies umso mehr, da zwischen Kuba und Spanien die wohl längste und vielleicht auch intensivste Beziehung bestand, die zwischen Spanien und einem Teil seines überseeischen Reiches bestand hatte. Auf seiner ersten Reise im Oktober 1492 erwähnte Columbus bereits die Insel Kuba in seinem Tagebuch; und als die anderen Teile des iberischen Kolonialreiches Anfang des 19. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erklärten, erhielt Kuba im Jahre 1824 den königlichen Ehrentitel einer „immer treuen Insel“ und Havanna den einer „immer sehr treuen Stadt“ verliehen. Erst im Dezember 1898 mußte Spanien auf Kuba verzichten und übertrug seine Souveränitätsrechte auf die USA. In der darauf folgenden kubanischen Geschichte begegnen wir der Kultur des Autoritarismus in verschiedenen politischen Formen: sei es im Mambí-Caudillismo der ersten zwei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts, in der autoritären Herrschaft von General Machado (1925–1933), dem „tropischen Mussolini“, oder bei dem dunkelhäutigen Führer der Sergeantenbewegung, Fulgencio Batista, der 1933 mit zum Sturz Machados beitrug, jedoch in den 50er Jahren selbst eine autoritäre Militärdiktatur errichtete. Auch in den folgenden 40 Jahren, die mit dem Label „kubanische Revolution“ gekennzeichnet werden können, stoßen wir auf diese Kultur des Autoritarismus. In den 90er Jahren wird sogar verstärkt gerade an diese Formen bei der Gestaltung politischer Herrschaft im Kuba wieder angeknüpft.

In seinem Manifest vom Juli 1957 hatte Fidel Castro als Führer der Partisanenbewegung M-26 in den Bergen der Sierra Maestra an die demokratischen Traditionen Kubas anknüpfen wollen: Er versprach freie Wahlen auf der Basis der Verfassung von 1940, die beachtliche individuelle und soziale Rechte enthielt. Diese Wahlen sollten innerhalb eines Jahres nach Errichtung einer provisorischen Regierung erfolgen. Im Januar 1959 zog Castro unter den Begeisterungstürmen der *Habaneros* in die Hauptstadt ein. Im April 1959, nun bereits Ministerpräsident, sprach er bereits von der Verschiebung der Wahlen, meinte aber, daß sie in den nächsten vier Jahren stattfinden würden. Jedoch schon am 1. Mai 1960 wurden die liberale Demokratie und die dazugehörigen Wahlen schlichtweg als dekadent deklariert. In der

Folgezeit zog Fidel Castro die Legitimierung seiner Herrschaft durch öffentliche Akklamationen vor und lehnte Wahlen ab. Die *Plaza de la Revolución* mit Hunderttausenden von Kubanern, die Castro emphatisch zujubelten, wurde zum wichtigsten politischen Raum. Jedoch sprach dort nur einer, dieser aber dafür stets sehr lange. Interessant ist, daß Castro jegliche Institutionalisierung der neuen Macht, also auch rätendemokratische Strukturen, ablehnte. Verweise auf die (reale) äußere Bedrohung sowie die Gefahr der Verbürokratisierung dienten ihm als Rechtfertigung dafür. Die traditionellen paternalistischen Herrschaftsmuster wurden – nun in revolutionärer Umhüllung – zur Grundlage der politischen Struktur Kubas. „Der auf dieser Beziehung beruhende, allgemein anerkannte personalistische Führungsstil Castros ersetzte weitgehend eine Institutionalisierung der Revolution und der politischen Macht und prägte das spezifisch cubanische Verständnis von der Ausübung direkter Demokratie, die lediglich in dem ständigen Dialog zwischen Führer und Volk bestand.“¹¹ Zwar schälte sich eine zentrale politische Organisation aus drei Parteien bzw. Bewegungen¹² nach heftigen inneren Auseinandersetzungen allmählich heraus. 1965 erhielt sie die Bezeichnung Kommunistische Partei Kubas und übernahm die politische wie auch die administrative Leitung des Staates. Jedoch blieben die autoritären Weisungs- und Gefolgschaftsbeziehungen, die mit der Person Fidel Castro verbunden waren, das zentrale Element der neuen revolutionären Macht. Die Revolution durchlebte ihre „romantische Phase“ mit allgemeiner Steuerfreiheit, der Geburt des von Che verkündeten „neuen Menschen“, chinesisch angehauchter Kulturrevolution und schließlich einem wirtschaftlichen Desaster. Bemerkenswert ist hierbei auch, daß um die Person von Fidel Castro, und später um die des toten Che Guevara, ein Mythos zur Begründung und Beglaubigung der neuen Herrschaft entstand, der auch starke Anleihen bei iberisch-katholischen Denkmustern nahm.

Ende der 60er Jahre kam es zu einer ersten schweren Legitimationskrise Castros. Der Versuch, die schwierige wirtschaftliche Lage durch eine Rekordernte im Zuckerrohr 1970 zu lösen, mißlang und hatte für die anderen wirtschaftlichen Bereiche katastrophale Folgen. Parallel dazu verschärfte sich der Druck gegenüber Intellektuellen (Padilla-Affäre) und vermeintlichen Abweichlern in der Partei (Mikrofraktion). Angesichts des Scheiterns des bisherigen politischen Projekts vollzog

11 Stahl, Karin: Die Institutionalisierung politischer Herrschaft in Cuba: Die Organe des Poder Popular. In: Nohlen, D. (Hrsg.): Wahlen und Wahlpolitik in Lateinamerika. Heidelberg 1984, S. 246.

12 Die drei entscheidenden Organisationen waren zu jener Zeit die Bewegung des 26. Juli (M-26) von Fidel Castro, das Direktorium des 13. März und die Sozialistische Volkspartei (PSP), die Partei der kubanischen Kommunisten.

Castro 1970 eine politische Neuorientierung, die eine engere Bindung an die UdSSR und die Übernahme des realsozialistischen Systems sowjetischen Typs bedeutete. Die neue politische Macht wurde strukturiert und institutionalisiert.

Die „Institutionalisierung der Revolution“ führte in der Zeit von 1970 bis 1975/76 zur formalen Trennung von staatlichen Funktionen und Parteiapparat. Interne Strukturen im Staatsapparat entstanden, die Wirtschaft erhielt ein „System der staatlichen Planung und Leitung“ und der Marxismus-Leninismus wurde zur offiziellen Ideologie.¹³ Im Dezember 1975 fand der erste Parteitag der KP Kubas, fünfzehn Jahre nach der Machtübernahme, statt. Mit der Wahl Fidel Castros zum Vorsitzenden des Staatsrates, des gemäß der Verfassung formell höchsten Organs, wurde im Dezember 1976 auf der 1. Tagung der Nationalversammlung der Schlußstein in die übernommene realsozialistische Machtstruktur eingefügt. Artikel 5 der neuen Verfassung erklärte die KPK, über 600.000 Mitglieder und Kandidaten gehören ihr heute an, zur führenden Kraft der Gesellschaft. Deren 1. Sekretär – Fidel Castro Rúz – wurde zugleich Vorsitzender des Staatsrates, d. h. Präsident des Landes, und damit ex officio oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Als Vorsitzender des Ministerrates (Regierung) steht Castro auch der Exekutive, einschließlich der Wirtschaft, vor. Der KPK wurde ein System von Massenorganisationen wie die Gewerkschaft CTC, der Bauernverband ANAP und der Jugendverband UJC als „Transmissionsriemen“ der Partei zugeordnet. Darüber hinaus wurde mit den „Komitees zur Verteidigung der Revolution“ (CDR), die offiziell als „Augen und Ohren der Revolution“ bezeichnet werden und denen 5,5 Millionen Kubaner, bei einer Gesamtbevölkerung von zirka 11 Millionen, angehören, ein engmaschiges Informations- und Sicherheitsnetz geschaffen, das auch soziale Aufgaben des Staates (z. B. Verteilung von Nahrungsmitteln) in Wohngebieten übernahm. Der Marxismus-Leninismus, mit dem Castro bis dato recht wenig am Hute hatte, wurde zur herrschenden Ideologie erklärt und entsprechend propagiert. Charakteristisch bei der Herausbildung dieses realsozialistischen Systems war das hohe Maß an Abgeschlossenheit der kubanischen Gesellschaft durch ein festes Informationsmonopol des Staates. Gewiß wurde das durch die Insellage begünstigt. Nicht zuletzt gehörten nun soziale Gleichmacherei und Nivellierung der Lebensbedingungen für

13 Aus der Vielzahl der Literatur zum Institutionalisierungsprozeß sei hier nur auf Mesa-Lago, Carmelo: *La economía en Cuba socialista. Una evaluación de dos décadas*. Madrid 1983; und Rabkin, Rhoda: *Instituciones y política 1970–1986*. In: *Síntesis* 15 (Sept.–Dez.1991) verwiesen.

die Mehrheit der Bevölkerung und privilegierte Versorgungskanäle für die Funktionärsschicht zu den Merkmalen des sozialen Lebens auf der Karibikinsel.

Will man diese Herrschaftsstruktur charakterisieren, also einem bestimmten Typus zuordnen, so erscheint der Ansatz von Juan Linz sinnvoll. Der in Deutschland geborene, in Spanien aufgewachsene und heute in den USA lehrende Soziologe Juan J. Linz entwickelte Mitte der 70er Jahre eine Definition für totalitäre politische Systeme. In idealtypischer Abgrenzung zu demokratischen und zu autoritären Regimen nennt Linz folgende drei Merkmale als konstitutiv für ein totalitäres politisches System: ein monistisches Herrschaftszentrum, eine exklusive Ideologie und die Mobilisierung der Massen.¹⁴ Nimmt man diese Kriterien und mißt an ihnen das kubanische politische System der 70er Jahre, das in seinen wesentlichen Elementen dem sowjetisch geprägten Modell des Realsozialismus entsprach, so kann es entsprechend der Linz'schen Definition als totalitär charakterisiert werden.

Jedoch reicht dies nicht aus, um die kubanische Realität zu erklären. Die Übernahme des realsozialistischen Modells, das in gewisser Hinsicht als eine Gegenmoderne verstanden werden muß, bedeutete nicht die Beseitigung der traditionellen paternalistischen Herrschaftsmuster. Im Gegenteil! Staatsgläubigkeit, starke persönliche Bindungen und Abhängigkeiten sowie ein hochgradiger Zentralismus waren ein fruchtbarer Boden für die Implementierung realsozialistischer Herrschaftsstrukturen. Die importierten Strukturen erhielten eine „karibische Färbung“, die sicherlich mit zur Attraktivität des „kubanischen Modells“ gerade in Entwicklungsgesellschaften beigetragen hat. Claudio Velíz vertritt in seiner Untersuchung zum Zentralismus in Süd- und Mittelamerika sogar die Auffassung, daß „Kubas autoritär-zentralistische Grundordnung primär mit seiner Zugehörigkeit zu Süd- und Mittelamerika und dessen Traditionen zu tun (habe) und erst an zweiter Stelle mit der sozialistischen Revolution“.¹⁵ Elizardo Sanchez, einer der führenden Vertreter der kubanischen Dissidenten, charakterisierte das politische System in seinem Land als „eine eigenartige Mischung aus osteuropäischem Totalitarismus und lateinamerikanischem Caudillismus“.¹⁶

14 Vgl. Linz, Juan J.: Totalitäre und autoritäre Regime. Potsdamer Textbücher PTB 4. Berlin 2000, S. 25. Linz nennt als weitere Merkmale unter anderen auch die Repression und den Terror, stellt diese jedoch nicht ins Zentrum seiner Definition, wie es „klassische“ Theoretiker des Totalitarismus, wie Hannah Arendt oder Carl J. Friedrich, taten.

15 Velíz, Claudio: The Centralist Tradition of Latin America. Princeton 1980, S. 238.

16 „Castro muß die Wende begleiten.“ Interview mit Elizardo Sanchez. In: Die Zeit, Nr. 48 vom 20.11.1992.

Trotz Institutionalisierung blieb aber die Person Fidel Castros das Markenzeichen dieses Systems. Obwohl er nunmehr an den zentralen Machtstellen fest institutionalisiert war, bezog Castro seine politische Legitimation weiterhin primär durch seine charismatische Persönlichkeit. Zwar gibt es offiziell keinen Personenkult um Castro – es existieren weder Straßen oder Plätze mit seinem Namen noch Denkmäler von ihm – jedoch scheint jegliches Problem von mittlerer öffentlicher Bedeutung erst durch seine „Ratschläge“ gelöst zu werden. Mit seinem temperamentvollen und teilweise unkonventionellen Politikstil entsprach er den Erwartungen der Massen an einen politischen Führer, der die Verwaltung öffentlich kritisiert, von einem Tag zum anderen Minister absetzt und sich selbst – gewiß demagogisch – vor 100.000 Menschen zur Disposition stellt. Ein Führer, der ihnen Hoffnung und Vision gibt. Castro mußte sich zwar aus strategischen Gründen in den 70er Jahren in das enge Korsett realsozialistischer Machtstrukturen mit der ungeliebten Parteibürokratie zwingen, er nutzte aber bereits in dieser Zeit jede Gelegenheit, um dem wenigstens partiell und zeitweise zu entweichen. Das machte ihn unter den gesichtslosen Führern des Realsozialismus, die mehrheitlich aus den Apparaten kamen, zu einer schillernden und oft für Feind und Freund unberechenbaren Figur.

Ende der 70er Jahre kam es zur zweiten Legitimitätskrise des Systems. Nach Botschaftsbesetzungen verließen über 120.000 Kubaner über den Yachthafen Mariel bei Havanna im Jahre 1980 das Land. Nach diesem Massenexodus in die USA wurden unter anderem auch Zugeständnisse bei der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente (z. B. Bauernmärkte) gemacht. Diese führten zwar zu einer gewissen Entspannung der Versorgungslage, jedoch auch zu einer sozialen Differenzierung, die für ein politisches System mit einem solch starken egalitären Anspruch und einem moralischen Fundamentalisten an der Spitze auf Dauer nicht akzeptierbar war.

Mitte der 80er Jahre kam es zu einem erneuten politischen Kurswechsel. Die *Rectificación*, die Korrekturbewegung, wurde verkündet und sollte das System aus der spürbaren Erstarrung führen. Die herrschende Schicht sah bestimmte Privilegien und Fidel Castro die reine Lehre gefährdet. 1986 verkündete er, daß „ab jetzt tatsächlich der Sozialismus aufgebaut werde“ und stellte damit die 11 Millionen Kubaner sowie die politischen Beobachter im Lande vor die diffizile Frage, was denn in den vergangenen 25 Jahren gemacht worden

sei. Im gleichen Zuge wurden Elemente einer Marktwirtschaft, die Anfang der 80er Jahre vorsichtig eingeführt worden waren, als „kapitalistische Formeln“ diffamiert und beseitigt. Der Leiter der Staatlichen Plankommission wurde abgelöst und Castro übernahm an der Spitze der „Nationalen Wirtschaftskommission“ selbst die Leitung. Auf dem 3. Parteitag der KPK im Jahre 1986 rief Castro zur „Korrektur der Fehler und negativen Tendenzen in Politik und Wirtschaft“ auf. Besonders kritisierte er das „blinde Vertrauen in die Mechanismen der Planung und Leitung.“ Mit der *Rectificación* ging eine Rückbesinnung auf Che Guevara einher, dessen Ideen und Konzepte nun offiziell zum Leitfaden der Korrekturbewegung gemacht wurden. „Die Zeit der Korrektur ist die Zeit Che Guevaras“.¹⁷ Che wurde zum Theoretiker des Sozialismus und der Entwicklungsländer hochstilisiert und geradezu in blasphemischer Art und Weise über die von Moskau dekretierte Klassikerhierarchie gesetzt. Wieder sollte an die Stelle von materiellen Stimuli, von Effektivitätskriterien und Rechnungsführung „die revolutionäre Moral und Disziplin des neuen Menschen“ treten. Susan Eva Eckstein sieht in ihrem Buch „*Back From The Future. Cuba under Castro*“ die Ursache für die Korrekturbewegung der 80er Jahre vor allem in den „ungelösten Finanzproblemen“¹⁸ und deutet diesen Wandel dementsprechend aus einer wirtschaftspolitischen Rationalität. Sicherlich lagen die Ursachen für diesen Wandel auch in den inneren wirtschaftlichen Problemen realsozialistischer Entwicklung. Die wirtschaftliche Lage hatte sich mit der Einführung des „Systems der zentralen Planung und Leitung“ zugespitzt und die Überzentralisation verlangte dringend nach Veränderungen. Zwar machte das offensichtliche Scheitern realsozialistischer Planungsmechanismen eine Kurskorrektur notwendig, aber zugleich ist dem kubanischen Wirtschaftsexperten Carmelo Mesa-Lago zuzustimmen, wenn er vor allem politische Motive für diesen Kurswechsel sieht.¹⁹

Fidel Castro sah in der Orientierung auf technokratische Mechanismen und in der wirtschaftlichen Dezentralisierung sowohl eine Negation der führenden Rolle der Partei als auch und ganz besonders einen tendenziellen Machtverfall für sich selbst. Zu einer solchen Entwicklung war es auch in den anderen realsozialistischen Systemen gekommen, allerdings Jahrzehnte vorher. Natürlich kann man die

17 Tablada, Carlos: La creatividad en el pensamiento económico del Che. In: Cuba Socialista 39, (1989), S. 94.

18 Eckstein, Susan Eva: Back From The Future. Cuba Under Castro. Princeton, 1994, S. 79.

19 Vgl. Mesa-Lago, Carmelo: La economía cubana en los ochenta: El retorno de la ideología. In: Síntesis, Nr. 15 (Sept.–Dez. 1991), S. 269.

von Eckstein hervorgehobene Rationalität bzw. Logik in der Korrekturbewegung der 80er Jahre finden. Man muß nur die Kategorie der Macht in das Zentrum der Analyse setzen, und mancher (scheinbar unlogische) Widerspruch z. B. der zwischen Wirtschaftsentscheidungen und Ideologie kann aufgelöst werden. Castro akzeptierte 1970 das sowjetische Modell, um politisch zu überleben. Er startete 1986/87 die Korrekturbewegung vor allem, um dem gewachsenen Einfluß der Technokraten zu begegnen und, das darf nicht vergessen werden, um der Perestrojka Gorbatschows zu widerstehen. Die *Rectificación* hatte deshalb primär eine politische Dimension! Hinzu kommt, daß Irrationalität gewiß zu jeder Politik, und zu der Fidel Castros ganz besonders gehört. Und der moralische Fundamentalismus und die „geradezu religiöse Verachtung des Geldes“ durch den Jesuitenschüler Castro, die selbst Susan Eckstein hervorhebt, sind schwerlich mit finanztechnischen Kategorien zu fassen.

Die wirtschaftlichen Effekte der Korrekturbewegung waren, abgesehen von einigen Prestigeprojekten, äußerst spärlich. Im Juli 1988 mußte Fidel Castro feststellen, daß Kuba die schwerste wirtschaftliche Krise seit 1959 durchlebt. Das Wachstum der Produktion, die Investitionen, die Akkumulationsrate und die Arbeitsproduktivität waren seit 1986 rückläufig. Die Zuckerproduktion reichte nicht mehr aus, um die Exportverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zu erfüllen. Kuba selbst kaufte jährlich 1,5 Millionen Tonnen Zucker zusätzlich auf dem Weltmarkt, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verschuldung gegenüber dem Westen erhöhte sich auf 6,4 Mrd. US-Dollar (1988). Bereits in dieser Zeit kam es im Lande zu spontanen Protesten. Bei Jugendlichen und Intellektuellen wuchsen Enttäuschung und Resignation über die zunehmende Erstarrung des Regimes, die Mißwirtschaft und die Privilegien. „Niemand kann das vernichten, aber auch niemand kann das in Ordnung bringen.“ schrieb resignierend im September 1988 die kubanische Jugendzeitung „Juventud Rebelde“. Und den sozialen Zustand faßte sie in die Worte „Mangel ohne Hunger, Armut ohne Not“.²⁰ Die Menschen wurden sowohl für wirtschaftliche Zielstellungen (Baubrigaden wie die *Contingentes* und die *Microbrigadas* und Masseneinsätze in der Landwirtschaft) als auch zur sicherheitspolitischen Abstützung des Regimes mobilisiert. Ihre gezielte Nutzung zur Repression gegenüber Andersdenkenden nahm dabei deutlich zu. Der repressive Charakter kam u. a. in der Aufstellung von „mobilen Eingreiftruppen“ zum

20 Juventud Rebelde, La Habana, vom 04.09.1988.

Ausdruck, die in „spontanen Aktionen“ Andersdenkenden „den Volkswillen“ demonstrieren. Dazu gehörte auch die Verteilung von Waffen in Fabriken und Versorgungseinrichtungen zum Schutz gegen Kriminelle und „asoziale Kräfte“.

Ende der 80er Jahre signalisierte die Führung der UdSSR ihre reduzierte Fähigkeit und sinkende Bereitschaft, durch zusätzliche wirtschaftliche Leistungen die Krise in Kuba zu bereinigen. Diese verschärfte sich ab 1989 erheblich. Mit dem Ende des Kalten Krieges sank der strategische Stellenwert Kubas für die UdSSR fast auf den Nullpunkt. Der Umbruch in Ost- und Mitteleuropa führte zum Versiegen wichtiger Handelslinien und Hilfsquellen. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich für die Bevölkerung in dieser Zeit dramatisch.²¹

Aber auch die politische Dimension der Krise zeichnete sich ab. Castro deklarierte die nun beginnende Entwicklungsphase als *Periodo Especial*, d. h. einen Kriegszustand in Friedenszeiten. Der 4. Parteitag der KPK, der nach mehreren Verschiebungen im Oktober 1991 stattfand, bestätigte in gewohnter Einmütigkeit diesen Kurs aus wirtschaftlicher Austerität, ideologischer Fundamentalisierung und politischer Repression. Hoffnungen auf Reformen, die im Vorfeld des 4. Parteitages vielfach von Kubanern geäußert wurden, erfüllten sich nicht. Es war gewiß symbolträchtig, als zum Abschluß dieses Parteitages in Santiago die martialische Rede Fidel Castros vor hunderttausend Kubanern durch einen gewaltig hereinbrechenden tropischen Regenguss buchstäblich baden ging. Für die Mehrheit der Kubaner waren die Ergebnisse dieses bereits vor seinem Beginn als „historisch“ apostrophierten Parteitages recht ernüchternd. Verwies man vorher den Fremden auf den „Congreso“, den Parteitag, wenn nach der Zukunft des Landes gefragt wurde, so griffen danach quälende Ratlosigkeit und bitterer Sarkasmus um sich.

Blickt man auf die politischen Herrschaftsstrukturen, so wird deutlich, daß diese (wieder) auf die Person Fidel Castros zugeschnitten wurden. Der 4. Parteitag der KPK wählte Fidel Castro erwartungsgemäß zum 1. Sekretär und seinen Bruder Raúl zu seinem Stellvertreter im 25-köpfigen Politbüro. Der Verlauf des Parteitages, auf dem Castro z. B. keinen schriftlichen Rechenschaftsbericht des ZK vorlegte, sondern in einer mehrstündigen Rede seine „neuesten Gedanken zur

21 Vgl. Gunn, Gullian: Cuba in Crisis, Current History, März 1991.

Lage“ ausbreitete, und die Beseitigung des Sekretariats des ZK deuten darauf hin, daß sich Castro zunehmend jeglicher institutioneller Bindungen entledigt. Dafür sieht das neue Statut der Partei verstärkt die Einrichtung von „Arbeitsgruppen“ beim Politbüro vor, die sich den laufenden Aufgaben widmen sollen. Bereits seit Jahrzehnten praktizierte Castro mittels seiner Arbeitsgruppe, der „Koordinierungs- und Unterstützungsgruppe für den Kommandanten“, dieses *bypassing*, d. h. das faktische Ausschalten der Parteigremien. Dieses wohl einflußreichste Beratergremium besteht aus jüngeren, fachlich hochqualifizierten Parteikadern, die auch in einem persönlich engen Verhältnis zu Castro stehen. Sie reisen in seinem Auftrage durch das Land, sammeln Informationen und bereiten seine Beschlüsse vor, die dann vom Politbüro verabschiedet werden. Die Rolle des ZK als Institution ist demgegenüber nur von symbolischer Natur. Unter der Losung des „Kampfes gegen die Bürokratie und für mehr Effektivität“ hatte Castro 1990 mit der Reduzierung und Umstrukturierung des ZK sowie der Provinz- und Stadtkomitees der KPK die hierarchische Machtstruktur in der Partei wieder „dynamisiert“. Bereits in der Zeit zwischen 1985 und 1987 hatte es massive Auswechselungen in den mittleren und höheren Parteistrukturen gegeben. Im Sommer 1992 kam es wieder zu Veränderungen bei Provinzleitungen der KPK.

Auf der Verfassungsebene wurden mit den im Juli 1992 vorgenommenen Veränderungen auch die konstitutionellen Rechte Castros als Vorsitzender des Staatsrates und Chef der Regierung erweitert. Castro steht damit dem neu geschaffenen Nationalen Verteidigungsrat vor, der laut Artikel 101 „sich schon in Friedenszeiten darauf vorbereitet, das Land unter den Bedingungen des Krieges, im Krieg, bei allgemeinen Mobilisierungen und bei Notstand zu führen.“ Nach Artikel 67 kann dieser Notstand ausgerufen werden, wenn durch Naturkatastrophen „oder andere Umstände [...] die Sicherheit des Landes oder die Stabilität des Staates berührt werden“. Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre nahmen einerseits die Mechanismen und Instrumente realsozialistischer Prägung ab bzw. sie verloren ihren realen Inhalt. Andererseits blieben typische Herrschaftsmomente totalitärer Systeme wie die Ideologisierung und Mobilisierung der Massen noch erhalten, in einigen Bereichen verstärkten sie sich sogar. Zugleich traten aber die personalistischen Züge des Regimes wieder deutlicher hervor. Nach Verkündung der Spezialperiode wurde 1991 zunächst der *Plan Alimentario* beschlossen, der die Ernährung der Bevölkerung, speziell der Hauptstadt Havanna, sichern sollte.

Dazu wurden die *Habaneros* massenweise zur Feldarbeit in die Provinz geschickt. An die Stelle des benzingetriebenen Fahrzeuges traten im Straßenverkehr Fahrräder chinesischer Produktion, man importierte über eine halbe Million, und in der Landwirtschaft tauchte wieder verstärkt das Ochsespann auf. Die Ergebnisse dieser Politik waren jedoch mager, die soziale Misere nahm dramatisch zu. In Havanna, besonders in der mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Altstadt, kam es 1993 zu spontanen Revolten. Der bis dahin zögernde Castro gab nun jenen Stimmen Gehör, die sich für Reformschritte in der Wirtschaft aussprachen, um sich (auch) der neuen internationalen Lage anzupassen.

Angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Lage im Jahre 1993 entschloß sich Castro auf Drängen jüngerer technokratischer Kräfte zu einem *Sí* für Reformen. Es begann eine vorsichtige *Apertura*, d. h. Öffnung, aber nur in der Wirtschaft. Dies war mit der Bildung von *Jointventure*-Unternehmen (*empresas mixtas*) und einer Dezentralisierung des Außenhandels verbunden. Wichtige Reformschritte waren:

- die Legalisierung des US-Dollars als Währungsmittel im Lande und die Möglichkeit für jeden Kubaner, diese auch zu verwenden,²²
- die Erlaubnis zur *trabajo por cuenta propia*, d. h. zur Arbeit kleiner Handwerker in über 120 Berufen, speziell im Dienstleistungsbereich, „auf eigene Rechnung“. Diese Möglichkeit soll aber eine Ausbeutung anderer ausschließen, was bedeutet, daß diese Handwerker außer Familienmitglieder keine weiteren Personen einstellen dürfen. Trotz der Vielzahl von gesetzlichen Beschränkungen hat sich dieser Sektor schnell ausgeweitet und auch zu einer gewissen Entspannung im Service-Bereich geführt.
- die Entwicklung von Genossenschaften, *Unidades de Producción Cooperativa*, die in der Landwirtschaft an die Stelle der Staatsfarmen treten.

Ende 1994 wurden die Mitte der 80er Jahre von Castro selbst hart kritisierten Bauernmärkte wieder eingeführt. Hier können Einzelbauern und Genossenschaften landwirtschaftliche Produkte verkaufen

22 Dazu muß ergänzt werden, daß es bis dahin Kubanern bei Strafe verboten war, ausländische Währung, konkret US-Dollars, zu besitzen. Dies war mit scharfen Kontrollen an den Intur-Läden, den kubanischen Intershops, verbunden.

und die Bevölkerung kann die mageren Rationen der *Libreta*, der staatlichen Rationierungskarten, ergänzen. Jedoch müssen dafür Preise gezahlt werden, die mit dem durchschnittlichen Monatsgehalt von zirka 300 Peso kaum zu erreichen sind. Die kubanische Revolution verabschiedete sich nun auch von einem anderen Dogma und führte Steuern ein.

Das Einschneidendste waren und sind jedoch die Möglichkeiten, die Kuba heute dem Auslandskapital gewährt. Besonders im Tourismus werden ausländischen Unternehmen optimale Bedingungen geboten. Das betrifft Kapitalmehrheit, Gewinntransfer, Qualifikation der Arbeitskräfte und nicht zuletzt die vom Kapital stets geschätzte „soziale Ruhe“. Nach dem neuen Investitionsgesetz, das die Nationalversammlung, erwartungsgemäß einstimmig im Sommer 1995 angenommen hat, dürfen nun erstmals seit 1959 Firmen mit 100% ausländischem Kapital gegründet werden. Auslandskapital wird mit äußerst großzügigen Steuergeschenken angelockt. Selbst die Zuckerproduktion ist jetzt wieder offen für Auslandskapital. Gemanagt wird dies hauptsächlich von hochrangigen Parteifunktionären. Auch das Militär ist dabei. Im Tourismus-Bereich bietet es attraktive Jagdausflüge in militärischen Sperrgebieten an!

Die Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der Parteimitglieder, sieht die gegenwärtige Politik im Bereich des Tourismus mit kritischen Augen und kommentiert sie mit sarkastischen Witzen. Hier hat sich eine Situation ergeben, die von manchem als „neue Apartheid“ bezeichnet wird. Kuba bietet dem Touristen für Devisen alles. Zugleich wird versucht, diese Bereiche von der Bevölkerung abzutrennen. Die Zäune vor dem weltberühmten Badeort Varadero sind dafür symbolträchtiges Beispiel, denn gerade die „Kubanisierung“ dieser Strände war eine der Losungen im nationalen Kampf der 50er Jahre auf der Insel. Die finanziellen Effekte einer solchen Politik für die nationale Wirtschaft sind fraglich. Und ob ausländische Investitionen, die gegenwärtig mit 2 Mrd. US-Dollar angegeben werden, das kubanische politische System retten können, ist mehr als zweifelhaft. Der ökonomische Gewinn für das Land ist relativ, der politische Verlust an Legitimation dagegen groß. Dafür steht als nunmehr historisches Beispiel auch die Wirtschaftspolitik der DDR in den 80er Jahren! Ein wachsender Schwarzmarkt, zunehmende Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Prostitution gehören heute wieder zur kubanischen Realität. Viele Kubaner fühlen sich als zweitklassige Bürger eines Landes, in

dem für die Währung des verschmähten Feindes alles möglich ist. Auch hier liegen die Parallelen zur DDR mehr als offen. Gerade in einer Gesellschaft, die den Gleichheitsanspruch zu einer Säule des politischen Systems gemacht hat, führen diese Entwicklungen immer mehr zu kritischen Fragen und abwinkender Resignation, oftmals zu Ausreise und Flucht, manchmal auch zur politischen Opposition.

Die politische Führung versucht, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern. Man rennt der Illusion nach, die „kapitalistischen Geister“, die man händeringend ruft, unter Kontrolle halten zu können. So können z. B. die Arbeiter und Angestellten in den zirka 200 ausländischen bzw. gemischten Unternehmen ausschließlich über eine staatliche Verteilerstelle unter Vertrag genommen werden. Nur politisch Vertrauenswürdige sollen an diese lukrativen Stellen kommen. Die Frage ist, ob hier die politische Elite das jetzige System sichert oder, was eher zu vermuten ist, sich auf das politische Morgen vorbereitet. Gleichzeitig wird in den Medien der Ruf nach „Ruhe und Ordnung“ und einem konsequenten Kampf gegen „antisoziale Elemente“ und „Vandalismus“ verstärkt. „Die Bürgerruhe ist eine Errungenschaft, von der wir nicht abrücken“ schrieb warnend das Parteiorgan *Granma* im Oktober 1993. Es hat den Anschein, daß sich auch in Kuba ein allmählicher, jedoch nicht zu unterschätzender Umbau von einem realsozialistischen System zu einer neuen Herrschaftsform vollzogen hat. Auch Kuba hat sich vom Realsozialismus sowjetischen Typs verabschiedet. Die Frage aber ist: wohin?

Wir finden in Kuba heute weniger ein System mit leninistischen Kommandostrukturen, sondern wieder eine personalistische Herrschaft, eine *Caudillo*-Herrschaft, vor. Castros Macht basiert erneut primär auf den traditionellen paternalistischen Strukturen. Er hat unter der Losung der „Entbürokratisierung“ die realsozialistischen Institutionen und Machtstrukturen, die formal weiterbestehen, in ihrer Bedeutung extrem zurückgefahren bzw. ihres früheren Inhalts entleert. Diese neue Form, die wir seit Beginn der 90er Jahre erkennen können, bezeichne ich als spätsozialistische *Caudillo*-Herrschaft.²³ Peter Waldmann charakterisiert die *Caudillo*-Herrschaft auch als eine „eminent dynamische Herrschaftsform“ und als einen gewissen „Institutionenersatz“.²⁴

23 Vgl. Krämer, Raimund: Der alte Mann und die Insel. Kuba auf dem Wege zu einem spätsozialistischen *Caudillo*-Regime. In: Berliner Debatte INITIAL 2/1993, S. 57-66.

24 Waldmann 1987, S. 195.

In diesem Sinne liegt in Castros personalistischer Herrschaft jenes Entwicklungspotential, das dieses System zweifellos (noch) zur Überraschung vieler Beobachter heute aufweist. Es überlebte weniger ein realsozialistisches System in Kuba, sondern dieses mutierte in eine personalistische Diktatur. Castro selbst hat sich dieses Realsozialismus, der knapp 20 Jahre seine Herrschaft prägte, schrittweise selbst entledigt. Der charismatische Führer, der *Caudillo*, steht wieder bar jeglicher institutioneller Schranken auf der politischen Bühne Kubas. Zwar ist der Bart ergraut und die Zeichen für das Abbröckeln seines Charismas, speziell bei der Jugend, sind unübersehbar. Aber angesichts der wahrgenommenen dramatischen Konsequenzen aus den Umbrüchen in den ehemaligen „Bruderländern“ hat die Zukunftsangst bei der Mehrheit der Kubaner, speziell der Eliten, zugenommen. In solchen Zeiten hat Castros Charisma weiterhin seine politische Kraft, so daß selbst Teile der Opposition „auf ihn hoffen“. Er ist, wie Rhoda Rabkin schreibt, auch heute noch „Kubas führendes Regierungsmitglied und gleichzeitig der führende Kritiker der Regierung“.²⁵ Es ist weiterhin Castro, der Korruption anprangert und Minister ablöst und sogar einsperrt.

In den letzten Jahren hat sich der autoritäre Charakter des Regimes noch verstärkt. Juan Linz hatte bei der Analyse des Franco-Regimes in den 50er und 60er Jahren autoritäre politische Systeme als Regimetypp an sich herausgefiltert und – in deutlicher Abgrenzung zu totalitären Systemen – auf folgende Kriterien verwiesen: auf einen begrenzten politischen Pluralismus, auf (nationalistische) Mentalitäten anstelle von Ideologien und auf die geringe Mobilisierung der Massen.²⁶ Ein begrenzter politischer Pluralismus, wie er z. B. unter den Militärs in Brasilien in den 70er und 80er Jahre existierte, ist in Kuba gegenwärtig nicht zu finden. Castro hat mit der Charakterisierung des Parteienpluralismus als *Pluriporquería*, zu deutsch „Vielschweinerei“, gesagt, was er von einem Mehrparteiensystem hält. Mehrere Parteien spalten den „einheitlichen Willen und die geeinte Kraft des Volkes im Überlebenskampf“, so Castro in seinen Ansprachen, die von einem Carl Schmitt hätten geschrieben sein können.

Jedoch hat sich das kubanische System in den beiden anderen Punkten der Linz'schen Definition deutlich angenähert. An Stelle des Marxismus/Leninismus trat nun immer stärker ein fundamentaler

²⁵ Rabkin 1990, S. 41.

²⁶ Vgl. Linz 2000, S. 129ff.

„insularer“ Nationalismus. „Das Schicksal der Menschheit – so verkündete der 4. Parteitag – sei auf die Schultern Kubas gelegt“.²⁷ Dementsprechend beherrschten weniger die Bilder von Marx, Engels und Lenin, sondern die von José Martí, dem „Apostel“ der kubanischen Unabhängigkeit und der anderen „nationalen Märtyrer“, die Parteitagstribüne. Die auf dem Parteitag verkündete Öffnung der Kommunistischen Partei für Gläubige sollte gewiß nicht zu einem Masseneintritt führen, sondern eher den Anspruch der KPK deutlich machen, eine nationale, das gesamte Volk umfassende politische Kraft zu sein. „*Cien por ciento cubano!*“ – Hundert Prozent kubanisch! ist eine der heute gängigen Losungen in Havannas Straßen, auch wenn man in dem darunter liegenden Café nur für US-Dollars Bier und Sandwich bekommt. Das wirtschaftliche Unvermögen, selbst die staatlich zugesicherten Rationen zu gewährleisten, die Öffnung für das Auslandskapital und die Touristenströme reduzieren auch den umfassenden, oder auch totalen politischen Anspruch. Die Schattenwirtschaft, die das Überleben der kubanischen Familien, auch der von Parteifunktionären sichert, wird geduldet, ja akzeptiert. Der Staat läßt seinem Bürger wieder Nischen, vor allem wirtschaftliche, aber auch religiöse. Aufmärsche von Hunderttausenden zum 1. Mai oder 26. Juli werden aus Kostengründen abgesagt. Auf keinen Fall will man aber den politischen Raum öffnen. Hier operiert man selektiv, sowohl gegen Intellektuelle und Künstler in der Partei²⁸ als auch gegen oppositionelle Gruppen, die sich in den vergangenen Jahren außerhalb der Partei gegründet haben.

Heute versucht Fidel Castro eine wirtschaftliche Öffnung zum kapitalistischen Weltmarkt mit einer Fortsetzung der politischen Abgeschlossenheit zu verbinden. Einige sehen dies als eine karibische Variante der chinesischen Politik. Auch in Kuba soll ein autoritärer Rahmen die wirtschaftliche Modernisierung gewährleisten. Dabei gehen weitere Zugeständnisse an das Auslandskapital mit harter Repression gegenüber politischer Dissidenz und autonomer Zivilgesellschaft einher. Um dieses spätsozialistische Caudillo-Regime weiter zu stabilisieren, bedarf es jedoch eines Mindestmaßes an sozialen Leistungen und der ideellen Abschottung dieser geschlossenen Gesellschaft. Beides kann immer weniger geleistet werden. Auch wenn Kuba hinsichtlich der sozialen Leistungen im regionalen Maßstab bis Anfang der 90er

27 Vgl. Reden Fidel Castros auf dem 4. Parteitag der KPK. In: Granma, vom 11.10.1991 bis 15.10. sowie vom 19.10.1991.

28 Zum gestiegenen Druck auf Intellektuelle Anfang der 90er Jahre sei hier nur auf die Kampagnen gegen den Film „Alicia im Ort der Wunder“ und gegen den Schriftsteller Jesus Díaz verwiesen.

Jahre relativ gut abschnitt und im zweiten Aspekt die „Gnade der Geographie“ zu haben scheint, so läuft dem *Máximo Líder* doch die Zeit davon. Ende der 90er Jahre nehmen Stagnation, Auflösung und auch spontaner Protest deutlich zu.

Für den deutschen Soziologen Max Weber ist die charismatische Herrschaft „eine der großen revolutionären Mächte der Geschichte“. Der Prophet, der Kriegsheld, der Held der Straße oder der Demagoge – sie alle persönlich finden den Glauben und die Anerkennung, und beides fällt mit ihnen dahin. Es bleibt offen, wie lange der Glaube an Fidel Castro noch anhält und das Schicksal dieser Insel und ihrer 11 Millionen Bewohner an das des großen alten Mannes der latein-amerikanischen Revolution gebunden sein wird. 

Eliten

Kuba

Süd- und Mittelamerika



3.4 Autoritarismus

Einführung von Azadeh Zamirrad

Angekommen am Ende der Geschichte. Ein Auslaufmodell, ertränkt in Wellen der Demokratisierung. Schon oft wurde seine Ablösung prophezeit, seine Beständigkeit unterschätzt: der Autoritarismus. Jener Regimetypp, der sich so schwer fassen lässt, scheint er doch selbst alle Herrschaft zu erfassen. Lange hat er Raimund Krämers akademisches Schaffen begleitet. Und der aufmerksame Student merkt schnell, dies wird sich alsbald nicht ändern. Denn das Thema ist und bleibt für ihn stets aktuell. Dieses Phänomen der vergleichenden Politikwissenschaft ist fester Bestandteil seiner Lehre. Nicht nur Seminare, ganze Vorlesungen widmet er dem Regimetypus. Dies ungeachtet des Auf und Abs politologischer Mainstreamwellen. An der Jagd auf den nächsten Trend oder den neuesten Wortschöpfungen, die im Drittmittelmilieu gerade *en vogue* sind, beteiligt er sich nicht.

Treu bleibt er dagegen den *basics*, seinen Klassikern, die nach Krämer nie aus der Mode kommen. Bei Aristoteles beginnt seine politologische Reise zu Vorläufern und Ursprüngen autoritärer Herrschaft, die uns über die Jahrtausende hinweg in Form von Tyrannis, Diktatur, orientalischer Despotie oder Bonapartismus begegnet. Was mancher Politologe als befremdlich, gar unbekannt ins Kuriositätenkabinett verbannen mag, gehört bei Krämer zum festen Repertoire politikwissenschaftlicher Ausbildung: Hydraulische Gesellschaften am Nil, das Steuersystem in Byzanz oder indische Dorfstrukturen – Theorie und Empirie werden zusammengeführt, mit Altgedachtem neue Phänomene erfasst. Der Bezug zur eigenen Zeit, den gegenwärtigen politologischen Fragestellungen, er leitet sein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse.

Die Geschichte bietet Krämer reichlich Stoff, und hier schöpft er kräftig. Der Westfälische Frieden? Für ihn nur eine Etappe von vielen statt imaginäres Stoppschild: Bei 1648 macht er in seinen Rückblicken längst nicht Halt – für einen Politologen eher ungewöhnlich. Erstaunen mögen auch manche Denker, die Platz in seiner Vorlesung

finden: Marx und Wittfogel, Loewenstein und Carl Schmitt – in deutschen Vorlesungsverzeichnissen begegnet man ihnen nur selten. Zentrale Bezugsfigur bleibt jedoch Linz, der aus der Krämerschen Lehre nicht mehr wegzudenken ist. Juan Linz, dessen klassische Studie „Totalitarian and Authoritarian Regimes“ er erstmals ins Deutsche übersetzte. Dass er das Werk herausgibt zu einer Zeit, in der eine Kompositionslawine von „Demokratien mit Adjektiven“ (später auch Autoritarismen mit Adjektiven) die deutsche Komparatistik erfasst, mutet geradezu trotzig an. Gegen den Strich – so lautet auch hier die Devise. „Defekte Demokratie“ oder „elektoraler Autoritarismus“, im tiefen Dschungel immer neuer Hybridengeflechte ist Krämer nicht zu Hause. Mit Max Weber hält er ihnen den Idealtypus entgegen: Mischformen als eigenständige Analysekatégorien verklären das Credo der Trennschärfe, führen den Vergleich als Methode *ad absurdum*. Auch ein Freund der Komparatistik als Zahlenforschung wird Krämer nicht mehr. *Freedom House* oder BTI, auf sie wird man bei ihm nur zur Schärfung der eigenen Wachsamkeit treffen: Vorsicht, so warnt er, vor der „Magie der Zahlen“!

Die qualitative Sozialforschung, sie bleibt das Herzstück seiner Lehre. Auch deshalb hat er Linz stets geschätzt. Diese Wertschätzung ist bestehen geblieben. Zu seinem 85. Geburtstag widmet er ihm eigens eine *WeltTrends*-Ausgabe und lässt es sich nicht nehmen, selbst zur Feder zu greifen. Ergebnis ist der vorliegende Beitrag, der die Aktualität des „globalen Phänomens“ Autoritarismus deutlich macht. Es ist ein Überblick geworden über die Genese von Ideen und Konzepten zum Autoritären, in dem mit Linz auch der „Altmeister der Autoritarismusforschung“ kritisch unter die Lupe genommen wird. Der Blick reicht dabei nach Ost und West zugleich. Denn dass kein Staat vor autoritären Tendenzen gefeit ist, daran hegt Krämer keinen Zweifel. Heute führt der arabische Frühling die Transformationsforschung einmal mehr in Versuchung, das Ende der Geschichte zu proklamieren. Durch Linz wurde einst der Standpunkt gestärkt, dass der Autoritarismus kein Abfallprodukt politischer Herrschaft sei, keine Residualkategorie, sondern ein *typus sui generis*, und damit (potenziell) auch ein Typ von Bestand. Schon so manch vorhergesagte Transformation hat sich seither als Wunschglaube erwiesen. Von der neuesten Demokratisierungseuphorie hat sich Krämer nicht anstecken lassen. Und so wird er mit Dahrendorf auch weiterhin in seiner Vorlesung mahnen: Das 21. Jahrhundert ist ein autoritäres!

Die Antworten, die politische Regime weltweit auf die alten und neuen Herausforderungen geben, sie sind immer weniger demokratischer und immer mehr autoritärer Natur: Der institutionelle Wettbewerb, soweit es ihn überhaupt gab, wird eingeschränkt, die Regierenden nutzen die Macht der Apparate, um die Opposition zu marginalisieren; liberale Bürgerrechte werden gegen materiellen Wohlstand und ein Gefühl der Sicherheit getauscht; die konstitutionellen Rechte von Institutionen, vom Kabinett über das Parlament bis zu den Parteien, werden ausgehöhlt; staatliche oder parastaatliche Gewalt tritt im öffentlichen Raum an die Stelle friedlicher Konkurrenz; traditionelle Stammesstrukturen, die bereits zu Grabe getragen wurden, sind mit einem rohstoffhungrigen globalisierten Kapitalismus und im Antiterrorkampf auferstanden und gedeihen im Schatten hypermoderner Architektur; Monarchen überwintern im arabischen Frühling, *Caudillos* und *Cavalieri* inszenieren sich multimedial und Videokameras und Chipkarten aller Art lassen das Private, Kern jedes sinnhaften Freiheitsbegriffes, zur Farce werden. Die gegenwärtige Finanzkrise befördert diese Tendenzen. Die in der Europäischen Union seit ihrer Gründung grassierende Technokratisierung beschleunigt sich und es etabliert sich eine „Technokratie“, die das viel zitierte „Demokratie-defizit der EU“ zum blanken Euphemismus werden lässt.

Diese Tendenzen finden wir im Süden und im Norden, im Osten wie auch im Westen. Sie haben unterschiedliche Ursachen, sind jedoch in ihrer Wirkung ähnlich: Abbau demokratischer und Stärkung autoritärer Politik. Gewiss ist diese Tendenz nicht überall so stark, dass sie zur bestimmenden wurde und über die Qualität des jeweiligen politischen Systems entscheidet. Jedoch gibt es heute, zu Beginn des Jahres 2012, viele politische Systeme, die trotz ihrer jeweiligen Besonderheiten in ihrer Grundstruktur als autoritär charakterisiert werden können. Und in ihnen lebt die Mehrzahl der Menschen der Welt.

In diesem Aufsatz soll diese globale Tendenz zum Autoritären skizziert werden, was in den folgenden, regional ausgerichteten Beiträgen

* Formell leicht korrigierte Fassung des Beitrages: Autoritarismus im 21. Jahrhundert. Gedanken zu einem aktuellen politischen Phänomen. In: *WeltTrends* 82, 2012.

konkretisiert wird. Zu Beginn unserer Forschungsreise soll der Blick auf vorhandene Karten und Messgeräte geworfen werden, mit denen das Terrain bereits vermessen worden ist. Konkret wird an Debatten zum Autoritarismus in den 1950er und 1960er Jahre erinnert.

Mit Linz und Loewenstein:
Zum Begriff des autoritären Regimes

Im Jahre 1964 formulierte der spanische Soziologe Juan Linz sein wirkungsmächtiges Konzept moderner autoritärer Regime. Dies sind für ihn „politische Systeme mit begrenztem, nicht verantwortlichem politischen Pluralismus; ohne formulierte und leitende Ideologie (aber mit bestimmten Mentalitäten); ohne intensive oder extensive politische Mobilisierung (mit Ausnahme bestimmter Momente in der Entwicklung dieser Regime); und in denen ein Führer (oder manchmal auch eine kleine Gruppe) innerhalb formal ungenau bestimmter, aber ziemlich vorhersagbarer Grenzen die Herrschaft ausübt.“¹ Diese Bestimmung ist in ihrem historischen und wissenschaftstheoretischen Kontext zu lesen. Es ging in jener Zeit um die Charakterisierung bestimmter nichtdemokratischer Formen von Herrschaft jenseits des Totalitarismus. Die bipolare Welt hatte auch zur Dichotomie, wenn nicht gar zur apologetischen Vereinfachung, bei der Klassifizierung der politischen Welt geführt: Die Pole waren Demokratie und Totalitarismus. Sie dienten als Bezugspunkte und führten einerseits zu Varianten von „defekten“ Demokratien, ohne dass der heute gängige Begriff in jener Zeit genutzt wurde, wie z. B. „Fassadendemokratien“ oder „geführten Demokratien“, und andererseits zu Variationen totalitärer Herrschaft, wie z. B. des „gebremsten Totalitarismus“ oder des „unvollkommenen Totalitarismus“. Linz lehnte dies ab. Konkret ging es ihm um die Charakterisierung Spaniens unter Franco, ein ihm sehr nahestehendes Beispiel, dessen simplifizierende Kategorisierung in demokratisch bzw. totalitär – stets aus politischen Interessenlagen heraus – er nicht akzeptierte. Er wollte den Nachweis erbringen, dass es sich beim Franco-Regime um kein totalitäres Regime handelt. Linz, der gerade zum Behaviorismus konvertiert war, stützte sich in seiner Herangehensweise auf Gabriel Almond, der ein paar Jahre zuvor sowohl auf die „anerkannten“ Elemente in diesen Regimen aufmerksam macht, d. h. einen bestimmten „Pluralismus“ feststellt, und zugleich konstatiert, dass autoritäre Regime – im Unterschied zu totalitären – dazu

1 Linz, Juan J.: Ein autoritäres Regime: Der Fall Spanien. Potsdamer Textbücher 13. WeltTrends, Potsdam 2011, S. 19 f.

tendieren, „mehr stabil, entspannter zu sein“.² In seinem 1975 publizierten Text „Totalitarian and Authoritarian Regimes“ baut Linz seinen Artikel von 1964 aus. Er übernimmt die dortige Definition und differenziert seine Typologie. Linz versteht (moderne) autoritäre Regime als Typ sui generis, d. h. als eigenständigen, nicht abgeleiteten Typ politischer Herrschaft. Dies erfolgt primär in Abgrenzung zum Totalitarismus. Kriterien für die Bestimmung autoritärer Regime (in Abgrenzung zu totalitären Regimen) sind bei ihm: 1) Ein begrenzter Pluralismus der politischen Akteure, 2) Mentalitäten im Unterschied zu Ideologien und 3) keine beziehungsweise kaum Mobilisierung der Massen.³ Der Grundtyp des autoritären Regimes wird von Linz in verschiedene Untertypen, wie militär-bürokratische oder korporatistische Regime, aber auch „Rassendemokratien“ und „posttotalitäre Regime“, aufgeteilt. Dabei kann auch Linz nicht der Versuchung widerstehen, sein Konzept so weit als möglich auszudehnen, vielleicht sogar zu überdehnen.⁴ Sicherlich ist sein Konzept auch dem Zeitgeist der 1970er Jahre geschuldet, der z. B. traditionelle Herrschaftsstrukturen als „absterbend“ betrachtete, sodass Linz zwar auch „semitraditionelle“ Herrschaft und Caudillismo erfasst, diese Formen aber ausdrücklich nicht zu den von ihm diskutierten „modernen autoritären Regimen“ zählt.

Während der Soziologe Linz die deutsche sozialwissenschaftliche Literatur, ob Weber oder Michels, gut kannte und nutzte und in den USA auch engen Kontakt zu emigrierten deutschen Sozialwissenschaftlern wie Theodor Geiger hatte, nimmt er die vergleichenden Arbeiten von Karl Loewenstein nicht zur Kenntnis. Loewenstein, ein in die USA geflüchteter deutscher Verfassungsrechtler, schrieb 1957 ein Standardwerk der vergleichenden Politikwissenschaft: „Political Power and the Governmental Process“ (in Deutsch unter dem irreführenden Titel „Verfassungslehre“ erschienen), in dem er die grundlegende Unterscheidung zwischen Autokratien und Konstitutionalismus macht. Für ihn steht die, auch die heutigen Debatten umtreibende, Frage nach der Unterscheidung zwischen autoritären und demokratischen Regimen im Mittelpunkt. Trotzdem geht die Wahrnehmung oder gar Auseinandersetzung mit Loewenstein in den aktuellen Diskussionen über Autoritarismus gegen null. Loewenstein charakterisiert autoritäre

2 Almond, Gabriel: Comparative Political Systems. In: The Journal of Politics 18, 1956: Zitiert nach: Linz 2011, S. 12 f.

3 Vgl. Linz, Juan J.: Totalitäre und autoritäre Regime. Potsdamer Textbücher 4. WeltTrends, Potsdam 2009.

4 So werden von Linz sowohl „prätotalitäre“ als auch „posttotalitäre“ – genauer poststalinistische – Phasen im Totalitarismus dem Autoritären zugeschlagen. Ich denke, auch im Totalitarismus finden wir Früh- und Spätphasen, die dem Grundtyp Totalitarismus, der im weberschen Sinne als Idealtypus verstanden wird, zuzuordnen sind.

Regime als „eine politische Organisation, in welcher der alleinige Machtträger – eine Einzelperson, eine Versammlung, ein Komitee, eine Junta oder eine Partei – die politische Macht monopolisiert, ohne den Machtadressaten eine wirksame Beteiligung an der Bildung des Staatswillens zu gestatten. Der alleinige Machthaber zwingt der Gemeinschaft seine politischen Grundentscheidungen auf, er ‚diktiert‘ sie den Machtadressaten“.⁵ Das Kriterium seiner Typologie ist zutiefst politologisch: Der Staatsrechtler Loewenstein fragt nach der „tatsächlichen Machtausübung“. Ist die Macht „geteilt“ oder „konzentriert“? Ist die Macht bei *einem* Machträger, dann ist das System autokratisch, und den Leser von heute erstaunt, welche Regime er dazu rechnet, so z. B. das französische unter General de Gaulle Ende der 1950er Jahre. Gibt es verschiedene – auch verfassungsmäßig gesicherte – Machträger, dann spricht er von „konstitutionellen Regimen“. Innerhalb der Autokratie unterscheidet Loewenstein zwischen totalitären und autoritären Regimen, die er wiederum in die „Subtypen“ absolute Monarchie, plebiszitärer Cäsarismus und Neopräsidialismus aufteilt.

Loewenstein gibt auch einen methodischen Hinweis hinsichtlich des auch heute immer wieder diskutierten Problems der „Mischformen“: „Diese Zwitterformen treten in unserer Zeit [der 1950er Jahre, RK] in zunehmendem Maße in Erscheinung, weil autokratische Regime sich durch Verwendung von vom Konstitutionalismus entlehnten Verfahren und Techniken zu tarnen pflegen [...] Da der Verfassungswortlaut in solchen Fällen bewusst missleitet, muss in jedem Falle eine empirische Analyse des tatsächlichen Machtprozesses vorgenommen werden.“⁶ Das klingt nicht nur aktuell, das ist es auch!

Dabei sollte auch ein weiterer Autor stärker als bisher bedacht werden: Max Weber und seine Überlegungen über den Idealtypus.⁷ Zu oft klebt man bei der Bestimmung an einer konkreten Empirie und kommt zu Hybriden ohne Ende. Dabei ist jedes politische Regime in jedem Moment ein Hybrid, d. h. es setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen, so z. B. der parlamentarischen Demokratie, des Bonapartismus und des Korporatismus, die ja wiederum selbst

5 Loewenstein, Karl: Verfassungslehre. 2. Auflage. J.C.B. Mohr, Tübingen 1969, S. 53.

6 Loewenstein 1969, S. 28 f.

7 Es handelt sich dabei nach Weber um „[...] ein Gedankenbild, welches nicht die historische Wirklichkeit oder gar die ‚eigentliche‘ Wirklichkeit ist, welches noch viel weniger dazu da ist, als ein Schema zu dienen, in welches die Wirklichkeit als Exemplar eingeordnet werden sollte, sondern welches die Bedeutung eines rein idealen Grenzbegriffes hat, an welchem die Wirklichkeit zur Verdeutlichung bestimmter Bestandteile ihres empirischen Gehaltes gemessen, mit dem sie verglichen wird.“ Max Weber: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. Tübingen 1992, S. 238 f.

idealtypische Begriffe sind. Letztlich bedarf es der am Idealtypus orientierten qualitativen Bewertung, um den Grundcharakter eines Regimes, etwa demokratisch oder autoritär, zu bestimmen.

In diesem Sinne wird hier unter einem autoritären Regime ein politisches System verstanden, in dem trotz des Vorhandenseins anderer politischer und sozialer Kräfte die grundsätzlichen Entscheidungen von einem Herrschaftszentrum getroffen werden, wobei diese Entscheidungen sowohl mit legalen Mitteln (Gesetze, Gerichtsverfahren) als auch mittels nichtrechtlicher Formen der Gewaltanwendung (Repression) durchgesetzt werden; in denen die Machtadressaten nur über geringe Möglichkeiten der freien Artikulation und selbstbestimmten Teilhabe verfügen, die zudem jederzeit zur Disposition stehen können, und in denen ein großer Teil der Bevölkerung über diffuse geistige Konzepte (Nationalismus, Sicherheit) in das System integriert wird. Als Herrschaftszentrum wird dabei ein Geflecht institutioneller, sozialer und individueller Machtträger definiert, das sich durch ein hohes Maß an Kohäsion auszeichnet und als eigenständiges Subjekt politischer Grundentscheidungen innerhalb des politischen Systems identifizierbar ist. Es kann aus der technokratisch orientierten Führung einer Partei mit den Spitzen des Geheimdienstes oder aus einem charismatischen Führer und seinen ehemals militärischen Gefolgsleute bestehen. Wichtig ist, dass es zwar andere Akteure politischer Macht geben kann, wie Senat, Parteien oder eine Versammlung von Stammesältesten. Diese können berücksichtigt werden, ja langfristig müssen sie sogar beachtet werden, jedoch können diese nicht Entscheidungen des Herrschaftszentrums wesentlich begrenzen oder gar aufheben. Es geht um jenes Phänomen, das Linz mit dem Begriff des „begrenzten Pluralismus“ erfasste – damals, mit Blick auf die unterschiedlichen Realitäten in totalitären und „anderen undemokratischen“ Regimen, das Plurale hervorhebend. Heute könnten wir den Begriff weiterhin nutzen, wenn wir das Begrenzte bzw. das Begrenzende in den vermeintlichen „demokratischen Regimen“ der Gegenwart deutlich(er) erfassen und versuchen, die Frage Loewensteins (Wer regiert tatsächlich?) zu beantworten.

Von Wellen und blinden Flecken in der Komparatistik

Samuel Huntington hatte vor mehr als 20 Jahren seine These von der „dritten Welle der Demokratisierung“ formuliert. Diese stieg zu einem neuen Glaubenssatz in der Politikwissenschaft, vor allem der

vergleichenden, auf. Huntington hatte damit politische Entwicklungen in Süd- und Mittelamerika, Südostasien und Mittel- und Osteuropa umschrieben, die mit dem Rückzug der Militärs und mit dem Zusammenbruch eines totalitären Gesellschaftsmodells, des Realsozialismus, verbunden waren. Jedoch war diese Welle weder eine weltweite noch hatte sie die Stärke eines Tsunamis. Nachdem sie vorüber war, konnte man sehen – wenn man es wollte –, dass nicht alles Vergangene weggespült worden war. Bald zeigten sich die (alten) autoritären Strukturen und Politikmuster wieder. Dass dies oft mit neuen, meist jugendlichen Gesichtern und unter neuen, oft parlamentarischen Gewändern erfolgte, ändert daran wenig. Auch in der etablierten Politikwissenschaft kamen nun langsam Zweifel an dem neuen Glaubenssatz auf. Adjektive wie „defekt“, „illiberal“ oder „hybrid“ sollten diese nicht zu übersehenden „demokratischen Defizite“ benennen. Jedoch wurden sie weiterhin als Demokratien bezeichnet, um dem neuen historischen Determinismus zu huldigen. In den letzten Jahren jedoch setzte sich auch im komparativen Mainstream die Meinung durch, dass autoritäre Regime „keine aussterbende Gattung“ seien – zunächst in der US-amerikanischen Politikwissenschaft und jetzt auch hierzulande, wenn selbst Wolfgang Merkel von der Rückkehr der Diktaturen und vom „Ende der Euphorie“ spricht, einer Euphorie, die gerade er über zwei Jahrzehnte befeuert hatte.

Anfang 2012 kann festgestellt werden: Autoritäre Regime gewinnen heute als politisches Modell, gleich in welcher Form, an Attraktivität. Und die vergleichende Politikwissenschaft nimmt dies nun auch endlich wahr.

Autoritäre Regime im 21. Jahrhundert – Ein Überblick

Nachfolgend werden Varianten von autoritären Regimen vorgestellt, die politische Antworten auf jeweils verschiedene Herausforderungen darstellen. Es handelt sich bei all diesen Regimen idealtypisch um autoritäre im Sinne der obigen Definition.

- 1) *Als politische Antwort auf die Herausforderungen der Modernisierung*
Politische Regime, die auf wirtschaftliches Wachstum, soziale Wohlfahrt und politische Stabilität setzen, jedoch auf liberale Rechte und politische Opposition „verzichten“. Beispiele: VR China, Russland und Singapur. Der Stadtstaat Singapur z. B. gilt als ein wirtschaftlich erfolgreiches und politisch relativ stabiles

Regime. Dass mittels legaler Mittel die liberalen Freiheiten außer Kraft gesetzt werden, die politische Opposition unterdrückt wird und die Masse der Bevölkerung durch Beschneidung ihrer sozialen Rechte, Indoktrination und eine korporatistische Wohlfahrtspolitik in das System eingebunden wird, ist die andere Seite dieses „asiatischen Tigers“. Mit der VR China haben wir einen Fall, bei dem es nicht zum Zusammenbruch des totalitären Regimes kam, sondern dieses sich in ein autoritäres System transformiert hat, das heute international an Attraktivität gewinnt.

2) *Als politische Antwort auf die Enttäuschung über die Demokratie*

Sowohl aus der Unfähigkeit der Institutionen und der politischen Klasse mit ihren traditionellen Parteien, die sozialen Probleme der Massen zu lösen, als auch aus den nicht erfüllten Versprechen, die mit der (Wieder-)Einführung ziviler Herrschaft verbunden wurden, resultiert eine tiefe Enttäuschung in den Massen. Es entstehen Freiräume für neue, meist charismatische Führer jenseits der traditionellen politischen Klasse und Parteien. Diese versuchen, mit einem populistischen Politikstil den demokratischen Kern dieser Systeme auszuhöhlen und neue autoritäre Strukturen zu etablieren. Die Stabilität dieser Regime ist vergleichsweise gering. Sie hängt stark von deren finanziellen Ressourcen ab. Beispiele: Peru in den 1990er Jahren unter Präsident Fujimori oder Venezuela heute unter Präsident Hugo Chávez.

3) *Als politische Antwort auf religiöse Überzeugungen und Bestrebungen*

Politische Systeme, in denen die Vorgaben religiöser Führer die Rolle weiterhin existierender Institutionen, wie Parlamente oder Gerichte, begrenzen und bei Bedarf auch aushebeln. Diese Regime stehen dem Typ der Theokratie nahe. Zwar ist die Zahl solcher Regime sehr gering (Iran), jedoch beobachten wir eine sich verstärkende Tendenz auf subnationaler Ebene, so z. B. in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias oder in Teilen Malaysias.

4) *Als politische Antwort traditioneller Regime mit einer Renten-Ökonomie*

Politische Regime, die in traditionellen Herrschaftsformen (Monarchie, Emirate) organisiert sind und wirtschaftlich auf einer Renten-Ökonomie basieren, z. B. durch hohe Einnahmen aus dem Export von Erdöl. Wir beobachten hier eine dynamische Anpassung an parlamentarische Systeme mit der Etablierung von Parlamenten, Parteien und des Wahlrechts, wobei die politischen

und Freiheitsrechte nur ein (kleiner) Teil der Bevölkerung (Männer, Einheimische) erhält. In den „Aufständen des Jahres 1432“ stellten gerade solche Regime, wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Marokko oder Saudi Arabien, ihre Festigkeit unter Beweis.⁸

5) *Als politische Antwort auf das Zerschneiden bisheriger Staatlichkeit*

Politische Regime, die im Ergebnis des Auseinanderbrechens der bisherigen Staatlichkeit, wie im Falle der UdSSR, entstanden. In ihnen gehen wiedererstarkte traditionelle Strukturen und weiter existierende Elemente des zerfallenen Systems eine Symbiose ein. Konkret sind hier Klanstrukturen eng mit Elementen aus dem Totalitarismus sowjetischer Prägung verknüpft, ob in den Sicherheitsstrukturen oder im Personenkult. Das wird in ein festes institutionelles Gefüge gepresst, in dem der Präsident die zentrale Stellung einnimmt. Plebiszite im Stile des Bonapartismus spielen auch hier eine besondere Rolle. Beispiele: zentralasiatische Republiken wie Kasachstan oder Turkmenistan.

6) *Als politische Antwort auf den völligen Zerfall von Staatlichkeit*

Politische Regime, die im Ergebnis von Bürgerkriegen und dem damit verbundenen Zusammenbruch bisheriger staatlicher Strukturen entstehen. Die politische Herrschaft wird in diesen *Failed States* entweder von Stammesführern oder von *Warlords* mit ihren Milizen ausgeübt. Diese autoritäre Herrschaftsform beruht auf unmittelbarer Gewalt und der Vermarktung von bestimmten Rohstoffen (z. B. Diamanten) – meist in enger Zusammenarbeit mit internationalen Konzernen. Es kommt oft zu quasistaatlichen Strukturen, wie Gerichten (zur Aburteilung politischer Opponenten) oder Zollbehörden in Häfen. Beispiele: Liberia in den 1990er Jahren und Somalia seit Anfang der 1990er Jahre.

Schleichender Autoritarismus im Westen

Wenn hier die These vom sich ausbreitenden Autoritarismus als einer globalen Tendenz formuliert wird, muss auch der Blick in den „Westen“ bzw. „Norden“, also auf die Demokratien in Europa und Nordamerika gerichtet werden. In den letzten Jahren können wir in vielen dieser politischen Systeme einen „schleichenden Autoritarismus“

8 Vgl. Kleinwächter, Lutz / Krämer, Raimund: Der Aufstand des Jahres 1432. Aktuelle Umbrüche im Nahen Osten und die Weltpolitik. In: *WeltTrends* 77, 2011, S. 7-17.

beobachten, der heute in dem neuen (Mode-)Begriff der „Postdemokratie“ widergespiegelt wird. Dieser schleichende Autoritarismus lässt sich an folgenden Tendenzen festmachen:

- a) Faktische Entmachtung der parlamentarischen Strukturen
- b) Massiver Ausbau der Exekutive
- c) Abbau der liberalen Freiheiten und exzessive staatliche Überwachung
- d) Zunehmende Technokratisierung der politischen Prozesse
- e) Gestiegener politischer Einfluss kleiner, finanzstarker Gruppen
- f) Wachsende Macht einzelner Medien im politischen Prozess und
- g) verstärkte Übernahme von Souveränität durch demokratisch nicht legitimierte supranationale Strukturen.

Wir finden diese Tendenz nicht nur in präsidentiellen Demokratien, denen eine bestimmte „Neigung“ zum Autoritären unterstellt wird, so zumindest von Linz,⁹ sondern ebenso in parlamentarischen, sei es im „postdemokratischen Dezisionismus“ Italiens oder bei der „präventiven Gefahrenabwehr“ in Deutschland, die uns auf die „abschüssige Bahn“ zum „Überwachungsstaat“¹⁰ bringt. Der Prozess zum Autoritären wird in Zeiten der Krise besonders sichtbar; ja er verstärkt sich gerade in diesen Zeiten! So geschehen in den jüngsten Weltfinanzkrisen. Es war und ist die Stunde der Exekutiven, die „Retzungspakete“ von bisher ungeahntem Ausmaß schnüren und diese mit dem mahnenden Hinweis der Dringlichkeit im Eiltempo – ohne die nötige demokratische Debatte – durch die Parlamente schleusen. Die Frage ist dabei, in welchem Umfang und für welche Dauer diese Entscheidungen getroffen werden: Ob die Ausnahme zur Regel wird?

Wenn wir über autoritäre Tendenzen in unseren politischen Regimen nachdenken, dann dürfen wir nicht die technischen Entwicklungen wie Kommunikationstechnik, Gentechnologie oder Nanotechnologie und deren Einfluss auf das Politische vergessen. Vor allem ein Kernelement liberaler Freiheit und damit der Demokratie, die Privatheit, steht mit diesen neuen Techniken zur Disposition. Das Internet wird gern gepriesen, weil damit Gegenöffentlichkeit in autoritären Regimen hergestellt werden kann, wie in Südkorea in den 1990er Jahren oder im Ägypten des Jahres 2011. Aber das Internet wird ebenso von autoritären Regimen (erfolgreich) genutzt (China, Iran) und es kann

9 Vgl. Linz, J. / Valenzuela, A.: *The Failure of Presidential Democracy: The Case of Latin America*. Johns Hopkins University Press, Baltimore and London 1994.

10 Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine: Auf dem Weg in den autoritären Staat. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2008, S. 69.

(und wird) auch hierzulande angewandt, um liberale Rechte auszu-
höhlen (Trojaner-Affäre).

Autoritäre Wende des Kapitalismus?

Peter Sloterdijk fragte 2005, ob der Weltkapitalismus nach seinem Sieg über den Kommunismus vor einer „autoritären Wende“ steht. Kehrt der Autoritarismus, der einst an der Wiege des Kapitalismus stand, nach vielen Demokratiewellen als die politische Alternative zurück? Kapitalismus bedarf nicht der Demokratie, das zeigt ein Blick in die Geschichte. Die Entwicklung demokratischer Strukturen wiederum war und ist eine höchst komplexe und auch langwierige, wie wir bei der englischen Demokratie sehen. Diese Kompliziertheit gilt übrigens auch für totalitäre Regime, die mit außerordentlich großem Aufwand nur in bestimmten Konstellationen entstanden. Vielleicht bestätigt diese sich erneut verstärkende Tendenz zum Autoritären die Erkenntnis, die Juan Linz am Schluss seiner 300-seitigen Reflexion über das Autoritäre schlicht und einfach formuliert: Autoritäre Regime sind jene Form politischer Herrschaft, „die am leichtesten zu etablieren ist, leichter als totalitäre oder demokratische Regime. Sie funktionieren unter Bedingungen, die weder zu günstig noch zu ungünstig sind“.¹¹

Eine nüchterne Bilanz des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zeigt: Autoritäre Regime beziehungsweise autoritäre Lösungen sind eine bevorzugte und weit verbreitete politische Antwort auf die unterschiedlichen globalen Herausforderungen. Ein flüchtiger Blick zurück auf das Jahr 2011 mag das Gegenteil erkennen: Die Massen ergreifen ihr Schicksal, Tyrannen werden gestürzt und Technokraten herausgefordert. Der Aufstand scheint zu kommen. Ein zweiter Blick lehrt uns jedoch, dass es nach dem Sturz nicht zwangsläufig zu demokratischen Strukturen kommen muss, dass mit *Facebook* und *Twitter* nicht unbedingt liberale Freiheiten gestärkt wurden und autoritäre Strukturen, ob als Militärdiktatur, ziviles technokratisches Regime oder Monarchie, dem Frühlingserwachen in verschiedenen Regionen der Welt trotzen; ja es scheint, dass sie heute stabiler denn je sind. Diese Tendenz zum Autoritären ist eine globale. Das zur Kenntnis zu nehmen bedeutet nicht, einem neuen Determinismus zu huldigen. Eher sollte es uns zur kritischen Analyse ebendieser Strukturen ermutigen.



¹¹ Linz 2011, S. 266.

3.5 Militär in Lateinamerika

Einführung

von Prof. em. Dr. Claus Montag

Im nachstehenden Beitrag lädt uns Raimund Krämer zu einer „wissenschaftlichen Exkursion“ ein, auf deren Erkundungswegen Vergangenheit und Gegenwart sehr viele Gemeinsamkeiten aufweisen. Es ist eine äußerst produktive methodologische Überlegung, Stellung und Rolle des Militärs in den süd- und mittelamerikanischen Gesellschaften nicht nur an zeitnahen Ereignissen einer Wertung zu unterziehen, sondern dem Leser zugleich den Blick für historische Entwicklungen zu dieser Problematik bis in weit zurückliegende Perioden der menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen. Dem Autor gelingt es, sehr präzise charakteristische Machtstrukturen sowie auch Interessen im Verhältnis zwischen Militär und Staat von der Antike über das Mittelalter bis zur Neuzeit zu verdeutlichen, wobei grundlegende historische und immer wiederkehrende Tendenzen Antworten auch auf viele innere und äußere Machtkonflikte in der Gegenwart geben können.

Es sind zwei zentrale gesellschaftliche Tendenzen, die sowohl in vergangenen Perioden als auch in heutiger Zeit staatliche Machtpolitik beeinflussten bzw. durchdringen: Besteht ein Primat der Politik des Staates bzw. dominierender Herrschaftsstrukturen gegenüber dem Militär oder entscheidet das Militär allein über die wesentlichen staatlichen und gesellschaftlichen Prozesse im Rahmen einer Unterordnung der Staatlichkeit unter militärische Vormacht? Unübersehbar ist auch, dass angesichts sehr unterschiedlicher innerer Machtstrukturen die Grenzen zwischen beiden Tendenzen oft fließend sind. Die Schwächen des Staates in Süd- und Mittelamerika in zurückliegenden Jahrzehnten, verbunden mit dem Fehlen eines effektiven staatlichen Gewaltmonopols, gaben dem Militär vielfältige Handlungsspielräume, im Interesse der reaktionärsten Gesellschaftsgruppen und der Landoligarchien fortschrittliche Reformbewegungen mit offenen oder verschleierte Militärdiktaturen zu unterdrücken. Diese im Beitrag verdeutlichten Erfahrungswerte aus dem lateinamerikanischen Raum sind hervorragend geeignet, eine produktive Debatte über das Verhältnis von Militär und Staat in den neuen gesellschaftlichen

Wandlungsprozessen der arabischen Welt und der Krisengebiete des Nahen- und Mittleren Ostens zu führen. Hier treffen wir gegenwärtig auf die unterschiedlichsten Machtmodelle im Verhältnis von Militär und Staat, die eine Einhegung der militärischen Gewalt in zivilgesellschaftliche Prozesse und demokratische Transformationen noch äußerst fragwürdig und fragil erscheinen lassen. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass zum Beispiel das Militär in Ägypten mit den ihm verbliebenen starken Einflusspositionen versucht, die Herausbildung effektiver zivilgesellschaftlicher Strukturen zu erschweren und autoritäre Machtinstrumente zu erhalten. In Syrien ist der reformunwillige Staat Auftraggeber für das Militär, Oppositionsbewegungen mit Brutalität zu unterdrücken. Nach dem Sturz des libyschen Diktators bewirkt das Fehlen eines effektiven staatlichen Gewaltmonopols das Fortbestehen rivalisierender militärischer Kräfte, die Wege zu zivilgesellschaftlichen Strukturen durch anhaltende Machtkonkurrenz versperren. Und letztlich soll bei diesen wenigen Beispielen nicht unerwähnt bleiben, dass in Pakistan die Militärs mit der Übernahme der Macht drohen, um konservativen politischen Kreisen neue Handlungsspielräume für innen- und außenpolitische Entscheidungen verschaffen zu können.

Raimund Krämers Hinweis, trotz der politischen Veränderungen und des Verschwindens einiger Militärdiktaturen in Lateinamerika in den 80er und 90er Jahren nicht den Fehler zu begehen, die anhaltenden Einflussmöglichkeiten des Militärs zu ignorieren, trifft in noch stärkerem Maße auch auf die heutige Situation nach den arabischen Rebellionen zu. Eine Neugestaltung der militärisch-zivilen Beziehungen ist unübersehbar ein dornenreicher Weg, der auch von Rückschlägen und neuartigen Konfliktsituationen begleitet sein wird. Keinen geringen Einfluss auf diese Prozesse haben die strategischen Interessen der USA in Lateinamerika und im Nahen und Mittleren Osten. Die veränderten politischen Kräftekonstellationen in Süd- und Mittelamerika zwangen die USA zu einer Anpassung ihrer traditionellen „Hinterhofpolitik“ an neue Realitäten. Dabei werden von Washington auch neue Wege zur Förderung der Militarisierung der Region besritten, die weiteren linken Reformbewegungen Grenzen setzen sollen. Wichtige Stützen hierbei sind die Militärs wie zur Zeit in Kolumbien und Honduras, die Willensvollstrecker der einheimischen Rechtskräfte und ihres Staatsapparates sind. Im Nahen Osten stärken die USA die Militärs Saudi-Arabiens und der Emirate, die für die Machteliten Hauptgaranten in der Abwehr von Reformbewegungen

und zur Absicherung US-amerikanischer regionaler Einflusspositionen sind. Auch hier wird eine zivilgesellschaftliche Kontrolle des Militärs eine Aufgabe sein, die erst nach tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungen erreichbar sein wird. Dies sind einige Überlegungen, die eine Debatte zu dieser „wissenschaftlichen Exkursion“ über Militär und Staat anregen sollen.

Raimund Krämer hat in seiner langjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit in hervorragender Weise politische, militärische und wirtschaftliche Entwicklungen in Mittel- und Südamerika dem Leser – Studenten wie Wissenschaftlern – eindrucksvoll nahegebracht. Erwähnt seien hier besonders seine Arbeiten über Peru, viele Publikationen über Entwicklungen in Mittelamerika und über die Lage in Kuba und Nicaragua. Gefragt ist seine große wissenschaftliche Urteilsfähigkeit bei internationalen Partnern und Institutionen.

An dieser Stelle bin ich angeregt, einige sehr persönliche Rückblicke vorzunehmen. Raimund Krämers und meine Forschungsaufgaben kreuzten sich viele Jahre an einer zentralen strategischen Thematik: Ich verfolgte von Washington aus die expansive Lateinamerikapolitik der US-Regierungen, Raimund Krämer setzte sich vor allem mit den Auswirkungen US-amerikanischer Dominanz in dieser Region auseinander. Ich gewann viele konkrete Einblicke in diese Problematik durch Gespräche mit kritischen Wissenschaftlern wie u. a. mit William LeoGrande von der American University, der in den 80er Jahren als einer der Wenigen sehr mutig vor dem Interamerikanischen Ausschuss des US-Repräsentantenhauses die Förderung der rechtsextremen Militärs durch die US-Regierung in El Salvador verurteilte. Wenig später verschärfen sich die aggressiven Aktivitäten der USA gegenüber dem revolutionären Nicaragua, das 1979 die Somoza-Diktatur mit militärischen Kräften gestürzt hatte. Hier traf ich im Mai 1987 meinen Kollegen und Freund Raimund Krämer aus dem IIB wieder, der zu einem Arbeitsaufenthalt an der DDR-Botschaft in Nicaragua weilte. Meine recht komplizierte Aufgabe bestand damals darin, in Konsultationen mit den Spitzen der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront, den Militärs und der Regierung Nicaraguas die Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen, besonders die Spannungsschritte der Warschauer-Pakt-Staaten gegenüber den USA im Rahmen des „Neuen Denkens“ zu erörtern. Dies war für die sandinistische Revolutionsregierung eine sehr widersprüchliche Problematik angesichts der von den USA initiierten militärischen Aktionen

der Contras gegen die nicaraguanische neue Staatsmacht. Raimund Krämer konnte mir in dieser Situation mit seinen großen wissenschaftlichen Erfahrungen auf dem Gebiet der politischen und militärischen Entwicklungen in Mittelamerika, insbesondere in den Spitzen der Sandinistischen Bewegung, hervorragende Unterstützung geben.

Ich habe in der kurzen Zeit unseres freundschaftlichen Zusammenseins in Managua mehr vom Land und seinen Problemen gelernt, als Bücher dazu anbieten können. Die Erinnerung an diese spezifische Situation kam mir im Zusammenhang mit den Analysen von Raimund Krämer über das Verhältnis von Militär und Staat im Falle von Nicaragua als enge Verzahnung von revolutionärer Militärmacht mit einem demokratischen staatlichen Neuanfang. Raimund Krämer hat mit seinem vielseitigen wissenschaftlichen Wirken produktive Debatten im In- und Ausland befördert. An seinem 60. Lebensjubiläum sei der sehr persönliche Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass er auch künftig noch viele „wissenschaftliche Exkursionen“ mit seinen Mitstreitern, Zuhörern und Lesern unternimmt.

Überlegungen zum Verhältnis von Politik, Staat und Militär

In welchem Verhältnis stehen Staat und Militär, Staatlichkeit und Gewalt, Militär und politische Macht? Macht der Staat das Militär oder eher das Militär den Staat? Ist der Staat ein Kind des Krieges oder ist Krieg das Produkt des Staates? Was ist das Militär? Wie und wozu entsteht es? Wie soll – wenn es denn sein muß – das Militär am besten organisiert werden? Berufsarmee oder Wehrpflicht? Und alternativ kann man fragen: Ist Politik ohne Militär möglich? Kann es eine Gesellschaft ohne Militär geben? All diese Fragen sind nicht neu. Sie wurden bereits vor 2.500 Jahren gestellt und sie kommen beim heutigen Nachdenken über das Militär wieder. Auch hierzulande, wenn über die Wehrpflicht und den Sinn und Zweck der Bundeswehr heftig diskutiert wird.

Im folgenden Abschnitt sollen im Sinne einer Vorverständigung bisherige Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Militär im Überblick – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vorgestellt werden. Damit möchten wir deutlich machen, daß es sich bei dieser Fragestellung um eine generelle, vielleicht sogar zentrale Thematik des Politischen handelt. Das Verhältnis des Militärs in und zur Gesellschaft, das ist ein Problem, das in allen (uns bekannten) politischen Gemeinschaften – von den Sumerern und Assyren, über Kreter, Griechen und Römer der Antike bis zu modernen Gesellschaften unserer Tage – diskutiert und letztlich sehr verschieden gestaltet wurde und wird. Es ist ein Thema, mit dem sich viele Denker des Politischen beschäftigten: von Platon, Aristoteles und Cicero, über Machiavelli und Luther, Kant und Hegel bis zu Marx, Bebel, Schmitt und Kautsky.

Die Frage des Militärs ist also an sich nichts Spezifisches für Süd- und Mittelamerika und es ist – zumindest in der Vergangenheit – bei Denkern aller politischen Lager präsent gewesen. Dabei sind es folgende drei Fragen, die immer wieder debattiert wurden und die

* Formell leicht korrigierte Fassung des Beitrages: Macht Militär Staat. In: Krämer, Raimund / Kuhn, Armin: Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika. Herausforderungen für demokratische Politik. Dietz, Berlin 2002 (Rosa-Luxemburg-Stiftung; Texte 31).

auch den folgenden Streifzug durch die politische Ideengeschichte strukturieren sollen:

- Wie wird das Militär begründet und legitimiert?
- Wer hat das Primat in den zivil-militärischen Beziehungen?
- Wie sollen die Streitkräfte am besten organisiert werden?

Was die Begründung und Legitimierung angeht, so weist Franz Kernic zu recht in seiner „historischen Spurensuche“ der politischen Ideengeschichte darauf hin, daß das Militärische im abendländischen Denken zwar „Gegenstand einer moralischen Sorge“ gewesen sei, aber zugleich „ein ununterbrochenes reflexives Bemühen [...] um eine ethische Rechtfertigung militärischer Gewalt“ zu finden ist.¹ Beides, Sorge und Rechtfertigung, durchzieht unser politisches Denken und es scheint, daß sie noch zu keinem Abschluß kommt.

Hinsichtlich des Primats in den zivil-militärischen Beziehungen geht es um die komplizierte und vielschichtige Gestaltung des Wechselverhältnisses zwischen politischen Führern und Militärs. Wie autonom ist das Militärische mit seinen Besonderheiten in Organisation und Struktur gegenüber dem Politischen und wie souverän ist Politik, wenn es in der Gesellschaft letztendlich über die Frage von Krieg und Frieden geht? Militärische Expertise wird dabei stets gefragt sein, aber inwiefern wird diese Entscheidung von (zivilen) Politikern oder (politischen) Militärs getroffen? Und bei der bestmöglichen Organisation des Militärischen geht es hier vornehmlich um die Fragen Berufarmee oder Milizen, Wehrpflicht oder Freiwilligkeit des militärischen Dienstes.

Das Militär von der Antike bis zum Frühkapitalismus

Die Geburt des Politischen in der griechischen Antike, die ungefähr im 6. Jahrhundert v. u. Z. angesetzt werden kann, war auch mit der Debatte über das Militärische verbunden. Das Militär als Gesamtheit der Soldaten eines Landes, die in einer sozialen Großorganisation vereint ist, gab es schon vorher. Vor allem bei den Assyryern, die vielleicht den ersten Militärstaat schufen, hatte sich diese streng hierarchische und dauerhaft organisierte Institution herausgebildet.

¹ Kernic, Franz: Krieg, Gesellschaft und Militär. Eine kultur- und ideengeschichtliche Spurensuche. Nomos, Baden-Baden 2001. Kernic gibt hier eine komprimierte Übersicht über das Militärische im politischen Denken seit den Anfängen, die informativ und lesenswert ist.

Stehende Heere wurden zum Rückgrat der Herrschaft. (Zeitlich zwar deutlich später, aber in seiner starken militärischen Ausrichtung und im expansiven Charakter sehr ähnlich war das Reich der Azteken im heutigen Mexiko.) Gewalt und Militär wurden jetzt nicht mehr als Ergebnis göttlicher Entscheidungen gesehen, auch wenn die Götter immer wieder angerufen wurden. Krieg oder Frieden? Wozu Militär? Wie sollen die Streitkräfte organisiert werden? Wer soll, wer darf am Militär teilnehmen? Dies wurde nun in den griechischen Stadtstaaten öffentlich diskutiert. Der griechische Geschichtsschreiber Thukydides beschreibt im 5. Jahrhundert v. u. Z. den Peloponnesischen Krieg. Seine acht Bücher zeigen nicht nur eine Pathologie des Krieges, der von 431 bis 404 v. u. Z. dauerte, sondern er sucht nach den Motiven (und findet sie in den Trieben und Begierden der Menschen). Machtkämpfe (zwischen Athen und Sparta) sind die Ursache des Krieges, die mit dem Ausbau des Militärs und auch dessen zunehmendem Einfluß verbunden waren.

Das Nachdenken über das Militär begann (meist) mit der Suche nach dessen Begründung. Bei Platon (427–347) war das Militär in der Idee des Guten eingebettet. Notwendig sei ein starker Staat; nur dadurch könnten Unrecht, Knechtschaft und Kriege (der Griechen untereinander) verhindert werden. Dafür sei (gut ausgebildetes) Militär nötig. Zugleich betonte Platon das Primat der Politik gegenüber dem Militär: Die Entscheidungen über Krieg und Frieden haben nicht Militärs, sondern (zivile) Politiker zu treffen. Dem folgte auch Aristoteles (384–322). Er sah ebenfalls die Notwendigkeit des Militärs (für einen starken Staat, der die Grundlage für die *Eudaimonia*, die Glückseligkeit, schaffe). Und er betonte wie Platon, daß das Militärische der Politik untergeordnet sein müsse. Das Militär sei ein Instrument zur Verteidigung der Freiheit – und könne entsprechend gegen Andere, konkret „Barbaren“ und Unfreie, eingesetzt werden, und damit gegen die Mehrheit der eigenen Bevölkerung.

Für beide Denker war der Militärdienst zugleich Voraussetzung für die Teilhabe am Politischen: Bürger war der, der Waffendienst leistete – und auch umgedreht. Die *Hopliten*, die schwerbewaffneten attischen Fußsoldaten, die aus Bürgern bestanden, waren dem Adel, der die Reiterei stellte, weitestgehend gleichgestellt. Mit der Ausweitung des Waffendienstes wurde der Kreis jener erweitert, die am öffentlichen Leben teilnehmen konnten. Somit wurde jene politische Form mit dem Wehrdienst befördert, die wir heute Demokratie nennen. Das

galt besonders für Athen, wo ärmere Bürger ihren Waffendienst als Ruderer bei der expandierenden Flotte machten. Und es ist sicherlich bemerkenswert, daß mit der Herrschaft der 30 Tyrannen im Jahre 404 v. u. Z. Nicht nur die Demokratie, sondern auch die Wehrpflicht beendet und die Entwicklung zum Söldnertum eingeschlagen wurde. Das Verhältnis Wehrpflicht, Berufsarmee und Söldner war für die Stellung des Militärs im Römischen Reich sehr prägend. Das Ende der Republik bedeutete auch das Ende der Wehrpflicht und die Herausbildung einer Berufsarmee, die sich zunehmend verselbständigte. In der Kaiserzeit entwickelte sich dann der *corpus militare* der Weltmacht: eine dauerhafte, straff organisierte Institution, die sich zunehmend aus „Fremden“, d. h. Söldnern, rekrutierte und die immer stärker als eigenständige (politische) Macht auftrat.

Ciceros Wort, wonach es süß und ehrenvoll sei, für das Vaterland zu sterben – *dulce et decorum est pro patria mori* – geriet in Vergessenheit. Militärführer, wenn sie denn erfolgreich waren, nutzten skrupellos ihre Truppen für die eigene politische Karriere und ließen sich „auf den Schild heben“ und als (Gegen-) Kaiser proklamieren. Der Niedergang und Zerfall des Reiches war dann vom Kampf rivalisierender Militärs begleitet bzw. wurde dadurch auch beschleunigt.

Wurde das Militär bisher vorrangig aus einer Staatsphilosophie heraus begründet, so trat mit der Ausbreitung des Christentums im frühen Mittelalter die Theologie an diese Stelle. Das Militärische wurde in den Dienst des Glaubens gestellt. Da das Weltliche allein der göttlichen Vorsehung zu dienen habe, wurde auch das Militärische ein Mittel, um die göttliche Ordnung zu erreichen. Und wer diese Ordnung anstrebte, mußte zum militärischen Kampf bereit sein. Im Umkehrschluß erhielten Töten (und Sterben) die religiösen Weihen. Wer für das Reich Gottes, die Civitas Dei, kämpfte (und starb), blieb unschuldig, wurde zum Märtyrer. „Bei den wahren Verehrern Gottes sind auch Kriege Friedenswerk“, so Thomas von Aquin.² Ja, die Kirche selbst mutierte zum militärischen Akteur, wurde zum Heerlager und der Papst zu dessen oberster Autorität, zur *Auctoritas Principis*, die zur Führung „gerechter Kriege“ berechtigt war. Die Lehre vom gerechten Krieg, die bei Cicero schon ihren Anfang nahm, wurde nun zur Legitimation militärischer Aktionen der Kirche in den nächsten Jahrhunderten, sei es bei den Kreuzzügen gen Osten oder der Conquista, der Eroberung Amerikas, im Westen.

2 Zitiert nach Kernic 2001, S. 118.

Für die Organisation des Militärischen in dieser Zeit war wichtig, daß sich auf der Basis der Naturalwirtschaft eine „Arbeitsteilung“ im Militärischen dahingehend entwickelte, daß nur noch eine kleine Gruppe, die Ritter, Kriegsdienst (als Vasallen) leistete, die große Masse der Bevölkerung, vor allem Bauern, jedoch kaum bzw. nicht mehr am Militärischen beteiligt wurde. Die aufkommende Geldwirtschaft des Frühkapitalismus veränderte jedoch auch in diesem Bereich die Geschäftsgrundlagen. Ritter (mit und ohne Ehrenkodex) waren nun käuflich, sei es für Kreuzzüge in der Ferne oder Fehden zuhause, und in den allmählich erstarkenden Städten formierten sich eigene militärische Strukturen (Milizen).

Staat und Militär zu Beginn der Moderne

Politische Gemeinwesen, gleich welcher Bezeichnung, sind durch Herrschaftsverhältnisse charakterisiert, die mit Gewalt, d.h. physischem und psychischem Zwang, unterschiedlichster Art verbunden sind. Dieser Aspekt stand auch bei der historischen Herausbildung des Staates in Westeuropa im 15. und 16. Jahrhundert im Mittelpunkt. Dabei gehörte die Konstruktion von Herrschaftsstrukturen sicherlich zu den zentralen Themen politischen Denkens. Niccolò Machiavelli (1469–1527) löste die Politikwissenschaft von der Theologie ab. Er sah im staatlichen Gemeinwesen ein *Artefaktum* und diskutierte deshalb so intensiv die Frage, wie dieses künstliche Gebilde gestaltet werden müsse, um das „ewige Auf und Ab“ zu beenden und Stabilität zu erreichen.

Damit war auch die Frage nach der Stellung des Militärischen wieder aufgerufen. Im Falle Machiavellis nicht nur konzeptionell bei der Konstruktion des Staates, sondern auch unmittelbar lebensweltlich. Machiavelli war als Sekretär des Rates der Zehn der norditalienischen Stadt Florenz zuständig für die Organisation des Militärs. Er hatte gesehen, daß Söldnerheere nicht nur teuer, sondern auch noch unzuverlässig waren. Deshalb schlug er Milizen vor – wobei deren Mitglieder wegen der dauernden Rivalitäten verschiedener Familien in der Stadt wiederum nicht aus Florenz selbst stammen sollten. Aus dem intensiven Studium der römischen Geschichte zog er Lehren für sein Staatskonzept generell und speziell für die Einbindung des Militärs. Der Staat, so Machiavelli in seiner Schrift „Der Fürst“, müsse über eigene Streitkräfte verfügen. Das Militär sei die Basis für erfolgreiche Politik, sei ein Instrument der Politik.

Machiavelli machte deutlich, daß das Primat bei der Politik liegen müsse: Militärs werden genutzt, und wenn sie erfolgreich waren, entledigt man sich schnell ihrer, wie das berühmte Beispiel des Othello in Venedig zeigt. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan“, heißt es bei Shakespeare dazu. Erlangung und Erhalt politischer Herrschaft – *mantenere lo stato* – waren Fluchtpunkt beim Nachdenken über das Militär und begründeten auch den Krieg als Notwendigkeit staatlicher Selbsterhaltung. Daran anknüpfend entwickelten andere italienische Denker wie Guicciardini und Botero das Konzept von der Staatsräson – der *ragione di stato*: dem Staat sei alles unterzuordnen, er sei der Grund allen politischen Handelns, ihm habe alles zu dienen – auch und vor allem das Militär.

Das war zwar das Bestimmende im politischen Denken jener Zeit, und auch die reformatorische Lehre eines Martin Luther sieht die Notwendigkeit von (militärischer) Gewalt. „Wo ein Streit und Schlacht ist, da müssen etliche fallen und wund werden; wer aber redlich ficht, wird gekrönt werden“, so Martin Luther an die Fürsten zu Sachsen im Jahre 1524. Dieses Denken war (und ist bis heute) sicherlich das Dominante – aber es war (und ist) nicht das Einzige. Erasmus von Rotterdam, der große unangepaßte europäische Denker, der die Friedenssehnsucht jener Zeit artikulierte, stellte sich gegen Machiavellis Ansichten und kritisierte grundsätzlich militärische Gewalt. Für ihn gab es keinen „gerechten Krieg“; in seiner radikalen „Kritik der militärischen Gewalt“ ließ er weder Gott noch den Staat als Grund für militärische Gewaltaktionen gelten und geißelte scharf die vorgegebene Frömmigkeit der „Gotteskrieger“. Jedoch sei hier mit Kernic darauf verwiesen, daß die „Nicht-Erfahrung militärischer Gewalt“ jene Erfahrung ist, die noch nicht gemacht wurde und die „erst zu erfahren wäre“³ und dann in unser politisches Denken auch einfließen könnte. Im Gegenteil, gerade die Erfahrung des Krieges war prägend für das neuzeitliche politische Denken.

Kritik am Militär seiner Zeit formulierte auch der Königsberger Philosoph Immanuel Kant (1724–1804). Zwar verstand er den Krieg als unentbehrliches Mittel der Zivilisation, als Triebfeder der Geschichte, aber das bedeutete für ihn keine Akzeptanz der Militärpolitik seiner Zeit. Im Gegenteil. Die stehenden Heere waren für ihn Instrumente, manchmal auch nur Spielzeuge, der absolutistischen Herrscher und damit eine permanente Gefahr für den Frieden.

3 Kernic 2001, S. 15.

Mehr noch: In den absolutistischen Monarchien wie Preußen hatte die Armee den Staat „übernommen“, d. h. das Militärische dominierte das Politische. Deshalb forderte Kant die Abschaffung der *milites perpetuus*, der stehenden Heere, und trat für eine Milizarmee ein, die auf Freiwilligkeit beruhe. Sie sei allein in einer Republik zu erreichen, wo die Bürger – und nicht der Monarch – über Krieg und Frieden entscheiden. Republikanische Verfassung und Milizen schienen ihm eine Gewähr für Frieden; zumindest aber für einen vernünftigen Umgang mit dem Militärischen im Miteinander der Völker.

Staat und Soldat in der Neuzeit

Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde so manche der Ideen Kants aufgegriffen und in freier Interpretation in Nordamerika und Europa umgesetzt. Die Gründungsväter der USA lehnten ein stehendes Heer ab und setzten auf Milizen. Damit sei die Freiheit des Gemeinwesens am besten gesichert. Und im Zuge der Französischen Revolution wurde zunächst die neue Armee konsequent auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut. Jedoch veränderte sich dies schon im Juli 1793. Die *levée en masse*, die Volksaushebung, sollte die schwindende militärische Kraft sichern. Alle Franzosen waren nun permanent im Kriegsdienst – sei es an der Front, bei der Herstellung von Waffen, der Betreuung der Verletzten oder bei der moralischen Erbauung der Krieger. Bürger war gleich Soldat; allgemeines Wahlrecht beutete auch allgemeine Wehrpflicht. Zwar wurde 1814, nach der Niederlage Napoleons, in Frankreich die Wehrpflicht abgeschafft, jedoch blieb diese aus militärischer Sicht ganz neuartige Erfahrung – die Einbeziehung von Massen in das Militär – in der europäischen Politik erhalten. Die allgemeine Wehrpflicht, die mit neuen inneren Strukturen, der Verkürzung der Dienstzeit und auch einer Besserstellung der einfachen Soldaten sowie intensiveren Beziehungen mit der Gesellschaft verbunden war, verbreitete sich in Europa: sei es in Preußen 1814, Österreich-Ungarn im Jahre 1868, Frankreich wieder 1872 oder in Rußland 1874 (Die Kolonialmacht England blieb bei der Berufsmarine). Die entstehenden Nationalstaaten setzten militärisch auf die Wehrpflicht. Die Einführung der Wehrpflicht bedeutete keineswegs eine Demokratisierung dieser Gesellschaften.

Meist waren die Militärreformen im Kontext genereller autoritärer Modernisierungsschritte (nach politischen Krisen und militärischen Niederlagen) eingeleitet worden. In den Monarchien, die starke

autoritäre Züge trugen, diente die Wehrpflicht auch und in erster Linie diesem System. Es formte die (jungen) Männer in ihrem Geiste – Nationalismus wird zur tragenden Ideologie – und band sie an „König und Vaterland“. Jedoch verbreitete sich damit auch die Idee der Bürgerrechte, der Gleichheit – auch wenn im realen Leben tiefe soziale Ungerechtigkeiten bei der Umsetzung dieser Wehrpflicht alltäglich waren. Und die Armee bot Chancen für den sozialen Aufstieg junger Männer der mittleren und unteren Schichten, was vor allem für „technische“ Waffengattungen wie die Artillerie galt.

Die ideologische Grundierung für diese Entwicklung bot – zumindest für Deutschland – der Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel (1770–1831). In der Tradition Platons verband er das Militärische auf das engste mit dem Staat. Der Staat an sich sei Produkt der Gewalt – und kein Produkt eines Vertrages. Und dieser Staat mache militärische Gewalt notwendig; ja er benötige sie zum Erhalt. Wie das Wasser ohne Winde faule, so verkümmere der Staat ohne Krieg. Im Krieg trete der Einzelne gegenüber dem Ganzen zurück. Dementsprechend sei auch der Krieg sittlich. Im Krieg verkörpere sich „die sittliche Substanz, die absolute Freiheit des sittlichen Selbstwesens von allem Dasein.“⁴ Es versteht sich, daß in diesem Sinne die Militärs, die Krieger, eine besondere Stellung haben. Sie verkörpern mit ihrem Opfergeist diese höchste Sittlichkeit und heben sich somit von der übrigen Gesellschaft ab. In dieser Sittlichkeit liegt zugleich die Tendenz, die Unterscheidung zwischen Zivilem und Militär aufzuheben. Der Krieg wird zum Volkskrieg, zur gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, zur seelischen Regenerierung des Volkskörpers. Hier ahnt man die Langzeitwirkung Hegelscher Gedanken für das Militär. Zusammen mit den aufkommenden nationalistischen, ja oftmals chauvinistischen Strömungen, rückwärtsgewandten romantisierenden Gedanken, aber auch mit der Idee vom Krieg als Triebfeder des Fortschritts bildeten sie das geistige Marschgepäck vieler deutscher Militärs des ausgehenden 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts.

Staat, Militär und linkes Denken

Die aufkommende Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert und ihre politischen Parteien in Europa standen den Streitkräften ihrer jeweiligen Staaten kritisch bis ablehnend gegenüber. Das galt auch und besonders für Deutschland, konkret für Preußen. Drill und

4 Hegel zitiert nach Kernic 2001, S. 224.

Demütigungen, die die meist aus den Unterschichten stammenden Soldaten in den Kasernen erlebten, die feste Bindung der Streitkräfte an die Monarchie (und nicht an die Verfassung) und der Einsatz von Militärs in sozialen Kämpfen im Innern führten von Beginn an zu einer kritischen Position gegenüber dem Militär. Zwar gab es auch Hoffnungen, das Militär irgendwann völlig abzuschaffen und das Ziel der allgemeinen Abrüstung wurde zu einer Konstante linker Politik. Jedoch war die grundsätzliche Kritik an den existierenden Streitkräften – im Unterschied zum anarchistischen Denken – mehrheitlich mit alternativen Überlegungen zum Militär verknüpft.

Wie kann das Militär für die angestrebten sozialen und politischen Umwälzungen genutzt werden? Wie sollte das Militär in einer Herrschaft des Volkes organisiert werden? Wie soll sich die Arbeiterbewegung in den Fragen von Krieg und Frieden entscheiden? Gewalt (als Instrument des Fortschritts und der Abwehr von Feinden) wurde bei den Gründungsvätern der Arbeiterbewegung, sei es Karl Marx und Friedrich Engels oder Ferdinand Lassalle, als legitim angesehen. Entsprechend plädierten sie für eine Organisierung der bewaffneten Kräfte des Volkes in einer (starken) Armee. Volksbewaffnung war die allgemeine Forderung, Milizen die konkrete Alternative. Eine Volkswehr an die Stelle des stehenden Heeres, so die Forderung des „Eisenacher Programms“ von 1869. Auf dem Wege dahin sollten die Dienstzeit verkürzt, das tägliche Leben der Soldaten in den Kasernen verbessert und die Karrierechancen für die unteren Schichten verbessert werden. Letztlich sollte das Militär bei Wahrung der Wehrpflicht demokratisiert werden; nicht mehr auf den König, sondern auf die Verfassung sollte das Militär den Treueid ablegen. Daß Anfang des 20. Jahrhunderts die europäische Arbeiterbewegung, so auch die deutsche Sozialdemokratie, sich an der Frage von Krieg und Frieden zunehmend rieb und dann, im Ersten Weltkrieg, daran scheiterte und schließlich auch spaltete, macht das Gewicht dieser Problematik für die Linke in Europa in jener Zeit dramatisch sichtbar.

Aber auch heute steht diese Frage. In der Linken werden militärische Themen, sei es im Innern die Wehrpflicht und der sich ausweitende Einsatz der Bundeswehr in „humanitären Missionen“ oder außenpolitisch die sich herausbildenden militärischen Strukturen in der Europäischen Union, recht kontrovers diskutiert. Die Frage des Militärs ist im politischen Diskurs auch und besonders der Linken weiterhin präsent.



Zur Gründung der Zeitschrift

von Dr. habil. Erhard Crome

Wer sich jemals mit internationaler Politik befasst hat, kommt davon nicht wieder los. Das gilt exemplarisch auch für Raimund Krämer. Beschäftigung mit Innenpolitik, Kommunalpolitik und Bildungspolitik erscheint demgegenüber oft als langweilig und wenig spannend. Zudem hatte sich im Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen der DDR (IIB) eine unbestreitbare Kompetenz zur Analyse der internationalen Politik sowie zur systematischen Ausbildung von Studenten angesammelt. Die wollten wir – Außenpolitik-Experten unterschiedlicher Jahrgänge, die wir in den damaligen Umbrüchen nicht nur Ende, sondern vor allem auch Neubeginn sahen – 1990 in die neue, sich demokratisierende DDR bzw. dann das vereinigte Deutschland einbringen. Die damaligen politischen Sprüche von der „Ver-Einigung“ hatten wir ernst genommen und als Aufforderung missverstanden, die aus der DDR kommenden Fähigkeiten einbringen zu können.

Zeitgleich hatten die Juristen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, der das IIB in den DDR-Strukturen zugeordnet war, konzipiert, aus dem „innenpolitischen Teil“ der Akademie eine juristische, verwaltungsorientierte Hochschule zu machen. Nach längerem Hin und Her war vereinbart worden, dass aus dem IIB ein Fachbereich Politikwissenschaft mit internationaler Ausrichtung an dieser sich bildenden „Hochschule für Recht und Verwaltung“ (HRV) werden sollte. Parallel dazu fand, wie damals an allen Hochschulen und vielen anderen Einrichtungen der DDR, ein Prozess der inneren Auseinandersetzung um die eigene Rolle und die der Institution in der Vergangenheit und die erwartete Zukunft statt. Diese wurde meist, auch am IIB bzw. ihrer Nachfolge-Einrichtung, nicht in deutscher Vereinigung, sondern in der demokratischen Selbsterneuerung einer sich verändernden DDR gesehen. Wichtiges Element war die Bestellung neuen Leitungspersonals, das in aller Regel gewählt wurde. Zentral für die neue Sektion Politische Wissenschaften/Internationale Beziehungen war die Wahl eines neuen Direktors. Der alte des IIB war nicht davongejagt worden, wie in anderen Einrichtungen, sondern

blieb ein geachteter Kollege, übernahm aber die politische Verantwortung für die Begrenztheiten in der Vergangenheit und stand nicht wieder zur Verfügung. Zur Wahl des Direktors gab es dann drei Kandidaten. Der eine bekam zwanzig Stimmen (von etwa 150 der damals Beschäftigten), der zweite zwei (viele, die ihn näher kannten, fragten, von wem denn die andere kam) und der dritte über 120. Das war Raimund Krämer, der so der gewissermaßen erste (und, was wir damals noch nicht wussten, letzte) gewählte Direktor des IIB war. Er leitete sehr umsichtig die Umgestaltung zur politikwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsstätte. Der Fachbereich erhielt – im Unterschied zu vielen ehemaligen „Sektionen Marxismus-Leninismus“ der Universitäten, die das für sich ebenfalls reklamierten – von der de Maizière-Regierung die offizielle Genehmigung, das Fach Politikwissenschaft zu lehren. Es hatten sich weit über einhundert Studenten immatrikuliert und im Herbst 1990 begann der Lehrbetrieb mit dem neuen inhaltlichen Angebot und dem neuen Personaltableau, das gegenüber dem IIB eine veränderte Struktur hatte und sichtbar verkleinert war; auch waren einige aus dem Westen kommende Kollegen neu eingestellt worden. (Von denen wurde später niemand bei der Besetzung der neuausgeschriebenen Professuren durch das „neue“ Westpersonal berücksichtigt. Einer kommentierte das mit dem schönen Satz: „Wer zu früh kommt, den bestraft der Wessi.“)

Diesen schwierigen Prozess führte Raimund Krämer sehr zielstrebig. Zum Jahresende 1990 erfolgte jedoch eine Totalabwicklung der HRV und die Auflösung des Fachbereichs Politikwissenschaft. In einem Schreiben des vormaligen Rektors der HRV an den damaligen zuständigen Minister der Brandenburgischen Landesregierung vom Januar 1991 hieß es dazu, dass die entsprechende Entscheidung nicht erst zum Jahresende, sondern bereits im August 1990 gefällt worden war, allerdings nicht an der Havel, sondern an der Wupper. Den Studenten jedoch war Vertrauensschutz zugesichert worden. Raimund Krämer wurde beauftragt, im Rahmen der Brandenburgischen Landeshochschule, was später die Universität Potsdam wurde, die Fortsetzung des Studienbetriebs zu organisieren. Auf der Grundlage von Honorarverträgen geschah das dann, bis schließlich der von der Kohl-Regierung angeordnete Prozess der Entostung der ostdeutschen Universitäten auch in Potsdam griff und die strukturmäßigen Professuren an entsprechende Kollegen aus dem Westen vergeben wurden. Für die wenigen verbliebenen Ost-Kollegen blieb Platz nur im Mittelbau oder in außerplanmäßigen Strukturen. Raimund Krämer gehört

immer noch dazu; an seiner fachlichen Kompetenz konnte ohnehin nie ein Zweifel sein.

Zugleich hatten etliche Kolleginnen und Kollegen, die von jener Abwicklung 1990 betroffen waren, Anfang 1991 beschlossen, sich auch außeruniversitär weiterhin mit internationaler Politik zu befassen. Zu diesem Zwecke wurde in einer Gaststätte in Klein-Glienicke, jenseits der Glienicker Lanke, aber mit Blick auf den Park Babelsberg, der Verein „Politischer Club Potsdam e.V.“ (PCP) gegründet. Er sollte sich mit internationaler Politik, der Geschichte der DDR-Außenpolitik sowie sozialtheoretischen Fragen befassen und überparteilich orientiert sein. Gründungsvorsitzender wurde Jochen Franzke. Zu den Themen der ersten öffentlichen Veranstaltungen gehörten die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, das Ende der DDR, der Zusammenbruch der Sowjetunion, der neu aufkommende Nationalismus in Osteuropa und sein Vergleich mit dem Nationalismus in Westeuropa. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht, als „graue Literatur“ in Gestalt von Mitteilungen des PCP (die nicht nur für die Mitglieder gedacht waren, sondern auch an Bibliotheken und Institutionen verschickt wurden) oder als erstes Buch des PCP zum Thema Nationalismus im Berliner Debatte Wissenschaftsverlag. Die Zeitschrift „Berliner Debatte Initial“ veröffentlichte in jedem Jahrgang Anfang der 1990er Jahre ein Heft zu außenpolitischen Themen, das wesentlich durch den PCP getragen wurde.

Nach zwei Jahren hatte sich die Situation verändert. Einige Kollegen hatten mittelfristige Anstellungsverträge an der Universität Potsdam und konnten sich auch hauptberuflich weiter mit internationaler Politik beschäftigen, die Publikationen des PCP fanden öffentliches Interesse, blieben als „graue Literatur“ aber drittrangig, und die Konsolidierung von Berliner Debatte Initial bot eine existierende verlegerische Plattform, den Versuch einer neuen außenpolitischen Zeitschrift zu wagen. Dies alles gehörte zu dem Rahmen, die Gründung von *WeltTrends* zu versuchen. Dazu wurden zunächst unterschiedliche Überlegungen angestellt und Sondierungen unternommen. Raimund Krämer und Wolfram Wallraf waren der Meinung, dass angesichts der Zustände der „Berliner Republik“ und der traditionellen Verortung der vorhandenen außenpolitischen Zeitschriften im Linksrheinischen eine außenpolitische Zeitschrift, die aus dem Berlin-Brandenburgischen kommt, angezeigt wäre. Darüber sprachen sie mit Bernhard Muszynski, einem der von Raimund Krämer 1990

eingestellten Wessis, die zu früh gekommen waren. Der allerdings riet ab, ein solches Projekt sei am deutschen Zeitschriftenmarkt nicht zu placieren. Jochen Franzke und ich – damals 1. und 2. Vorsitzender des PCP – waren nach den Erfahrungen mit der Herausgabe der PCP-Mitteilungen und des ersten Buches bei Berliner Debatte der Auffassung, dass die eigenen intellektuellen Kapazitäten des Vereins die Grundlage für eine außenpolitische Redaktion bieten könnten. Das wurde von Burkhard von Watzdorf unterstützt, der aktiv im Verein mitarbeitete und das Dokumentationszentrum des IIB zu internationalen Themen geleitet hatte, das wiederum von der Universität Potsdam übernommen worden war, so dass auch Kapazitäten der Sammlung von Informationen zur internationalen Politik zur Verfügung standen. Jochen Franzke und ich befassten uns inhaltlich weiter mit Osteuropa und hatten Andrzej Sakson und Bogdan Koszel vom polnischen Westinstitut (Poznan) auf verschiedenen Konferenzen getroffen. Am Rande eines Workshops am 1. Mai 1993 in Berlin-Kreuzberg – wir konnten das Gebäude am Abend zunächst nicht verlassen, weil die Polizei wegen der obligatorischen 1.-Mai-Krawalle die Straße gesperrt hatte – verständigten wir uns, gemeinsam zu sondieren, ob die neue Zeitschrift als deutsch-polnisches Projekt realisiert werden könne. Parallel dazu hatte ich den Auftrag, zu prüfen, ob die Herausgabe der Zeitschrift unter dem Dach des Berliner Debatte Wissenschaftsverlages möglich sei. Berliner Debatte Initial war gerade das Beispiel, dass es durchaus möglich war, eine neue, vom Osten her gemachte Zeitschrift am deutschen Markt zu etablieren. Jochen Franzke übernahm es, mit der ebenfalls noch im Aufbau befindlichen Landeszentrale für politische Bildung, die von Hans Misselwitz geleitet wurde, zu besprechen, Hefte der Zeitschrift in ihre Liste der im Land Brandenburg zu verbreitenden Publikationen aufzunehmen, sprich anzukaufen.

Dann wurde innerhalb weniger Wochen alles zusammengebunden. Berliner Debatte übernahm die Verlagstätigkeit, die Landeszentrale war an der Übernahme von Heften interessiert. Als Kern der Redaktion agierten deutscherseits zunächst Jochen Franzke, Raimund Krämer, Claus Montag, Lutz Schrader und Wolfram Wallraf. Die Gespräche, wie denn das alles praktisch zu bewerkstelligen sei, fanden am Tisch von Burkhard von Watzdorf statt, ich war für die verlegerische Seite verantwortlich (und wollte nicht Redakteur sein, weil ich bereits Redaktionsmitglied von Berliner Debatte Initial war), parallel dazu wurden die Verabredungen mit der polnischen Seite getroffen: Bogdan

Koszel und Andrzej Sakson wurden Redakteure von polnischer Seite und die Direktorin des West-Instituts, Anna Wolff-Poweska, schrieb für das erste Heft einen Originalbeitrag. Alle Redakteure bzw. Beteiligten bemühten sich um den Inhalt dieses ersten Heftes. Lange Zeit wurde über den Titel der Zeitschrift debattiert, bis schließlich klar wurde: „*WeltTrends*“ – omen est nomen – ist unschlagbar. Teil des Konzepts war, dass jedes Heft einen inhaltlichen Schwerpunkt haben und eine ISBN-Nummer für den Buchhandel erhalten sollte. Institutioneller Herausgeber – neben dem West-Institut – war der PCP, Verantwortlicher Redakteur demzufolge Jochen Franzke als Vereinsvorsitzender.

Das erste Heft befasste sich im Schwerpunkt kritisch mit dem Thema „Neue Weltordnung“, was ein Slogan war, den USA-Präsident George Bush (sen.) in die Welt gesetzt hatte, um die Weltpolitik gemäß US-Interessen neu zu ordnen. Autoren kamen aus den USA, Japan und Finnland, aus Deutschland Reinhard Meyers. Damit war bereits mit dem Schwerpunkt klar gemacht, dass *WeltTrends* eine Weltsicht und keine enge „Ost-Sicht“ haben sollte, und auch deutsche Autoren der „etablierten“ Zunft gewollt waren. Dieter Segert, damals Professor an der Berliner Humboldt-Universität, steuerte einen Text zum politikwissenschaftlichen Vergleich zwischen den politischen Parteien in Polen und Ostdeutschland bei, Bogdan Koszel einen Beitrag zur deutschen Außenpolitik und Claus Montag eine Analyse zur Außenpolitik der Clinton-Administration (die damals noch neu war). Raimund Krämer und ich lieferten einen analytischen Rückblick auf die Außenpolitik der DDR. Das, so meinten wir, war *WeltTrends* seinen Lesern schuldig, und sollte zudem signalisieren, dass die Bearbeitung dieses Feldes Gegenstand der Debatten in der Zeitschrift sein sollte.

Den Entwurf für das Editorial des ersten Heftes, das die Redaktion insgesamt lange diskutierte und als Kollektivum verantwortete, schrieb Raimund Krämer. Der schöne Eingangssatz, der später immer wieder zitiert wurde, lautete: „Krisenzeiten sind Gründerzeiten“. Er bezog sich nicht nur darauf, dass damals gerade wieder Krisenzeiten ausbrachen, darunter die erste Vereinigungskrise des neuen Deutschlands, und die Keynes'sche Faustregel gelten sollte, antizyklisch zu agieren, sondern auch auf den zitierten Einwand, dass es ohnehin nicht auf Dauer funktionieren würde mit einer neuen, einer solchen Zeitschrift. Der Satz war – von heute aus, ehrlich betrachtet – aber auch „Pfeifen im Walde“. Wir waren fest entschlossen, das hinzukrie-

gen, hatten aber keine Sicherheit, dass es klappt. Auch der Satz im Selbstverständnis: „Es geht uns nicht um ein vordergründig politisches Journal mit engen Parteipräferenzen, sondern um ein wissenschaftliches, das der intellektuellen, d. h. kritischen Debatte verpflichtet ist“, wurde mit dem Nachsatz versehen: „Damit gehen wir bewusst das Risiko ein, möglicherweise den Kreis unserer Leser einzuengen und damit unsere bescheidene finanzielle Basis weiter zu schmälern.“ Das war sehr selbstbewusst gesagt und gemeint; wir wussten aus den Erfahrungen mit dem PCP, dass die Diskursstrukturen im öffentlichen Raum viel stärker parteipolitisch vermachet waren, als man den Osis im Wonnefrühling 1990 vorgegaukelt hatte, und wir wussten auch von Berliner Debatte Initial bereits seit Gründung, dass es immer wieder die perfide Frage geben werde, ob wir nicht doch heimliche Finanzierungen aus irgendwelchen Reptilienfonds unterschlagenen SED-Vermögens hätten. Wir hatten nicht und hatten nie. *WeltTrends* musste sich immer selber tragen. Und hat sich getragen.

Bald nach der ersten Gründungsphase wandelten sich die Umstände. Der PCP benannte sich um in „WeltTrends e. V.“, um den Namen der Zeitschrift auch in den Vereinsnamen zu übernehmen, und konzentrierte sich auf das „Kerngeschäft“: Förderverein für die Zeitschrift. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung stellte den regelmäßigen Abkauf von Heften ein, um nicht in den Verdacht einer publizistischen Vereinseitigung zu geraten. Da trugen aber bereits die Abonnenten-Zahlen in erheblichem Maße die Produktionskosten. Lange Zeit wirkten die Synergieeffekte mit Berliner Debatte, doch der Wissenschaftsverlag musste in den 2000er Jahren seine Tätigkeit herunterfahren und der WeltTrends e. V. unter dem Vorsitz von Lutz Kleinwächter auch als Verlag agieren. Recht früh war klar, dass die Doppelverantwortung mit Vereinsvorsitz und Verantwortlichem Redakteur nicht zu leisten ist. So übernahm Mitte 1995 Raimund Krämer die Verantwortung für die Redaktion der Zeitschrift, die er heute noch hat.

Inzwischen sind beide kaum noch zu trennen. *WeltTrends* trägt ganz erheblich Raimund Krämers Handschrift. Dazu gehört auch, dass die Zeitschrift seit 2008 sehr erfolgreich den Übergang von einer Vierteljahresschrift zur Zweimonatszeitschrift bewältigt hat. Insofern ist es wahrscheinlich mehr als Zufall, dass der runde Geburtstag von Raimund und zwanzig Jahre *WeltTrends* in das selbe Jahr fallen.

Unseren Chefredakteur gib uns heute ...

von Heike Imhof-Rudolph

Es ist Dienstag, alle zwei Wochen nur, Redaktions-sitzung. Knisternde Hektik, die Kaffeemaschine brodeln, die Vorzeitigen sitzen bereits, blättern oder sind im Gespräch. Die Runde füllt sich. Die Plätze sind variabel, nur einer nicht: der des Chefredakteurs. Neue, junge Gesichter blicken in die Runde – aha, Praktikantenwechsel. Papiere landen auf dem Tisch zum Austeilen, Tagesordnung, Arbeitsblatt, Jahresplanung oder Autorenhinweise in der siebten Fassung, in dynamischem Grün, recyceltem Greige oder schlichtem Weiß. Organisierte Information für alle. Das war nicht immer so, pseudoautokratischen Tendenzen zum Trotz.

Begrüßung, Vorstellungen, Verabschiedungen, Glückwünsche und Danksagungen, keiner wird vergessen. Was gibt es Neues in der Welt? Jubiläen, Wahlen, aktuelle Krisen und – was macht die Konkurrenz? „Was haben wir für den WeltBlick?“ Der Chef ruft, keiner schweigt und jeder will Recht haben. „Kommen wir zur Sache! Was müssen wir bringen? Was haben wir und wer macht was zu welchem Thema?“ An Ereignissen mangelt es nicht: Panarabische Schuldenfälle sticht sudanesischer Raketenkrise. Hilfsdampfer für Gaza läuft auf Eisberg vor Spitzbergen. Der Euro fliegt auf Probemission zum Mars und so weiter und so fort. Der Artikelfundus wird durchforstet. Wir stellen fest: *WeltTrends* hat sich zum begehrten Publikationsorgan gemauert. Es findet sich fast immer etwas, ob druckfrisch oder aktualisiert. Das war nicht immer so, allen Befürchtungen zum Trotz.

Bald jedes vierte Mal liegt ein neues Heft auf dem Tisch. Es ist immer wieder ein freudiges und überaus sinnliches Ereignis, beim Aufschlagen und Blättern den Duft frischen Papiers zu schnuppern. Der glatte Umschlag des Heftes liegt schmeichelnd in der Hand. Angenehm leichtes Leseformat, für unterwegs oder als Bettlektüre gleichermaßen geeignet. Der geübte Blick huscht über die Seiten, der erste Gesamteindruck ist gut. Wie viel Mühe in jedem Heft steckt, erschließt sich dem aufmerksamen Leser und Kenner der Entwicklung von *WeltTrends* durchaus. Es wird geblättert, kommentiert, gelobt und kritisiert: Wer findet einen Fehler? „Der kranke Mann am Bospuros“ war so einer, erste Zeile Editorial. Das gelingt nicht jedem!

Mut zur Gestaltung! Ein völlig neues Layout musste her. Keiner konnte damals ahnen, wie viel Kraft, Kreativität, Zeit und Geld uns der Schritt zum Journal mit auflockernden Gestaltungselementen wie Bildern, Karikaturen, Collagen, Landkarten, Statistiken, Infokästen etc. kosten würde. Es gab die Idee, das Schwerpunktthema auf dem Umschlag zu bebildern und auch im Heftinneren grafische Bezugspunkte zu setzen. So hat die Macht des Bildes langsam schleichend von der Redaktion Besitz ergriffen. Auch wenn die technischen und gestalterischen Aufgaben mittlerweile in professionelle Hände gegeben wurden, nimmt die Ideensuche einen großen Raum ein. Manchmal entsteht der (falsche!) Eindruck, dass mehr über Gestaltung als Inhalte diskutiert wird.

Das war nicht immer so. Damals, als das Wort noch über das Bild triumphierte, als die Bleiwüste sich ungehindert über Seiten erstrecken konnte, nur gelegentlich unterbrochen von dünnen Zwischenüberschriften. Als die Redakteure der ersten Stunden sich den nicht enden wollenden Theoriekonstruktionen der Autoren entgegenstemmten, um deren Gedankensunamis in Form und Format zu pressen. Die dann weltverbesserungssüchtig in subversiv anmutenden, langatmigen, weil inhaltsschweren Redaktionssitzungen wiedergekäut wurden. Damals war nicht alles besser, aber auch nicht so viel schlechter. Fand einst das römische Gesetz auf zwölf Tafeln Platz, füllen heute Gesetzesbände und ihre Auslegungen Regalwände. Auch das aktuelle Maß der *WeltTrends*-Hefte lässt sich beziffern: 2.700, 1.500, 700, 250 auf 144. Das ist keine gegen Null gehende, kalorienzählende Diätempfehlung, es sind verbindliche Wort-Obergrenzen einzelner Rubriken auf die Gesamtseitenzahl.

„Was sich nicht mit 2.500 Worten sagen lassen kann, wird gekürzt!“ klingen die Worte des Chefs in den Ohren der Redakteure, die mit der *delete*-Taste durch die Seiten der Artikel pflügen. Nicht nur Füllwörter, ganze Sätze, Zeilen und Absätze ereilt dieses Schicksal. Es wird übersetzt, umgestellt, neu formuliert und nach Stunden mühevoller Kleinarbeit sogar aus (ja, manchmal auch langweiligem Pseudo-) Expertengeschwalle ein leserfreundlicher Text. Am besten darin ist der Chefredakteur selbst. Mit echter akademischer Bescheidenheit verzichtet er aber auf seinen Namen unter dem Werk. Wie überhaupt professorales Gehabe und Gelehrsamkeit weitgehend vor der Redaktionstür bleibt. Der Spaß hingegen, der ist mittendrin im Geschehen.

Das Heftthema ist nächster Punkt auf der Tagesordnung der Redaktionssitzung. Wie ein Fels in der Brandung hat es den Moden des Zeitgeistes unbeschadet standgehalten. Es drückt jeder Ausgabe seinen Stempel auf. Vor allem visuell. Das Titelbild ist die größte gestalterische Herausforderung, schon allein wegen des langgestreckten Formats. Festgelegt werden die Themenschwerpunkte im Vorjahr. Beratungen darüber finden im Redaktionskollektiv statt. Jeder kann Vorschläge einbringen, am liebsten gleich mit Finanzierungsmöglichkeiten und Heftverantwortlichem. Entschieden wird ebenfalls im Kollektiv. Der Chefredakteur, als *primus inter pares*, hat das letzte Wort. Traditionell hat auch der Vereinsvorsitzende dabei noch ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Ein weiterer *primus inter pares*. Das war schon immer so, pseudodemokratischen Tendenzen zum Trotz.

„Wer am Tisch sitzt, entscheidet!“ Noch so ein Credo des Chefs, allerdings gilt dies wiederum nur für Redakteure. Wo kämen wir denn hin, wenn die Schar der fleißigen Helfer gewichtige Beschlüsse fasste, nur weil sie zahlenmäßig überlegen ist! Zum Beispiel die Jahresfarbe – anstelle von müdem Senf- quietschiges Neongelb, flottes Vierfarben-Cover oder Goldschnitt zum Jubiläum!

Die Größe einer Datei entscheidet nicht über den Aufwand, der mit ihr betrieben wird. Wort & Strich, letzte Seite im Heftinneren, erregt Gemüter und Lachmuskeln der Redaktion. Vor allem kostet die Suche nach geeignetem Material, das auch noch zueinander passen soll, Nerven. Das große Buch der Sprüche schlägt meist der Vereinsvorsitzende auf. Die passende Karikatur zum Spruch und zur internationalen Politik hat schon fast jeder aus der Redaktion gesucht und gefunden. Es empfiehlt sich allerdings, die Frustrationsschwelle hoch zu halten. Getreu dem Motto: Es gibt keine persönlichen Niederlagen, nur umformulierte Siege des Kollektivs. Langfristige Herzensanliegen brauchen Zeit für die Durchsetzung im Redaktionskreis. Es bedarf, im Sinne von Max Weber, des „Bohrens dicker Bretter“, um ans Licht am Ende des Tunnels zu kommen. Ich erinnere an die Diskussion – sie liegt schon einige Jahre zurück – um unseren ersten Internetauftritt. Heute ist das nicht mehr so, auch wenn es die Software des Redaktionschefs nur bis zum Word-Update 2003 geschafft hat!

Was wäre ein erfolgreiches Team, wenn es sich nicht zu feiern wüsste! Alle Jahre wieder kommt der Sommer und damit das

Sommerfest. Der Höhepunkt für die WT-Familie. Hauptversorger ist das Familienoberhaupt, der Redaktionschef. Sohn Sascha steht am Grill und bläst die Vuvuzela, Ehefrau Evelin schnippelt Salat, und auch Tochter Franziska lässt sich gelegentlich blicken. Fast das ganze WT-Team, Ehemalige, Autoren und sonstige Gäste finden sich – meist bei Regenschauern und Mückenplage – im schattigen, naturbelassenen Garten der Potsdamer Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. ein. Für die Vegetarier und Anti-Alkoholiker gibt es Mon Cherie und fleischloses Couscous. Alles trinkt, isst und quatscht bis der Hemdknopf platzt und die Stimme umschlägt. Seit einigen Jahren gibt es musikalische Live-Untermalung. Auch so eine Idee des Chefs. Das war nicht immer so, wird aber hoffentlich so bleiben. Wenn schon nicht für immer, dann wenigstens für die nächsten 20 Jahre!

Herzlichen Glückwunsch, Raimund, zum vorangegangenen und nächsten Lebensabschnitt! Wo und wie auch immer du ihn bringst, zu Wasser oder auf dem Lande, wir freuen uns, dich zu begleiten!



Grußwort der Redaktion und Freunde von *WeltTrends*

Redaktion und Freunde der Zeitschrift *WeltTrends*
wünschen dem Chefredakteur alles Gute zum Jubiläum!
Im 20. Erscheinungsjahr des Fachjournals feiert der Kapitän
seinen 60. Wir rufen dem Geburtstagskind zu:
Mast- und Schotbruch, nicht die Segel bergen, und
auf weitere 20 Jahre am Steuer!

<i>Karin Baumann</i>	<i>Frank König</i>	<i>Andrzej Sakson</i>
<i>Marcel Bethan</i>	<i>Bogdan Koszel</i>	<i>Renate Schmidt</i>
<i>Christian Boulanger</i>	<i>Sascha Krämer</i>	<i>Siegfried Schwarz</i>
<i>Erhard Crome</i>	<i>Joachim Krüger</i>	<i>Elke Stange</i>
<i>Jochen Franzke</i>	<i>Wolfgang Kubiczek</i>	<i>Hubert Thielicke</i>
<i>Ines Friedrich</i>	<i>Ralf Juan Leiteritz</i>	<i>Anna Charlotte Thode</i>
<i>Tim Haberstroh</i>	<i>Claus Montag</i>	<i>Angela Unkrüer</i>
<i>Heike Imhof-Rudolph</i>	<i>Fräulein Schlecker</i>	<i>Enrico Wagner</i>
<i>Kristian Kaltschew</i>	<i>Sebastian Parson</i>	<i>Christoph S. Widdau</i>
<i>Kilian Kindelberger</i>	<i>Karl-Ernst Plagemann</i>	<i>Heike Winter-Hamerla</i>
<i>Daniel Klaucke</i>	<i>Peter Rau</i>	<i>Gerry Woop</i>
<i>Kai Kleinwächter</i>	<i>Dieter Raupach</i>	<i>Azadeh Zamirirad</i>
<i>Lutz Kleinwächter</i>	<i>Uwe Rechlin</i>	<i>Thomas Zelt</i>
	<i>Heiko Ritter</i>	

Anhang

Lebenslauf von Raimund Krämer



1952

Geburt in Simmerath

1972–1977

Studium der Internationalen Beziehungen/
Außenpolitik am Institut für Internationale
Beziehungen (IIB), Potsdam

1977

Wissenschaftlicher Assistent am IIB, Arbeitsschwerpunkt: Außenpolitik der Staaten Lateinamerikas

1980

Promotion zum Doktor rerum politicarum (Thema der Dissertationsschrift: „Konzeption und Praxis der Außenpolitik Perus in den 70er Jahren“)

1985

Verteidigung der Habilitationsschrift zur Thematik „Sicherheitsfragen in Mittelamerika in den 80er Jahren“

1985–1989

Arbeits- und Studienaufenthalt in Nicaragua und in Kuba

1989 (Juni)

Wiederaufnahme der Tätigkeit am IIB

1990 (Januar–Juni)

Teilnahme am Zentralen Runden Tisch für Entwicklungspolitik

1990 (Februar–März)

UN-Beobachter zur Überwachung der Wahlen in Nicaragua

1990 (April)

Wahl zum Direktor der neugebildeten Sektion Politische Wissenschaften/Internationale Beziehungen, die mit der Neuformierung der Hochschule für Recht und Verwaltung aus dem IIB entstand

1991

Hochschuldozent für Internationale und Vergleichende Politik an der neu gegründeten Universität Potsdam

1994–1995

Visiting Senior Research Fellow am St Antony's College/Oxford (Volkswagen-Area-Research-Fellowship)

1995

Verantwortlicher Redakteur der außenpolitischen Fachzeitschrift *WeltTrends*

2004

Wahl zum Chefredakteur der *WeltTrends* (bis heute)

2007

Gastprofessor an der Universidad de los Andes in Bogotá/Kolumbien

Senior Associate Member, St Antony's College Oxford

2008

Gastdozent an der Universität Salzburg

2011

Ernennung zum außerplanmäßigen Professor für Internationale und Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Potsdam

Bibliografie (Auswahl)

Monografien

Mittelamerika. Volkskampf contra USA-Gewaltpolitik. Staatsverlag der DDR, Berlin 1984 (Blickpunkt Weltpolitik).

Mittelamerika. Revolution, Intervention, Dialog. Staatsverlag der DDR, Berlin 1987.

Das Land Brandenburg und seine auswärtigen Beziehungen. Zur internationalen Vernetzung eines ostdeutschen Bundeslandes. Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, Potsdam 1995 (Internationale Probleme und Perspektiven 2).

Grenzen der Europäischen Union. Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, Potsdam 1997 (Internationale Probleme und Perspektiven 6).

Transfederal Relations of the Eastern German Länder. The Case of Brandenburg. Institute for German Studies, Birmingham 1997 (IGS Discussion Paper 97/9).

Der alte Mann und die Insel. Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 1998 (2. Auflage 2002).

Aktiv in Europa: Die ostdeutschen Länder in der Europäischen Union. Eine vorläufige Bilanz. Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, Potsdam 2002 (Internationale Probleme und Perspektiven 13).

Wissenschaftliches Schreiben (gemeinsam mit Christian Boulanger). Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2005 (*WeltTrends Lehrtexte* 4) (2. Auflage 2009; 3. Auflage 2010; 4. Auflage 2011; ab 2. Auflage alleiniger Autor).

Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika. Herausforderungen für demokratische Politik (gemeinsam mit Armin Kuhn). Dietz, Berlin 2006 (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung 31).

Die Karibik-Krise vom Oktober 1962. Eine Collage. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2008 (WeltTrends *Lehrtexte* 10).

Politische Herrschaft im Vergleich. Skript zur Vorlesung. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2007 (WeltTrends *Lehrtexte* 9).

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Außenpolitik und Diplomatie der DDR. WeltTrends, Potsdam 2010 (WeltTrends *Lehrtexte* 17).

Res Publica. Eine Einführung in die Politikwissenschaft. WeltTrends, Potsdam 2010 (WeltTrends *Lehrtexte* 18) (2. Auflage 2011; 3. Auflage 2011).

Herausgegebene Bücher

Regionen in der Europäischen Union. Herausgegeben von Raimund Krämer. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 1998 (Potsdamer Textbücher 1).

Juan J. Linz: Totalitäre und autoritäre Regime. Herausgegeben und übersetzt von Raimund Krämer. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 2000 (Potsdamer Textbücher 4) (2. Auflage 2003; 3. Auflage 2009 [erschieden bei WeltTrends]).

Sicherheit für das größere Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld. Herausgegeben von Hans Arnold und Raimund Krämer. Dietz, Bonn 2002 (EINE WELT-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 14).

Die verschwundene Diplomatie: Beiträge zur Außenpolitik der DDR. Festschrift für Claus Montag. Herausgegeben von Erhard Crome, Jochen Franzke und Raimund Krämer. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 2003 (Potsdamer Textbücher 6).

Autoritäre Systeme im Vergleich. Herausgegeben von Raimund Krämer. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2005 (WeltTrends *Lehrtexte* 2).

Grenzen der Europäischen Union. Herausgegeben von Raimund Krämer. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2005 (WeltTrends *Lehrtexte* 3).

Nachdenken über Europa. Herausgegeben von Heinz Kleger, Lutz Kleinwächter und Raimund Krämer. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam (WeltTrends *Lehrtexte* 1).

Politische Herrschaft in Süd- und Mittelamerika. Herausgegeben von Raimund Krämer. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2006 (WeltTrends *Lehrtexte* 5).

Internationale Beziehungen in Debatte. Konzepte zum Verstehen. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2006 (WeltTrends *Lehrtexte* 6).

Militärmacht Deutschland? Zur aktuellen Debatte um Auslandseinsätze. Herausgegeben von Lutz Kleinwächter und Raimund Krämer. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2007 (WeltTrends *Papiere* 5).

Grenzen in den internationalen Beziehungen. Herausgegeben von Raimund Krämer. WeltTrends, Potsdam 2009 (WeltTrends *Lehrtexte* 14).

Fiasko Afghanistan. Gründe und Folgen einer gescheiterten Intervention. Herausgegeben von Raimund Krämer und Christoph Sebastian Widdau. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends *Papiere* 16).

Juan J. Linz: Ein autoritäres Regime: Der Fall Spanien. Herausgegeben und übersetzt von Raimund Krämer und Christoph Sebastian Widdau. WeltTrends, Potsdam 2011 (Potsdamer Textbücher 13).

Beiträge in Sammelbänden

DDR-Außenpolitik – was bleibt? Versuch einer Bestandsaufnahme (gemeinsam mit Wolfram Wallraf). In: Muszynski, Bernhard (Hrsg.): Deutsche Vereinigung. Probleme der Integration und der Identifikation. Leske + Budrich, Opladen 1991.

Zwischen Reformversuch, Abwicklung und Neuaufbau – Binnenansichten zur Formierung einer gesamtdeutschen Politikwissenschaft (gemeinsam mit Wolfram Wallraf). In: Muszynski, Bernhard (Hrsg.): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft. Leske + Budrich, Opladen 1993.

Archäologische Grabungen in einer verschwundenen Diplomatie – Zu den Beziehungen der DDR mit Lateinamerika. In: Mols, Manfred / Wagner, Christoph (Hrsg.): Deutschland – Lateinamerika, Geschichte, Gegenwart und Perspektiven. Vervuert, Frankfurt am Main 1994.

Von der Staatlichkeit des Friedens im Extrême Occident. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Über die Schönheit und Mächtigkeit des Kleinen. Münster 1998.

Regionen in den internationalen Beziehungen – Eine theoretische Vorverständigung. In: Krämer, Raimund (Hrsg.): Regionen in der Europäischen Union. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 1998 (Potsdamer Textbücher 1).

Von Interessen, östlicher Eigenart und karolingischem Europa. In: Haberl, Othmar N. / Korenke, Tobias (Hrsg.): Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe. Nomos, Baden-Baden 1999.

Die Europäisierung des Ostens: Die ostdeutschen Länder in der Europäischen Union. In: Hrbek, R. (Hrsg.): Europapolitik und Bundesstaatsprinzip. Nomos, Baden-Baden 1999 (Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung 17).

The Transfederal Relations of East German Länder. The Case of Brandenburg. In: Jeffery, Charlie (Hrsg.): Recasting German Federalism. Pinter, London und New York 1999.

Die regionale Kooperation der ostdeutschen Länder mit den Staaten Mittel- und Osteuropas. In: Jahrbuch des Föderalismus 2000. Nomos, Baden-Baden 2000.

Die Metamorphosen der Macht und die Rückkehr des Caudillo. In: Ette, Ottmar / Franzbach, Martin (Hrsg.): Kuba heute – Politik, Wirtschaft und Kultur. Vervuert, Frankfurt am Main 2001.

Vernetzung europäisierter Regionen: Zwischen Regionalisierung und Europäisierung (gemeinsam mit Frank König). In: Conzelmann, Thomas / Knodt, Michèle (Hrsg.): Regionales Europa – Europäisierte Regionen. Campus, Frankfurt am Main und New York 2002 (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung 6).

Fuerzas Armadas y Retos para una Política Democrática (gemeinsam mit Armin Kuhn). In: Azóar, Oscar (Hrsg.): Fuerzas Armadas, Democracia y Alternativas al Neoliberalismo en América Latina. Santiago de Chile 2005.

Transiciones y Elites. In: Kohut, Karl / Mertins, Günter (Hrsg.): Cuba en 1995. Un dialogo entre investigadores alemanes y cubanos. Institut für Spanien- und Lateinamerikastudien (ISLA), Augsburg 1995 (Mesa Redonda 3).

Artikel in Fachzeitschriften

Das außenpolitische Konzept und die Regionalpolitik der peruanischen Militärs in den 70er Jahren. In: *asien, afrika, lateinamerika* 2, 1983.

Der peruanische Reformprozeß und die Politik der Militärs in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. In: *asien, afrika, lateinamerika* 5, 1981.

Das Ende des „karibischen Sozialismus“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zum „Parlament“ B 39/1991.

Die verschwundene Diplomatie. Rückblicke auf die Außenpolitik der DDR (gemeinsam mit Erhard Crome). In: *WeltTrends* 1, 1993.

Der alte Mann und die Insel. Kuba auf dem Wege zum spätsozialistischen Caudillo-Regime. In: *Berliner Debatte INITIAL* 2/1993.

Diplomat oder Parteiarbeiter? Zum Selbstbildnis einer Funktionsebene in der DDR. In: *Deutschland-Archiv* 3/1993.

Excavaciones en una diplomacia desaparecida. In: *Afères Internacionales* 28, 1995.

De una diplomacia desaparecida. La política exterior de la RDA y sus relaciones con América Latina. In: *Estudios Internacionales* 110, 1995.

Demokratisierung und imperiale Macht. Der Fall Kuba. In: *WeltTrends* 7, 1995.

Las Relaciones Transfederales de los Länder Estealemanes. In: *Afés Internacionals* 34-35, 1996.

Vom Newcomer zum Trendsetter? Die ostdeutschen Länder in der Europäischen Union. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1/1997.

Präludium der Osterweiterung? Die ostdeutschen Länder in der Europäischen Union. In: *Preglod Politologiczny*, 3-4/1997.

Zwischen Kooperation und Abgrenzung. Die Ostgrenzen der Europäischen Union. In: *WeltTrends* 22, 1999.

EU-Osterweiterung und Grenzsichten von Oder und Neiße. In: *Europa-Haus report* 1/2001.

Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika. Thesen (gemeinsam mit Armin Kuhn). In: *WeltTrends* 49, 2005.

Nicaragua Sandinista. Bilanz einer Revolution. In: *WeltTrends* 68, 2009.

Der Aufstand des Jahres 1432. Aktuelle Umbrüche im Nahen Osten und die Weltpolitik (gemeinsam mit Lutz Kleinwächter). In: *WeltTrends* 77, 2011.

Autoritarismus global. Überlegungen zu einem aktuellen politischen Phänomen. In: *WeltTrends* 82, 2012.

Bildnachweise

Cover: Giovanni Antonio Canal (Canaletto): Die Bucentaur vor dem Dogenpalast.
commons.wikimedia.org/wiki/File:Canaletto_%28I%29_002.jpg (abgerufen am 29.01.2012).

S. 8, 16, 80: Gleb Tohmann

S. 14: Conrad von Soest: „Brillenapostel“ im Altarbild der Stadtkirche von Bad Wildungen.
[commons.wikimedia.org/wiki/File:Conrad_von_Soest,_'Brillenapostel'_\(1403\).jpg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Conrad_von_Soest,_'Brillenapostel'_(1403).jpg?uselang=de)
(abgerufen am 29.01.2012).

S. 37: Sebastian Münster: Regina Europa.
commons.wikimedia.org/wiki/File:Europe_as_a_Queen_by_Sebastian_Münster.jpg?uselang=de
(abgerufen am 29.01.2012).

S. 40: Dieter Raupach

Mit einem Grußwort von Juan José Linz und Beiträgen von Erhard Crome, Jochen Franzke, Heike Imhof-Rudolph, Lutz Kleinwächter, Ralf Juan Leiteritz, Claus Montag, Christoph Sebastian Widdau, Azadeh Zamirirad und dem Jubilar.

ISBN 978-3-86956-167-7